H 8040 F
ISSN 1619-1404
29. Jahrgang
Nummer 174
September | Oktober 2018
3,50 Euro

der rechte rand

magazin von und für antifaschistInnen

FASCHIST

Wie die Partei das Land verändert.

AfD – ein Jahr im Bundestag

Inhalt und Editorial

Geheimdienst und AfD #Verfassungsschutz **Seite 3**
Schlussstrichurteil #NSU **Seite 4**
Die Fußballszene #Chemnitz **Seite 6**
»Wir sind keine Nazis« #Gesellschaft **Seite 8**
kurz & bündig I **Seite 9**
Marsch durch Parlamente #AfD **Seite 11**
AfD Radikalisierung #Faschisten **Seite 12**
Hass #AfDimBundestag **Seite 14**
Geld und Einfluss #Jobmaschine **Seite 16**
»Informationskrieg« #Interview **Seite 18**
Social Media #Propaganda **Seite 20**
AfD #Außenpolitik **Seite 22**
AfD #Rente **Seite 24**
Gesellschaft #Rollback **Seite 26**
Völkisch, Autoritär #AfD **Seite 28**
»Ideenschmiede« #Finanzen **Seite 30**
Frauke Petry #Abgemeldet **Seite 32**
AfD #LTWBayern **Seite 34**
AfD #LTWHessen **Seite 36**
Unter den Talaren #68er **Seite 38**
kurz & bündig II **Seite 41**
Rechtsparteien #EUParlament **Seite 42**
Prozess #Identitäre **Seite 44**
Rezensionen **Seite 46**

Das Titelbild mit Björn Höcke enstand beim Aufmarsch der AfD zusammen mit PEGIDA, Neonazis und Hooligans am 1. September 2018 in Chemnitz. Photo: Mark Mühlhaus/attenzione

Liebe Leserin, lieber Leser,

in Sachsen hat die rechte Szene ein sicheres Homeland. Die verschiedenen Spektren scheuen eine enge Zusammenarbeit nicht. Auf der Straße agieren sie in ihrem Hass gegen Geflüchtete und Andersdenkende gemeinsam. Die AkteurInnen aus den einzelnen Gruppen, Kameradschaften, Parteien und Vereinen bilden immer wieder Mischszenen.
In Chemnitz und auch in Sachsen-Anhalt, in Köthen, konnte bei den Aufmärschen der vergangenen Wochen diese Entwicklung verfolgt werden. Diese Einschätzung formulierte schon vor 18 Jahren Raimund Hethey im Magazin »der rechte rand«. Allein die Orte waren andere. Und er postulierte damals bereits, was heute immer wieder wiederholt wird: Die CDU im Freistaat Sachsen bestärkt durch das Ignorieren der rechten Gewalt und der Selbstpositionierung zur eigenen Heimat die Rechtsentwicklung. Der Fall Maaßen, der längst zum Fall Merkel und zum Fall Nahles wurde, hätte ihn nur in der Annahme bestärkt, dass der Verfassungsschutz eben der Verfassungsschutz ist, der nicht Probleme löst, sondern selbst ein Problem ist.
Am 14. September wurde Raimund, der nur 65 Jahre alt wurde, in Oldenburg beigesetzt. Er gehörte zur Gründungsgeneration unseres antifaschistischen Magazins. In einer Zeit, in der große Medien und öffentliche Sender lieber nicht über rechte Entwicklungen berichteten. Keine Ausgabe über viele Jahre, an der Raimund nicht mitwirkte, Artikel lieferte, Recherchen anstieß oder Beiträge redigierte. Über 100 eigene Reportagen, Analysen und Rezensionen verfasste er – neben Vollzeitberuf und Familie. Mit seinen Themen von NPD und Anti-Antifa über Anthroposophie und Ökofaschismus bis zu Vertriebenenverbänden und konservativen Vereinen füllte er den Namen unseres Magazins »der rechte rand« aus. So sehr er auf die militante Szene schaute, so sehr betrachtete er auch das bieder-bürgerliche Milieu. Vor 27 Jahren legte er als Co-Herausgeber »In bester Gesellschaft. Antifa-Recherchen zwischen Konservatismus und Neo-Faschismus« vor. Ein Knall, ein Standardwerk, denn selten wurde die Verzahnungen der Spektren so nachgezeichnet und selten wurden die alten Bezüge der »Neuen Rechten« so früh dargelegt.
Schon damals erschienen Akteure, die heute bei der »Alternative für Deutschland« wirken. Er kannte sie, benannte sie und blendete nie die Mitte der Gesellschaft aus. Für ihn galt der Satz von Max Horkheimer: »Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.« Mehr noch, es war seine Maxime, die bestehenden Verhältnisse mitzudenken.
Mit Leidenschaft setzte er sich ein, stritt um Worte und Begriffe. Nicht ohne Grund hieß es im Buch-Untertitel »Neo-Faschismus«. Die Extremismustheorie bekämpfte er und hinterfragte auch Antifa-Initiativen, wenn sie zum Beispiel den Begriff »Rechtsextremismus« verwendeten. Eine Entwicklung aus dieser Diskussion: Wir benutzen im Magazin »der rechten rand« diesen Verfassungsschutz-Begriff absichtlich nicht. Harten Debatten, wichtigen Diskussionen wich Raimund nicht aus, er führte sie mit Verve. Eine Energie, die widerspiegelte wie wichtig ihm »die Sache« war.
Von Niedersachsen war Raimund aus beruflichen Gründen nach Sachsen gegangen und später nach Niedersachsen zurückgekehrt. Dort wo er lebte, schrieb er nicht bloß für unser Magazin. Er verließ nicht nur für Recherchen den Schreibtisch. Er gründete Anti-Rechts-Initiativen und Lokalzeitungen, stieß Menschen an und konnte Räume eröffnen. Eine klare Grenze zog er in einer heute wiederkehrenden Diskussion. 1993 schrieb er »über vergangene Versuche, mit Faschisten zu reden«. Sein Fazit: zu wenig aus der Geschichte gelernt. »Ohne Worte«, titelte er, der nie sprachlos wurde.

Hans-Georg Maaßen
an der rechten Schulter von
Horst Seehofer



#Verfassungschutz

Der Geheimdienst, die AfD und rechtes Regieren

von Charles Paresse

Suchen Sie im aktuellen Verfassungsschutzbericht das Schlagwort »NSU«, den »Nationalsozialistischen Untergrund«. Sie werden es nicht finden. Obwohl organisierte Neonazis Solidarität mit den Nazi-MörderInnen organisierten. Obwohl der NSU-Prozess medial breit bearbeitet wurde, der Staat sich bis heute nicht umfassend erklärt hat und für die Angehörigen und Überlebenden nichts erledigt ist. Doch für die Spitzel-Behörde ist das Kapitel beendet. Akten wurden vernichtet, der Untersuchungsausschuss im Bundestag ist schadlos überstanden und im Prozess wurde die Thematisierung der Rolle von Spitzeln und Behörden unterdrückt. Im Ergebnis steht der Geheimdienst heute besser da: mehr Personal, mehr Geld und mehr Befugnisse. Und ein zum Sonderberater ins Innenministerium weggelobter Präsident (Stand 24.09.2018), der sich mit führenden VertreterInnen der rechtsradikalen »Alternative für Deutschland« (AfD) trifft, als wäre das normal.

Suchen Sie im aktuellen Verfassungsschutzbericht die »AfD«. Sie werden sie finden. Aber nicht, weil die Partei frühere Neonazis beschäftigt und als Mitglieder hat. Nicht, weil sie rassistisch bis neofaschistisch agiert. Nicht, weil sie völkische Ideen verbreitet und sich gegen parlamentarische Demokratie, Pressefreiheit und Menschenwürde richtet. Nein, die AfD wird im Verfassungsschutzbericht erwähnt, nur weil AntifaschistInnen gegen sie protestierten oder Widerstand leisteten. Die AfD als Opfer von »Linksextremisten«, das ist die Botschaft des Dienstes, dessen Präsident sich mit VertreterInnen der Partei trifft. Einer Partei, deren FunktionsträgerInnen sich aus Polizei, Armee, Journalismus, Wissenschaft, Beschäftigten des Staates oder früheren Mitgliedern von CDU, CSU und FDP rekrutieren – den Funktionseliten der Bundesrepublik. Der rechte »Hutbürger« aus dem Landeskriminalamt Sachsen ist da nur die hässliche Spitze des Eisbergs – oder, wie »Spiegel Online« jüngst schrieb: »Der Apparat zieht Reaktionäre an«.

Suchen Sie das Stichwort »Identitäre Bewegung« (IB) im Verfassungsschutzbericht. Sie werden es finden. Doch die Formulierungen zeigen Zurückhaltung: Die IB »kritisiert« die Asylpolitik, heißt es dort. Völkische AktivistInnen, AntidemokratInnen und frühere Neonazis sind also nur KritikerInnen? Von »einzelnen Mitgliedern« seien »Kontakte in die rechtsextremistische Szene« bekannt und es liege eine »auf ethnisch, völkisch-abstammungsmäßigen Kriterien fußende einwanderungskritische und islamfeindliche Haltung« vor. Und dennoch: Die »Identitären« sind für das Amt nur ein »Verdachtsfall«.

Oder suchen Sie die Stichworte »Institut für Staatspolitik«, »Götz Kubitschek«, »Sezession« oder »Neue Rechte« im Bericht des Geheimdienstes. Sie werden nichts finden. Die Stichwortgeber der radikalen Rechten, die Orte und Institutionen faschistischer Ideologieproduktion, die Denkstuben zur Rehabilitierung »Konservativer Revolutionäre« und autoritärerer Staatsdenker werden nicht erwähnt, obwohl sie erkennbar Einfluss erlangt haben.

Sind der Verfassungsschutz, seine wissenschaftlichen ZuträgerInnen, die Innenministerien und die Mehrheit der Politik auf dem rechten Auge blind? Nein. Sie alle wissen um die AfD, um die »Neue Rechte«, um den NSU oder PEGIDA. Die Einen kennen sie aus den eigenen Akten. Die Anderen aus den inzwischen zahlreichen fundierten Medienberichten, aus den als »linksextrem« diffamierten antifaschistischen Recherche-Projekten, aus kritischer Wissenschaft oder aus den zahlreichen parlamentarischen Anfragen in Bund und Ländern. Das, was der Verfassungsschutz tut, ist weder politische Blindheit, Unwissenheit noch Beamten-Trägheit. Die Nachsicht gegenüber der Rechten, die Fixierung auf die Linke und die Extremismus-Doktrin sind konservative Staatsraison und Kern konservativer Sicherheitspolitik. Die aufgeflogenen Treffen des Verfassungsschutz-Chefs mit der rechtsradikalen AfD haben einen kurzen Einblick in dieses Denken gewährt: L'état c'est moi – der Staat bin ich! Schon bei seiner Einsetzung im August 2012 – nach dem Auffliegen des NSU – galt Verfassungsschutz-Chef Hans-Georg Maaßen BeobachterInnen als »eiskalter Technokrat« und konservativer Hardliner – unter anderem aufgrund seiner Rolle bei der verhinderten Rückkehr des Guantánamo-Häftlings Murat Kurnaz nach Deutschland und weil er die Auffassung vertrat, das Organisieren von Kirchenasyl könne im Einzelfall als »Bildung einer kriminellen Vereinigung« gewertet werden.

Die autoritäre Nation, die Ablehnung der Werte der französischen Revolution von Freiheit und Gleichheit und ein fest verwurzelter Antikommunismus – der auch ganz ohne »Kommunismus« auskommt – werden im Entscheidungsfall erneut die Basis rechter und konservativer Politik sein. Demokratie, Liberalismus und Rechtsstaat gelten nur, solange sie nicht schaden. Sie werden nicht nur von Rechtsaußen angegriffen, sondern vor allem aus der Mitte nicht verteidigt. In Ungarn, Österreich und den USA ist das zu beobachten – dort herrscht die Regierungs-Rechte schon und baut den Staat um. In Deutschland sind die letzten Schranken noch nicht gefallen. Noch nicht. Der Verfassungsschutz jedenfalls ist kein Bollwerk dagegen – das beweist er immer wieder.

#NSU

Staatsschutzsenat liefert Schlussstrichurteil

von Björn Elberling und Alexander Hoffmann



Der Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts München hat sein Urteil im NSU-Prozess gesprochen und er hat das geliefert, was von ihm zu erwarten war. Lebenslang mit Feststellung der besonderen Schwere der Schuld für Beate Zschäpe als überlebendes Mitglied der angeblich »isolierten Gruppe« und für die übrigen vier angeklagten Unterstützer so niedrige Urteile, dass die Kernaussage deutlicher nicht sein kann: Diese seien weit weg gewesen vom eigentlichen »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU), es habe keine Einbindung in ein militantes Netzwerk gegeben und es existierten in Deutschland keine militanten beziehungsweise terroristischen Neonazi-Netzwerke.

Eine höhere Bestrafung hätte diese Aussage in Frage gestellt. Ralf Wohlleben, früher aktiv in der »Nationaldemokratischen Partei Deutschlands« (NPD) und wichtige Persönlichkeit innerhalb der »Freien Kameradschaften«, wurde für die Lieferung der Česká wegen Beihilfe zu den mit ihr begangenen Morden zu zehn Jahren Haft verurteilt. Es wurde gerade nicht darauf abgestellt, dass er eine Zentralfigur des UnterstützerInnennetzwerkes, aber auch in der militanten Neonaziszene war. Denn eine enge Verbindung zwischen der organisierten, »legalen« Szene und dem NSU hätte die viel kritisierte These der Bundesanwaltschaft (BAW) von der isolierten Dreiergruppe, die sogar eine Einzeltäterthese ist, in Frage gestellt.

Ähnlich ist die Verurteilung des Angeklagten André Eminger zu bewerten, der lediglich eine Strafe von zweieinhalb Jahren wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung erhielt. Dass das Gericht ausgerechnet dem bis heute überzeugten Nationalsozialisten Eminger – der Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos auch über den Tod hinaus die Treue hält – unterstellte, er habe nicht gewusst, welche Straftaten diese mit den von ihm gemieteten Autos begehen, ist abstrus. Umso mehr als das Gericht im Herbst 2017 nach dem Plädoyer der BAW Untersuchungshaft angeordnet, also einen dringenden Tatverdacht für alle angeklagten Straftaten bejaht hatte. Irgendwann muss dem Senat klar geworden sein, dass Eminger bei einer Verurteilung, wie sie der Bundesanwalt gefordert hatte, in der Öffentlichkeit logischerweise als viertes Mitglied des NSU gesehen werden würde. Dies hätte grundlegende Zweifel an der von offizieller Seite weiterhin vertretenen Einzeltäterthese ausgelöst.

Die Verurteilung von Carsten Schulze unter Anwendung von Jugendstrafrecht und Holger Gerlach zu jeweils drei Jahren Haft bewegen sich dagegen im strafrechtlichen Rahmen. Wobei Letzterer wohl ebenso von den sehr oberflächlichen Ermittlungen zu seiner Rolle im NSU-Netzwerk profitierte, denn der Senat blieb auch bei ihm unter den von der BAW geforderten fünf Jahren.

Reaktionen auf das Urteil – falsche Erwartungen?

In Erwartung eines solchen Urteils, das BAW und Gericht noch dazu als »Schlussstrich« unter »Pannenermittlungen« verkaufen wollten, sind die antifaschistische Demonstrationen, die Prozessbeobachtung durch NSU-Watch und das Engagement vieler NebenklägerInnen und ihrer AnwältInnen zu sehen.

Als das Gerichtsverfahren 2013 begann, stellte sich für manche VertreterInnen der Nebenklage die Frage, ob sie sich dazu hergeben sollten, durch ihre Beteiligung den Prozess quasi zu legitimieren. Die Aktivitäten der engagierten Nebenklage rechtfertigten dieses Wagnis allerdings schon bald. Das Gericht konnte dazu gebracht werden, die Unterstützerszene in Sachsen, vor allem »Blood & Honour« (B&H) in Chemnitz, unter die Lupe zu nehmen und V-Leute im Umfeld des NSU beziehungsweise deren V-Mann-Führer zu vernehmen. Dabei wurde deutlich, dass das Kerntrio nach seinem »Abtauchen« aus Jena in Chemnitz sowohl persönlich als auch organisatorisch eng in die dortige Naziszene eingebunden wurde. Hier begann die Freundschaft zu Eminger und auch Zschäpe nahm in dieser Situation an zahlreichen Diskussionen mit der B&H-Ortsgruppe teil, bei denen die nähere Zukunft und die Bereitstellung von falschen Papieren besprochen wurden.

All dies machte es Gericht und BAW unmöglich, einen kurzen Prozess, einen schnellen Schlussstrich zu ziehen. Wenngleich das Gericht letztlich eine Aufklärung der Strukturen in der Zeit seit dem Umzug nach Zwickau im Jahr 2000 unmöglich machte und die Nebenklage an die Grenzen ihrer Möglichkeiten kam, kann der Prozess insgesamt als Erfolg der Nebenklage und der kritischen Öffentlichkeit gewertet werden. Die mediale und gesellschaftspolitische Sichtweise auf den NSU ist heute maßgeblich von den Thesen der antifaschistischen Aufklärung bestimmt.

Die kritische Arbeit zum NSU war deshalb erfolgreich, weil sie ein eindeutiges Verhältnis zum Staat hatte. Von Beginn an war klar, dass der politische Widersacher in diesem Prozess vor allem der Bundesanwalt mit seinen Schlussstrichambitionen war. Das stete Aufzeigen des institutionellem Rassismus, des Versagens und der Verantwortlichkeit des Verfassungsschutzes sowie die Aufdeckung der mili-



Demonstration in Berlin »Kein Schlussstrich – Das Problem heißt Rassismus« anlässlich der Urteilsverkündung im Münchner NSU-Prozess.

tanten Neonazi-Netzwerke konnten den Blick immer wieder auf die gesellschaftlichen Grundprobleme lenken, die den eigentlichen Kern der Auseinandersetzung mit dem NSU ausmachen. Das Engagement vieler in und um den Prozess ging also von der alten Prämisse aus, dass Antifaschismus Handarbeit bleibt, dass auf den Staat – trotz Aufklärungsversprechen der Bundeskanzlerin und strategischen Eingeständnissen der Behörden – kein Verlass ist.

Nach dem Prozess – NSU abgeschlossen oder Dauerthema?

In der gegenwärtigen antifaschistischen Arbeit wird der NSU-Rechtsterror noch längere Zeit Thema sein: die Untersuchungsausschüsse, das irgendwann erscheinende schriftliche Urteil und die erwartbare Einstellung der Strafverfahren gegen neun weitere UnterstützerInnen werden Aufmerksamkeit erregen. Fraglich ist jedoch, in welcher Form eine kontinuierliche Einbeziehung des Themas in die politische Auseinandersetzung möglich ist. Bei der Beantwortung dieser Frage könnte ein Blick in die Vergangenheit hilfreich sein.

Der NSU entstand nach den nationalistisch-chauvinistischen und rassistischen Ausschreitungen der 1990er Jahre, die letztlich abebbten, weil die faktische Abschaffung des Asylrechts – ein lang gehegter Wunschtraum der etablierten Westparteien – der militanten Neonazi-Szene die offen zur Schau gestellte Zustimmung erheblicher Bevölkerungsteile wegbrechen ließ. Verstärkt durch das NPD-Verbotsverfahren und zunehmende Repression gegen die extrem rechte Szene.

Die vor allem aus Westdeutschland übergestülpten Neonazistrukturen wirkten aber weiter. Die »Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front« förderte die Entstehung von Gruppen wie dem »Thüringer Heimatschutz« (THS) und band sie in ihre Aktivitäten ein. Es gelang dem THS, sich mit gut organisierten Aktionen zu präsentieren. Dies führte zu einem größeren Selbstbewusstsein, zu eigenen Themenstellungen und Organisationsansätzen. Auch die bereits 1992 verbotene »Nationalistische Front« hatte frühzeitig darauf gesetzt, unabhängige Strukturen in den neuen Bundesländern aufzubauen. Außerdem verbreitete sie geschickt ihren nationalrevolutionären Ansatz, der im Wechselspiel mit der Enttäuschung über die wenig heilsbringenden Auswirkungen des Kapitalismus und einer gewissen Ostalgie gut angenommen wurde. Parallel hierzu entwickelte sich eine dynamische Skinhead-Subkultur. Konzerte, Läden und Versandhandel wurden lukrativ zur Kommerzialisierung der Szene genutzt und dienten dazu, ein sehr breites jugendliches Publikum anzusprechen.

Die von den Neonazis mitgebrachte Ideologie beinhaltete den bewaffneten Kampf, der seit den 1950er-Jahren Teil der westdeutschen Aktivitäten war. Zuletzt hatten die »Deutschen Aktionsgruppen« von Manfred Roeder Anfang der 1980er Jahre mit tödlichen Anschlägen auf Geflüchtete eine militante Kampagne gegen das Asylrecht eingeleitet. Im selben Zeitraum gab die »Hepp-Kexel-Gruppe« mit Anschlägen gegen amerikanische Militäreinrichtungen der legalen Propaganda eine terroristische Seite. Bewaffnete Aktionen waren für die Neonazis wichtig, zeigten sie doch, dass die seit Ende der 1960er-Jahre stark geschrumpfte Szene immer noch handlungsfähig war. Es gab keine Trennung zwischen bewaffneter und legaler Arbeit, propagiert wurde ab den späten 1980ern ein Netzwerk kleiner voneinander unabhängiger Gruppen.

Momentaufnahme des Rechtsterrors

Die Jenaer Ortsgruppe des THS nahm diese Ideologie auf: Während der eine Teil eine Mordserie, Bombenanschläge und Banküberfälle beging, organisierten sich Wohlleben und sein Umfeld innerhalb der NPD. Sie stellten die Schnittstelle zur Musikszene dar – vor allem zu »Blood & Honour« und den »Hammerskins« – und entwickelten die Strukturen der »Freien Kameradschaften« weiter. So ist es keine Überraschung, dass zahlreiche AktivistInnen aus den Netzwerken um den NSU herum heute noch maßgeblich aktiv sind und in den vergangenen Jahren bei Aktionen gegen Geflüchtete immer wieder auftauchten.

Kurzum: Die Taten des NSU reihen sich ein in eine Jahrzehnte dauernde Geschichte des Rechtsterrors in Deutschland, die natürlich auch nach dem Ende des NSU-Prozesses nicht beendet ist.

Die antifaschistische Bewegung sieht sich derzeit damit konfrontiert, dass ein erheblicher Teil der bis weit in die »Alternative für Deutschland« hineinreichenden Ideologie vom angeblichen »Volkstod«, vom »großen Austausch« immer auch den bewaffneten Kampf als »letzte Möglichkeit des Widerstandes« beinhaltet. Entsprechende Parolen, Texte und RechtsRock-Songs stellen kein angeberisches Posiergehabe dar, sondern eine mögliche Handlungsalternative. Insoweit ist es kein Zufall, dass Anschläge auf Geflüchtetenunterkünfte in den letzten Jahren besonders dort einen Höhepunkt erreichten, wo organisierte Neonazis lokal verankert sind.

Das Thema NSU wird in der Zukunft vor allem dann wichtig sein, wenn es gelingt, anhand politischer, personeller und struktureller Kontinuitäten deutlich zu machen, dass die Netzwerke, die den NSU erst ermöglicht und ihn unterstützt haben, weiterhin existieren. In deren Wirken finden die NSU-Verbrechen ihre Fortsetzung. So lange sie weiterarbeiten können, besteht jederzeit die Gefahr neuer Morde und Anschläge.

#Chemnitz

Die Fußballszene

Als am 26. August 2018 bis zu 1.000 Personen unvermittelt durch Chemnitz marschierten und aus ihrer Mitte immer wieder Jagd auf vermeintliche MigrantInnen gemacht wurde, fragten sich viele, wie es dazu kommen konnte. Der Versuch einer Einordnung.

von Lotta Behrens, Ida Campe, Johannes Grunert und Tim Mönch



»Kaotic«-Graffiti in Chemnitz

Bereits acht Stunden, nachdem im Nachgang des Chemnitzer Stadtfestes der 35-jährige Daniel H. erstochen worden war, erschien auf der Facebook-Seite »Kaotic Chemnitz« ein Aufruf: »ALLE Chemnitz Fans und Sympathisanten« sollten »zeigen wer in der Stadt das sagen hat« (Fehler im Original). Chemnitz ist ein erprobtes Aufmarschgebiet der Neonazi-Szene. »Kaotic«, eine Fangruppierung, die gerade ihr 10-jähriges Bestehen feierte, setzte ein Fanal, indem sie auf den Zusammenhalt der Fußballszene setzte. Doch wer steckt hinter »Kaotic«?

»Kaotic Chemnitz« wurde 2008 gegründet. Die Gruppe positionierte sich bislang nicht eindeutig als extrem rechte Gruppe. Nachdem die »NS Boys«, eine offen neonazistische Hooligan-Gruppe, 2006 mit einem bundesweiten Erscheinungsverbot durch den »Chemnitzer FC« (CFC) belegt worden war, fanden mehrere Mitglieder in »Kaotic« eine neue Heimat. Die Gruppe durfte allerdings nur vier Jahre offiziell ihr Banner im Stadion positionieren: Nachdem mehrere Stadionbesucher den schwarzen Dynamo-Dresden-Spieler Mickael Poté 2012 mit Affenlauten beleidigt hatten und Pyrotechnik gezündet worden war, belegte der CFC »Kaotic« und weitere Gruppen mit einem Erscheinungsverbot. »Kaotic« ist jedoch weiterhin aktiv und pflegt bundesweit und international Fanfreundschaften, beispielsweise zum »FC Energie Cottbus« und dessen extrem rechter Ultragruppe »Inferno Cottbus 99«. So fielen auch Chemnitzer Ultras, unter anderem Mitglieder der »NS Boys« und »Kaotic«, bei Ausschreitungen in Spielen zwischen Cottbus und Babelsberg im November und April 2017 auf. Des Weiteren wurden Ultras von »Dynamo Dresden« 2016 zur EM nach Lille sowie im September 2017 nach Prag begleitet, wo es jeweils zu Straftaten kam. In Prag waren es Sieg-Heil-Rufe.

Fußball-Szene und Neonazi-Strukturen

Die Chemnitzer Kameradschafts- sowie die gesamte Neonazi-Szene ist nicht ohne Fußball-Umfeld zu denken. Mitglieder jeder rechten Ultra-Generation – nach »HooNaRa« und den »NS Boys« ist »Kaotic Chemnitz« bereits die dritte Generation – waren auch immer außerhalb des Fußballs aktiv. Mehrere Mitglieder von »Kaotic« sind beispielsweise aus dem Umfeld der 2014 verbotenen Kameradschaft »Nationale Sozialisten Chemnitz« (NSC) bekannt. Seit dem Verbot steckt die organisierte Neonazi-Szene der Stadt in der Krise. Gerade für »aktionsorientierte« Neonazis wie Anton E. und Marcel A., beide bei »Kaotic«, gab es in den vergangenen Jahren keine politische Heimat. Eine Ausnahme bot das »Rechte Plenum«, eine lose Gruppe von Neonazis, die es sich zum Ziel gesetzt hatte, das Chemnitzer Stadtviertel »Sonnenberg« zur »national befreiten Zone« zu erklären. Die »Kaotic«-Mitglieder Anton E. und Rick B. mischten hier mit. Doch auch diese Gruppe hielt nicht lange und war nach steigender Repression und einem Antifa-Outing 2016 schnell Geschichte. In dieser Zeit betrat eine weitere Person die Chemnitzer Bühne, die heute ebenfalls zu »Kaotic« gezählt wird: Christoph Drewer. Er ist stellvertretender Bundesvorsitzender von »Die Rechte« und gilt in seinem Wohnort Dortmund als einer der Hauptakteure des dortigen »Nazi-Kiez« im Stadtteil Dorstfeld.

Die Vernetzung von »Kaotic«-Mitgliedern fällt in weiteren Zusammenhängen auf: Rick B. war Teil der Hooligangruppe, die in Lille 2016 vor einer Reichskriegsflagge posierte, 2009 war er noch für die »Bürgerbewegung PRO Chemnitz« zur Chemnitzer Stadtratswahl angetreten. »PRO Chemnitz« war für den zweiten Aufmarsch in Chemnitz am 27. August 2018 mit bis zu 8.000 Teilnehmenden verantwortlich, aus dem es zu Gewalt gegenüber der Presse und GegendemonstrantInnen kam. Ein weiteres Mitglied von »Kaotic«, Chris J., befand sich am 14. August 2010 in einer Gruppe, aus der das alternative Wohnprojekt »Reitbahnstraße 84« in Chemnitz angegriffen wurde. Anton E. war unter den rund 450 BesucherInnen beim neonazistischen Kampfsportturnier »Tiwaz« im erzgebirgischen Grünhain im Juni 2016. Die weiteren Mitglieder, allesamt Männer, sind bisher nur wenig in Erscheinung getreten.

Vernetzung über Chemnitz hinaus

Dass eine derart kleine Fußballgruppierung innerhalb weniger Stunden bis zu 1.000 Menschen auf die Straße bringt, kann mit mehreren Ansätzen erklärt werden. Die bundesweite rechte Szene befindet sich seit PEGIDA in einer kontinuierlichen Phase der Vernetzung. In den vergangenen Jahren verschwammen die Grenzen zwischen ehemals als rechtskonservativ bekannten AkteurInnen und Neonazis immer weiter und trugen dazu bei, dass heute rechte Gruppen aller Couleur gemeinsam mobilisierbar sind. In Chemnitz ist die selbsternannte »Bürgerbewegung PRO Chemnitz« ein Scharnier diverser rechter Akteure, ob nun der extremen Rechten, dem alten Geflecht mit Kubitscheks »Institut für Staatspolitik« oder der Gruppierungen der rassistischen Mobilisierungen von Einsiedel, PEGIDA Chemnitz-Erzgebirge bis hin zu den »Heimattreuen Niederdorf«. All diese sollten sich in den späteren Demonstrationen wiederfinden.

Bei der Mobilisierung zu den ersten Demonstrationen am 26. und 27. August 2018 in Chemnitz spielen weitere Faktoren eine Rolle. Parallel zur rasanten Verbreitung des Aufrufes von »Kaotic« auf Facebook soll sich die Nachricht auch auf informellen Kanälen und Chats der bekannten Messenger-Dienste verbreitet haben. Ein unzählig oft geteilter Bericht einer regionalen Boulevardzeitung, ergänzt durch wiederholte und unwidersprochene Falschmeldungen und Gerüchte über die Tatumstände waren weiteres Öl im Feuer der rassistischen Empörung an dem Tod eines Deutschen. Mit Verweis auf das Chemnitzer Stadtfest im Vorjahr, das laut rechtem Narrativ bereits aufgrund angeblicher migrantischer Übergriffe abgebrochen werden musste, wurde die eigene Erzählung verstärkt. Diese zeichnete ein Szenario der Bedrohung durch Geflüchtete und Unfähigkeit der Bundesregierung, darauf zu reagieren. Die subjektive Bedrohung durch Migration, vor allem, wenn die »deutsche Frau« vor dem »übergriffigen Fremden« geschützt werden muss, erscheint für die rechten Akteure als Fanal, dem nur eine autoritäre Machtdemonstration durch die Bevölkerung selbst Einhalt gebieten könne. Der Todesfall von Daniel H. war der Auslöser, um die bestehende rassistische und chauvinistische Stimmung aufzunehmen und zu kanalisieren. Am ersten Tag der Demonstrationen folgten dem Aufruf noch überwiegend Personen des CFC-Fanspektrums, die sich, in klarer Ignoranz der Anwesenheit und Anweisungen der Polizei, die Stadt »zurückzuholen« gedachten.

Parallel breiteten sich die Ereignisse des Sonntags in den sozialen Medien aus, aufgeheizt durch Statements von PolitikerInnen wie dem Tweet des Bundestagsabgeordneten der »Alternative für Deutschland«, Markus Frohnmaier: »Wenn der Staat die Bürger nicht mehr schützen kann, gehen die Menschen auf die Straße und schützen sich selber. Ganz einfach!« Die hohe Emotionalisierung der Ereignisse sowie das Gefühl der Selbstermächtigung durch die erste Spontandemonstration, die die Polizei nicht unterbinden konnte, führten maßgeblich zur affektiven Beteiligung an der Demonstration am nächsten Tag. Diese erreichte mit ihren 8.000 Teilnehmenden das Maximum der Mobilisierungskraft. Viele der Angereisten dürfte die Fantasie gelockt haben, womöglich einem nahenden Umsturz beizuwohnen. Diese Verheißung mobilisierte Menschen bundesweit nach Chemnitz und zeigte sich in Habitus und Reden des Aufmarsches, der einer rechten Machtdemonstration gleich kam.

Gibt es ein Spezifikum Chemnitz?

Die offene Mobilisierung zu rechten Veranstaltungen durch die Chemnitzer Fußballszene ist ein neues Phänomen der jüngeren Vergangenheit, die durch die langjährige Verschränkung der Chemnitzer rechten Szene und Personen im Fußballmilieu möglich war. Die Zusammenarbeit von Neonazis und Fußballfans ist jedoch kein Novum, wie die HoGeSa-Ausschreitungen 2014 in Köln oder der Überfall auf den Leipziger Stadtteil Connewitz 2016 gezeigt haben.

Eine entscheidende Rolle spielt in Chemnitz auch die Stärke und Vernetzung verschiedener rechter Akteure. Auf diese gefestigten Strukturen seit den 1990er Jahren konnte schon der NSU beim Untertauchen in Chemnitz zurückgreifen. Die Zivilgesellschaft schafft es nur schwer, dem alltäglichem Rassismus und den wiederkehrenden Aufmärschen etwas entgegenzusetzen.

#Gesellschaft

»Wir sind keine Nazis«

von Andreas Speit



Verbittert und wütend oder hasserfüllt und gewaltbereit. In Chemnitz und Köthen mobilisieren die tragischen Tode von zwei Menschen seit Wochen eine breite Mischszene. Über tausend vermeintlich Trauernde und angeblich Besorgte stehen mit gewaltbereiten Neonazis und militanten Hooligans auf der Straße. Die einen brüllen, die anderen schweigen. Eines erklären sie immer wieder »Wir sind keine Nazis«, selbst wenn neben ihnen wer steht auf dessen T-Shirt »N.A.Z.I« prangt.

In Chemnitz erklärte der Vorsitzende von »Pro Chemnitz« Martin Kohlmann am Karl-Marx-Denkmal würden nur einfache Leute aus der Region stehen, während rechte Hooligans den Aufmarsch koordinierten. In Köthen versicherte der Chef von »Zukunft Heimat« Hans-Christoph Berndt von der Bühne aus, dass sie sich von gewalttätigen ExtremistInnen fernhalten würden. Derweil stellt die militante Regionalszene die OrdnerInnen. Dass beide Strukturen mit dem extrem-rechten Milieu verwoben sind, stört hier wie dort die anwesenden Landtagsabgeordneten der »Alternative für Deutschland« (AfD) und die erschienenen »Wutbürger« nicht. Mit der Hinwendung und Ausblendung scheint etwas tieferes aufzubrechen und sich zu kanalisieren, und die Trauermärsche sind der Katalysator.

Vor drei Jahren sprach der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck in Bezug auf den Rassismus von »Dunkeldeutschland«. Ein Begriff der schon 1994 als das Unwort des Jahres verhandelt wurde, da er eine sprachliche Demütigung der Menschen in der ehemaligen DDR ausdrücke. Eine Bezeichnung, die aber auch die gesellschaftliche Diversität ausblendet. Längst hat »Compact – Magazin für Souveränität« von Jürgen Elsässer das Bild umgedreht. »Der Osten leuchtet. Was der Westen lernen kann« titelte das Magazin im Mai 2017 und verklärte die massive Gewalt gegen Geflüchtete und den Protest gegen Unterkünfte als »letzte Verteidigungslinie«. Es gilt für sie, was Martin Müller-Mertens damals schrieb: »Während der Westen im Zuge der Asylinvasion förmlich überrannt wurde, ist zwischen Elbe und Oder eine widerständige Volksbewegung entstanden«.

Ost und West? Die eine Region dunkel, die andere Region hell? Nein, so einfach ist die Wirklichkeit nicht. Rechte Ressentiments und weit rechts stehende Strukturen sind nicht erst mit der AfD bundesweit auf den Straßen zu hören und in den Parlamenten zu sehen. Zu schnell wird in den Osten geschaut und der Westen übersehen. Nur ein Beispiel: bei den Landtagswahlen 2016 erreichte die AfD in Sachsen-Anhalt 24,3 Prozent und in Baden-Württemberg 15,1 Prozent. Das Ostergebnis wurde zum Titelthema. Die Realzahlen hätten aber zu einen andere Thematisierung führen können. Denn in Baden-Württemberg erreichte die AfD 809.564 Stimmen, in Sachsen-Anhalt 257.208.

»Die Ostler« scheinen nicht im Westen angekommen zu sein und/oder »die Westler« haben den Osten einfach überrollt. Bis heute haben Medien, Politik und West-Gesellschaft die Tiefe der persönlichen Zerrüttung und Verunsicherung der Ost-Gesellschaft nicht wirklich wahrgenommen. Nichts galt mehr, alles war entwertet. »Integriert doch erst mal uns!« ist vermutlich eine treffende Beschreibung der Gemüts- und Gefühlslage von Petra Köpping, SPD-Politikerin, in ihrem Buch mit dem gleichnamigen Titel. Die Staatsministerin für Gleichstellung und Integration in Sachsen suchte das Gespräch »mit den Bürgern«. In allen Fällen war schnell nicht mehr die ‹Flüchtlingsproblematik› das entscheidende Thema. Fast alle Gespräche hätten mit den persönlichen Erlebnissen während der Nachwendezeit geendet. »Obwohl seitdem fast 30 Jahre vergangen sind, offenbarten sich unbewältigte Demütigungen und Ungerechtigkeiten, die die Menschen bis heute noch bewegen, unabhängig davon, ob sie sich nach 1990 erfolgreich durchgekämpft haben oder nicht« führt Köpping aus. Dieses Nicht-gehört-werden und die Entwertung des eigenen Lebens, das macht Köpping auch überdeutlich, »entschuldigt keine faschistischen Positionen«.

Die Menschen der mittleren und älteren Generation im Osten, betont auch David Begrich vom »Miteinander e. V.« in Magdeburg, sehen sich »einer Art kulturellen Fremdherrschaft unterworfen, in der sie mit ihrem Erfahrungen nicht vorkommen«. Doch er hebt noch etwas anders hervor: »Wer sich verwundert die Augen reibt, wer und was in Chemnitz von rechtsaußen zusammenfindet, hat die 1990er Jahre und die Konstitution der ‹Generation Hoyerswerda› im Osten vergessen« Vielen im Westen sei nicht klar, dass in Ostdeutschland zwei Generationen existieren würden, »deren kollektive politische Erfahrung sich daraus speist, ein politisches System gestürzt und anschließend den neuen Staat in Hoyerswerda und Rostock gezwungen zu haben vor ihrem rassistisch motivierten Willen zurückzuweichen«. Und weiter, es gebe »im Osten eine regressiv-autoritäre gesellschaftliche Unterströmung«, die größer sei als die AfD-Erfolge und Umfragewerte. »Aus einem vielschichtigen Ressentimentmix hat sich eine grundsätzliche Ablehnung westlicher/westdeutscher sozialer Praxen und Kulturen entwickelt«, so Begrich. Da stört man sich so auch weniger an den T-Shirtaufdruck »N.A.Z.I«.

Himmlers »Püppi« verstorben

München. Bereits am 24. Mai 2018 diesen Jahres ist Gudrun Burwitz im Alter von 88 Jahren verstorben. Die Tochter von Heinrich Himmler war Mitglied der 2002 verbotenen »Wiking Jugend« und betreute als Funktionärin der Organisation »Stille Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte« jahrelang den 2002 verstorbenen Anton Malloth. Der ehemalige Wachmann der »Kleinen Festung« Theresienstadt war an Folter und Ermordungen von Gefangenen beteiligt und wurde 1948 als Kriegsverbrecher in der Tschechoslowakei in Abwesenheit zum Tode und später in Deutschland zu lebenslanger Haft verurteilt. Weitere ehemalige Nazi-Funktionäre und SS-Angehörige, die von der »Stillen Hilfe« betreut wurden, waren unter anderen Erich Priebke, Klaus Barbie oder Walter Rauff. Burwitz nahm bis vor wenigen Jahren noch an Aufmärschen und gemeinsamen Treffen mit »Kameradschaften« und ehemaligen SS-Angehörigen teil. Sie war zeitweise beim Bundesnachrichtendienst in Pullach bei München angestellt und mit dem ehemaligen NPD-Funktionär Wulf-Dieter Burwitz verheiratet.

Verbot der »Osmanen Germania«

Berlin. Am 10. Juli 2018 gab das Bundesinnenministerium das Verbot der türkisch-nationalistischen Rocker-Organisation »Osmanen Germania« bekannt. Die schätzungsweise bis zu 2.500 Mitglieder starke Gruppe galt als extrem gewaltbereit. In den letzten Jahren hatte es bereits Razzien und Festnahmen in mehreren Städten bundesweit wegen Drogenhandels, Prostitution, illegalen Waffenbesitzes, Geldwäsche, Urkundenfälschung und Erpressung gegeben. Die Mitglieder hatten enge Kontakte zu den extrem rechten »Grauen Wölfen« sowie zur türkischen Regierungspartei AKP. Die »Osmanen« hätten immer wieder »türkeikritische«, kurdische und armenische Gruppierungen bedroht und eine »Bestrafungsaktion« von Jan Böhmermann wegen seines Schmähgedichtes auf den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan geplant. Die Rocker waren zudem regelmäßig bei rechts-nationalistischen und extrem rechten Demonstrationen, insbesondere der »Grauen Wölfe«, zugegen.

Prozesse gegen Holocaust-LeugnerInnen

München/ Dresden/ Karlsruhe. Am Landgericht München II ist Anfang Juli 2018 der Prozess wegen Volksverhetzung gegen den deutsch-kanadischen Holocaust-Leugner Alfred Schäfer und seine Schwester Monika eröffnet worden. Noch vor Prozessbeginn sorgte Schäfer für einen Eklat, weil er zur Begrüßung seiner Schwester den »Hitlergruß« zeigte. Alfred Schäfer war im Mai diesen Jahres bereits vom Amtsgericht Dresden wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von 5.000 Euro verurteilt worden, das Urteil ist jedoch noch nicht rechtskräftig. Als »Prozessbeobachterin« trat unter anderem Sylvia Stolz in Erscheinung, die in ihrer Zeit als Rechtsanwältin bekannte Holocaust-Leugner wie Horst Mahler, Ernst Zündel und Rigolf Hennig vertrat und selbst wegen Volksverhetzung verurteilt und mit Berufsverbot belegt wurde. Weitere Verhandlungstage sind für September angesetzt. In Dresden wurde der Schweizer Revisionist Bernhard Schaub vor dem Amtsgericht zu einer Geldstrafe wegen Volksverhetzung verurteilt. Der Gründer der inzwischen aufgelösten »Europäischen Aktion« (EA) hat dagegen Einspruch eingelegt. Seinen letzten öffentlichen Auftritt hatte Schaub bei einer Kundgebung der inhaftierten Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck in Bielefeld Anfang Mai. Haverbeck selbst scheiterte Anfang August mit einer Verfassungsbeschwerde gegen die »Verurteilung wegen Leugnung des nationalsozialistischen Völkermords«. Die notorische Holocaust-Leugnerin sitzt derzeit eine Haftstrafe ab. Am 12. September 2018 sollte sich Haverbeck erneut in Hamburg vor Gericht verantworten. Aufgrund von Krankheit der Richterin wurde der Termin auf unbestimmte Zeit verschoben. Damit entfiel auch die Solidaritätskundgebung, zu der Neonazi-Funktionäre wie Sascha Krolzig (»Die Rechte«), Dieter Riefling, Sven Skoda und Thomas Wulff (»Freie Kameradschaften«) sowie die NPD aufgerufen hatten.

Hunderte Neonazis bei Heß-Marsch

Berlin. Am 18. August 2018 sind etwa 700 Neonazis in den Berliner Stadtteilen Friedrichshain und Lichtenberg unter dem Motto »Mord verjährt nicht« aufmarschiert. Anlass war der Todestag von »Hitlers Stellvertreter« Rudolf Heß, der sich 1987 im alliierten Kriegsverbrechergefängnis in Spandau das Leben genommen hatte. In Neonazi-Kreisen kursiert seitdem der Mythos, Heß sei im Alter von 93 Jahren in der Haft ermordet worden. Der Anmelder, NPD-Mann Sebastian Schmidtke, hatte die TeilnehmerInnen aufgefordert, keine Parolen zu rufen und nur schwarz-weiß-rote Fahnen, themenbezogene Banner und weißes Oberhemd zu tragen. Als Redner traten er selbst sowie Thomas Wulff und Sven Skoda auf. Mehrere tausend Menschen beteiligten sich an Gegenprotesten. Seit Heß' Beisetzung im bayrischen Wunsiedel hatten dort jährlich Gedenkmärsche stattgefunden, bis sie aufgrund eines Verbotes auf Bayreuth ausweichen mussten. Jürgen Rieger organisierte ab 2001 erneut in Wunsiedel Aufmärsche, zu denen 2004 bis zu 4000 Neonazis kamen. Nach antifaschistischen Protesten war die Veranstaltung, die als eines der wichtigsten Vernetzungs-Events der Neonazi-Szene fungierte, dort verboten worden. Bereits im vergangenen Jahr marschierten etwa 800 Neonazis in Berlin-Spandau auf, wurden dort aber von Gegenprotesten gestoppt.

Suizid als Aufmarschgrund

Mönchengladbach. Am Abend des 19. September 2018 wurde die Leiche eines Mannes vor einem Museum gefunden. Der Tote wies mehrere Stichverletzungen auf. Bei dem Verstorbenen handelte es sich um Marcel Kuschela, einen Mitbegründer der rechten Hooligan-Gruppe HoGeSa (»Hooligans gegen Salafisten«). Der in der Szene unter dem Namen »Captain Flubber« bekannte Kuschela war »Regionalleiter« der HoGeSa in Norddeutschland. Bei der Obduktion wurde festgestellt, dass der 32-Jährige ohne Fremdeinwirkung gestorben ist. Am Abend des 20. September 2018 nahmen 250 Szenemitglieder an einem Trauermarsch teil.



Beatrix Amelie Ehrengard Eilika von Storch, Mitglied des deutschen Bundestags für die »Alternative für Deutschland«, beim Pressestatement am 26. April 2018

#AfD

Marsch durch die Parlamente?

Seit nunmehr einem Jahr sitzt die »Alternative für Deutschland« im Bundestag. In allen Landtagen, außer in Bayern und Hessen, ist sie vertreten. Bei den dort anstehenden Wahlen im Herbst gilt der Einzug als sicher.

von Sören Frerks

Als die »Alternative für Deutschland« (AfD) vor einem Jahr mit 12,6 Prozent in den Bundestag einzog, fragten sich viele, was kommt. Würde die Rechtsaußenpartei im Parlament befriedet oder noch mehr hetzen? Dabei gab es schon zahlreiche Erfahrungen aus den Landtagen in West und Ost, wo »Die Republikaner«, DVU und NPD immer wieder vertreten waren und nun in den Bundesländern von der AfD als extrem rechte ‹Opposition› abgelöst werden. So erinnert das Gebaren der selbsternannten deutschen Alternative eben an das, was sie in den Vorjahren eingeübt hat.

Geltung um jeden Preis

Das Medienspiel, mit Skandalen und Tabubrüchen Aufmerksamkeit zu generieren, scheint das oberste Gebot. Sei es durch die Nominierung untragbarer Kandidaten für Bundestags- und Ausschussvorsitze; wir erinnern uns an Albrecht Glaser, Peter Böhringer, Petr Bystron und Stephan Brandner. Oder die Entsendung des NPD- und Breivik-Verstehers Jens Meyer in das »Bündnis für Demokratie und Toleranz«. Auch das Aufsehen-Erregen in den Plenarsitzungen folgt einer immer gleichen Choreographie der verbalen Überzeichnung: Ob »Burkas, Kopftuchmädchen und alimentierte Messermänner« (Alice Weidel), »feindliche Fremde«, »Multikulturalisierung« und »Islamisierung Europas« (Nicole Höchst) oder »ein zur Regel entarteter Doppelpass« (Gottfried Curio). Oder die Schmähung während der Holocaustgedenkstunde im Bundestag, in der Hansjörg Müller, Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion, der Auschwitz-Überlebenden und Gastrednerin Anita Lasker-Wallfisch demonstrativ den Applaus verweigerte. Die Schlagzeilen sind der AfD gewiss und diese füllt sie mit den Themen, die ihre Klientel im Fernsehen und Internet sehen will: Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus.

Innere und äußere Radikalisierung

Gleich zu Anfang gab sich die AfD vor lauter Erfolgstrunkenheit schnell kämpferisch. Der Slogan »Wir werden Merkel jagen« (Alexander Gauland) war der Auftakt für ein zur Schau gestelltes radikales Selbstbewusstsein und Auftreten. Das gilt auch für die außerparlamentarische Rechte, die sich durch die AfD im Aufwind wähnt, denn die Partei hat sich schnell zum parlamentarischen Arm der extremen Rechten gemausert. Davon zeugen nicht nur die Abgeordneten und MitarbeiterInnen, die mindesten 23 Verbindungen zur extremen und 55 Verbindungen zur »Neuen Rechten« haben. Von der »Identitären Bewegung« und Burschenschaften über Splittergruppen und einen mutmaßlichen Terrorhelfer von Franco A. (s. drr Nr. 173) bis hin zu Thinktanks und Zeitschriften (s. drr Nr. 172) sind nahezu alle Lobbygruppen vertreten. Diese innere Verfasstheit ist das Vorbild für die Radikalisierung auf der Straße; und es bleibt nicht nur beim völkisch-rassistischen und nationalrevolutionären Vokabular. Allein in den vergangen Monaten gab es bei Aufmärschen mit AfD-Beteiligung mehrere Drohungen und Angriffe auf GegendemonstrantInnen. Unlängst attackierten am 20. Juli zwei AfD-Anhänger im hessischen Hanau eine Kundgebung gegen eine Wahlkampfveranstaltung mit Beatrix von Storch. Dabei schlugen und würgten sie ein DGB-Mitglied bis zur Bewusstlosigkeit. Auch die strategische Abgrenzung gegenüber PEGIDA und Neonazis ist gefallen.

Lagerkämpfe als Vorteil

Es ist nur eine Frage der Zeit, dass die völkischen NationalistInnen und RassistInnen, angeführt von Alexander Gauland, in der noch rechtskonservativ konnotierten Bundestagsfraktion die Mehrheit erlangen. In den Landtagen geben sie schon mit André Poggenburg (Sachsen-Anhalt), Andreas Kalbitz (Brandenburg) und Björn Höcke (Thüringen) den Weg vor. Jörg Meuthen, der ebenfalls dem rechtsradikalen »Flügel« angehört und für die AfD im Europaparlament sitzt, beschwor unlängst einen langen Marsch durch die Parlamente, während Höcke im Duktus von NSDAP-Propagandaminister Goebbels wiederholt seine Großmachtphantasien im Gewand der »Konservativen Revolution« herausposaunt. Das schafft zwar interne Querelen mit den Neoliberalen in der Partei, aber der AfD haben diese bei Wahlen bisher wenig bis gar nicht geschadet. Im Gegenteil, mit den wirtschaftsliberalen und den christlich-fundamentalistischen Strömungen erschließt sich die Partei weiteres WählerInnenpotenzial.

Erfolgsrezept ethnokratische Sozialpolitik

Das große Vorbild – die »Freiheitliche Partei Österreichs« (FPÖ) – hat es derweil im benachbarten Österreich zum zweiten Mal in die Regierung geschafft. Aus Österreich dürfte Höcke zugleich die Fokussierung auf die soziale Frage übernommen haben. Denn trotz einer neoliberalen und arbeitnehmerInnenfeindlichen Realpolitik gewinnt die FPÖ mit ethnokratisch-rassistischen Parolen Wahlen (s. drr Nr. 171). Und so setzte sich der Thüringer Fraktionsvorsitzende beim AfD-Bundesparteitag Anfang Juli in Augsburg mit seinem Antrag für einen nationalen und sozialen Sonderparteitag 2019 in Sachsen durch. Es spricht alles dafür, dass sich die AfD dort mit einer völkischen Sozialpolitik profilieren wird, um ein weiteres Angebot für die WählerInnen mit einem teilweise oder geschlossen extrem rechten Weltbild zu generieren.

#Faschisten

Radikalisierung hoch drei

Zunächst waren es »Euro-Skeptiker und Professoren«, später »Rechtspopulisten« und »Islam- oder Asylkritiker«. Gesellschaft, Medien und Politik tun sich noch immer schwer damit, den extrem rechten und neofaschistischen Kurs der »Alternative für Deutschland« zu benennen.

von Sören Frerks



Das Unvermögen, einen Umgang mit der »Alternative für Deutschland« (AfD) zu finden, ist weit verbreitet. Folglich sind viele dem Fehlschluss aufgesessen, wer besonders laut und vulgär daherkomme, über den müsse berichtet werden. AfD-PolitikerInnen und ihre Hetze gegen Geflüchtete und Muslime waren omnipräsent, insbesondere in Talkshows, wie der Kulturrat im April diesen Jahres kritisierte. Während einige JournalistInnen bis hin zur linksliberalen Presse meinten, mit oder gar bei Rechten reden zu müssen (s. drr Nr. 168), brachte es der Chef des ARD-Politmagazins »Monitor«, Georg Restle auf den Punkt: »Wir müssen eben nicht jeden Mist abbilden, nur weil er aus dem Mund eines Bundestagsabgeordneten oder eines Parteivorsitzenden kommt. (...) Wenn es aber um den Schulterschluss von AfD-Kadern mit rechtsextremistischen Vereinigungen geht, gehört es zur journalistischen Pflicht, darüber aufzuklären.« Über die Radikalisierung im Bundestag, in den Landtagen, im Internet und auf der Straße gibt es genug zu berichten.

In den Parlamenten

Die Bundestagsfraktion ist ein Sprachrohr der extremen wie »Neuen Rechten« und in vielen Landtagen sieht es nicht anders aus. Mit ihrer Themensetzung in den Parlamenten propagiert die AfD verklausuliert eine rassistische und völkisch-nationale Ausrichtung. Ein Gesetzentwurf zur Aushebelung des Volksverhetzungsparagraphen, Anfragen zur Zahl von Homosexuellen in Thüringen, Sinti und Roma in Sachsen und Menschen mit Behinderung in Deutschland. Oder sie stellt Anfragen nach zivilen SeenotretterInnen, Anträge auf die »Rückführung« von Geflüchteten ins kriegszerrüttete Syrien und Anträge zum Schutz der Bevölkerung vor »ausländischen Gefährdern«. Hinzu kommen aktuelle Stunden zu »Freiheit und Gleichheit von Frauen«, zum »Globalen Migrationspakt der Vereinten Nationen« und zu »linksextremer Gewalt«, mit denen die AfD vor allem gegen Muslime, Asylsuchende und AntifaschistInnen Stimmung macht. Die Rechtspartei nutzt die Bühne für ein konzertiertes Agendasetting und weiß, dass sie mit immer neuen Schlagzeilen auftrumpfen muss, um für eine noch breitere rechte Klientel wählbar zu werden.

Mitten drin im Online-Hass

Wenn die Bundestagsabgeordnete Beatrix von Storch bei Twitter über »barbarische, muslimische, gruppenvergewaltigende Männerhorden« schwadroniert oder ihr Fraktionskollege Jens Maier den Künstler Noah Becker einen »kleinen Halbneger« nennt, dann ist dies gezielte rassistische Hetze. Doch es wird noch deutlicher. Seit Juni 2017 sind mindestens sechs Facebook- und Whatsappgruppen aufgeflogen, in denen extrem rechte und rassistische bis offen volksverhetzende und neonazistische Inhalte zirkulieren. Sie heißen »Unser Deutschland patriotisch & frei«, »Die Patrioten«, »AfD Spass – neuer Versuch« oder »Integrativ-Konservativ«. Hier bricht sich die Hetze freie Bahn. So wurden Hakenkreuz-Bilder gepostet oder die im KZ-Bergen Belsen ermordete Anne Frank verunglimpft und in einer Fotomontage auf einem Pizzakarton retuschiert, mit der Überschrift: »Die Ofenfrische«. Zu PolitikerInnen heißt es »Weg mit dem Dreck« und über Flüchtlinge: »Alles vergasen.« Die Partnerin eines dunkelhäutigen Mannes wird als »Negernutte« und »Verräterin der weißen Rasse« beleidigt. Andere teilen das Foto einer Ratte mit der Überschrift: »Ratten gibt es nicht nur in der Kanalisation. Sie sind mitten unter uns.« Auf dem Bild einer SS-Mütze steht: »Liebe Flüchtlinge, an diesen Mützen erkennen Sie Ihren Sachbearbeiter.« AfD-Politiker Guido Reil (s. drr Nr. 171) schreibt, die AfD müsse »national + sozialistisch« werden. »Deutschland den Deutschen« heißt es vom sachsen-anhaltischen Landtagsabgeordneten André Poggenburg und ein AfD-Mitglied aus Halberstadt kommentiert: »Vorwärts Patrioten – Deutschland über alles.« Auch andere Abgeordnete der AfD wie Stephan Brandner, Stephan Protschka, Dirk Spaniel, Stefan Keuter, Norbert Kleinwächter und Martin Sichert waren in diesen Online-Gruppen mit von der Partie, diese Tatsache können alle »Die Maus ist verrutscht«- oder »Der Mitarbeiter war's«-Ausreden nicht kaschieren. Mindestens 23 Bundestagsabgeordnete fanden sich bei »Unser Deutschland patriotisch & frei« wieder, also ein Viertel der gesamten AfD-Fraktion. Der Administrator der Facebook-Gruppe Carsten Spindler ist selbst Parteimitglied. Bei »Die Patrioten« waren es 15 AfD-Abgeordnete aus dem Bundestag und 33 aus den Landtagen.

Anführer auf der Straße

Nicht nur Online, sondern ganz real auf der Straße ist die Partei von RassistInnen und NeofaschistInnen durchsetzt und gibt ihnen Raum. Im Lichte von PEGIDA in Dresden und des Leipziger Ablegers »Legida« begann die AfD schon im September 2015 in Erfurt mit Aufmärschen gegen die rot-rot-grüne Landesregierung in Thüringen.



AfD-Aufmarsch in Chemnitz am 1. September 2018 – im Anschluss kam es zu Gewalt von TeilnehmerInnen gegen PolizistInnen und JournalistInnen.

Unter den teilweise mehreren tausend TeilnehmerInnen waren rechte Hooligans und Mitglieder der »Identitären Bewegung« (IB), auch Fahnen der mutmaßlich rechtsterroristischen »Europäischen Aktion« waren zu sehen und NPD-Flugblätter wurden verteilt. Björn Höcke, der schon 2010 beim Neonaziaufmarsch in Dresden dabei war, am 14. Mai 2018 bei PEGIDA in Dresden als Redner auftrat und mehrfach die Sprache von NS-Propagandaminister Joseph Goebbels adaptierte, rief ihnen zu: »Erfurt ist schön deutsch und Erfurt soll schön deutsch bleiben.« Nach der Kundgebung griffen 40 Neonazis und Hooligans eine Gruppe GegendemonstrantInnen brutal an.

Als nächste Stadt folgte Cottbus (Brandenburg). Seit Sommer 2017 mobilisierte der Verein »Zukunft Heimat« über Wochen zu Aufmärschen, an denen Mitglieder von PEGIDA und der IB, Neonazis aller Couleur und die AfD teilnahmen. Mehrere Parteimitglieder und Abgeordnete traten hier als Redner auf, darunter Andreas Kalbitz, der Fraktionsvorsitzender im Landtag ist und Kontakte zur verbotenen »Heimattreuen Deutschen Jugend« (HDJ) hatte. Am 13. Juni 2017 wurden dann GegendemonstrantInnen zusammengeschlagen und am 30. Januar 2018 JournalistInnen attackiert (s. drr Nr. 169).

In Westdeutschland sattelt die AfD vor allem in der rheinland-pfälzischen Kleinstadt Kandel und Umgebung auf die rechte Straßenmobilisierung auf. Was mit einer kleinen Kundgebung der NPD begann, die den gewaltsamen Tod einer 15-Jährigen im Dezember rassistisch instrumentalisieren wollte, entwickelt sich seither zu einem monatlichen Aufmarsch. Am 3. März kamen 4.000 Menschen, die einen Querschnitt der extrem rechten Szene bildeten, von der AfD und IB über »Der III. Weg« und HoGeSa bis hin zur selbsternannten Bürgerwehr »Soldiers of Odin« (S.O.O.) und »Reichsbürgern«. Anwesend waren unter anderem die AfD-Bundestagsabgeordnete Nicole Höchst sowie der »Junge Alternative«-Vorsitzende und Landtagsabgeordnete Damian Lohr, der an der Spitze des IB-Blocks lief. Aus der Demonstration heraus kam es vor dem Haus eines Antifaschisten zu einem gezielten Angriff von Neonazis. Filmaufnahmen zeigen, wie sie eine Polizeikette durchbrechen und auf GegendemonstrantInnen einschlagen und -treten.

Seit März dieses Jahres veranstaltet die AfD zudem in Rostock monatliche Aufmärsche, die sich zum Kristallisationspunkt der extremen Rechten entwickeln. Am 14. Mai waren unter den 450 TeilnehmerInnen die Hooligan-Gruppierung »Nordische Wut«, die Kameradschaft »Nationale Sozialisten Rostock« und die IB. Wie schon bei einer AfD-Demonstration im Oktober 2015 in der Hansestadt kam es hierbei zu Ausschreitungen. Der IB-Vorsitzende Daniel Fiß und andere Neonazis versuchten einen Pressefotografen anzugreifen, was die Polizei nur knapp verhinderte.

Ähnlich ‹braun› gemischt war die angekündigte AfD-Großdemonstration am 27. Mai 2018 in Berlin. Unter den letztlich knapp 5.000 TeilnehmerInnen befanden sich wieder AnhängerInnen von IB, S.O.O. und PEGIDA. Ein Video dokumentiert, wie TeilnehmerInnen »Merkel hängen« skandieren und Journalisten mit dem Satz »Die Zecken werden irgendwann mal mit der Klatsche erschlagen« bedrohen.

Nationalrevolutionäre Phantasien

Weitere Vorfälle ereigneten sich am 1. Mai 2018 in Quedlinburg (Sachsen-Anhalt), wo auf einer AfD-Demonstration neben dem Fraktionsvorsitzenden im Landtag, Oliver Kirchner, dem Bundestagsabgeordneten Frank Pasemann und dem IB-Verbindungsmann im sachsen-anhaltischen Landtag, Hans-Thomas Tillschneider, auch der »Thügida«-Kader Alexander Kurth und weitere Neonazis mitmarschierten. Als die Wegstrecke blockiert wurde, kam es zu Rufen wie »Die Zecken hier nieder machen« und zu Morddrohungen gegen JournalistInnen. In Mödlareuth an der bayerisch-thüringischen Grenze stachelte Höcke am 17. Juni 2018 die KundgebungsteilnehmerInnen auf, den Gegenprotest zu stürmen, da ihm dieser zu laut war. »Ich gebe Ihnen fünf Minuten Zeit«, rief er von der Bühne, woraufhin seine AnhängerInnen auf die AfD-GegnerInnen zuliefen, die ihre Kundgebung dann aufgrund der Bedrohung abbrachen. Am Samstag darauf attackierten Gäste des »Kyffhäusertreffens« vom völkisch-rassistischen AfD-»Flügel« in Burgscheidungen in Sachsen-Anhalt mehrere JournalistInnen, beschädigten eine Kamera, riefen »Ihr Dreckschweine, wir kriegen euch!« und machten eine Enthauptungsgeste. Eine deutsch-türkische Pressevertreterin wurde am 7. Juli 2018 in Kornwestheim beschimpft und in den Nacken geschlagen. In Hanau traf es einen DGB-Gewerkschafter, der am 20. Juli 2018 von zwei Parteianhängern bis zur Bewusstlosigkeit gewürgt wurde.

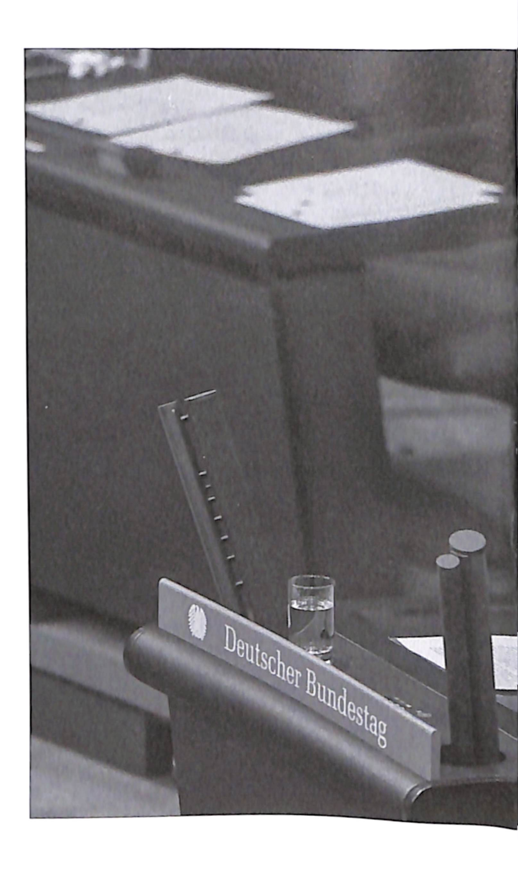
Die Meldungen über rechte und rassistische Gewalt im Umfeld der Rechtspartei nehmen zu und stehen im Verhältnis zur verbalen Radikalisierung in den Parlamenten und im Internet. Wenn Höcke meint, die Zeit des Redens sei vorbei und sagt »Wir müssen auf die Straße gehen, wir müssen das Recht des Souveräns in die eigene Hand nehmen«, dann spiegelt dies die nationalrevolutionären Großmachtphantasien wieder. Die AfD wähnt sich selbst als nationale Avantgarde einer neofaschistischen Bewegung. In dieser Rolle ist sie nicht nur der parlamentarische Arm einer organisierten Rechten, sondern paktiert immer offener mit militanten AnhängerInnen der rechten Szene.

#AfDimBundestag

Hass und Verächtlichmachung

Die »Alternative für Deutschland« sorgt mit ihrem Gebaren im Bundestag für Verrohung und einen stetigen Rechtsruck.

von Kai Budler



Gleich in den ersten beiden Sitzungswochen des neu konstituierten Bundestages war die Fraktion der »Alternative für Deutschland« (AfD) nahezu vollständig zu den Plenarsitzungen erschienen. Ein Teil ihrer Inszenierung: Wollte sie so doch suggerieren, angesichts manch leerer Stühle in Reihen der anderen Fraktionen, kämen deren Abgeordnete nicht ihren Pflichten nach. Doch die Geschlossenheit bröckelte schnell, als auch die AfD begriff, dass die Arbeit im Bundestag nicht nur Anwesenheit beim Plenum bedeutet. Spätestens mit der Konstituierung der Fachausschüsse stieg die Taktung durch oftmals gleichzeitig stattfindende Plenar- und Ausschusssitzungen. Doch zu diesem Zeitpunkt hatte sich die AfD schon warmgelaufen und in parlamentarischen Initiativen geübt.

Alles gipfelt in Rassismus und Abschottung

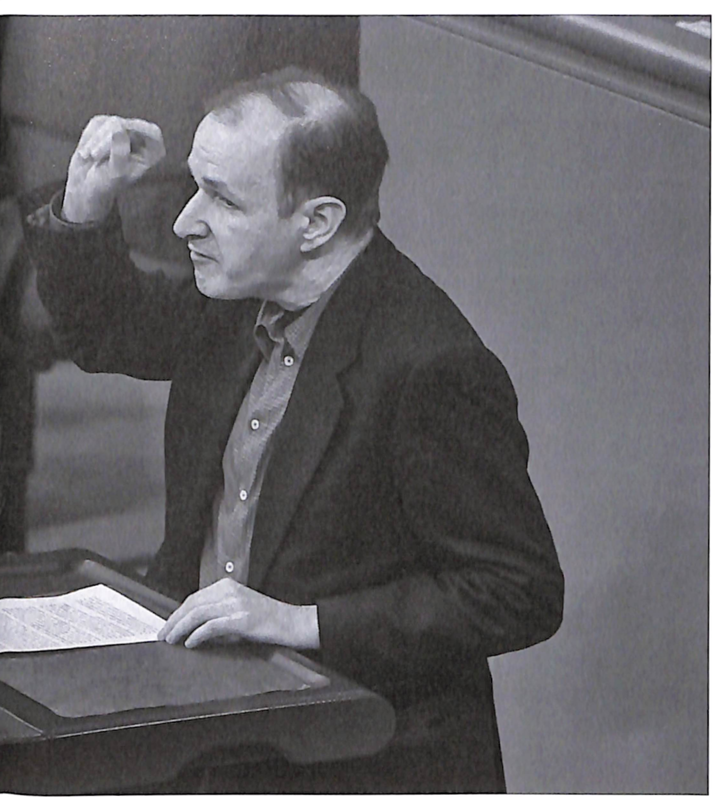
16 Anfragen sowie zwölf Anträge und Gesetzentwürfe reichten AfD-Abgeordnete bis Mitte Dezember 2017 ein. Wenig überraschend: Ein Großteil davon stammte aus den Themengebieten Migration und Innere Sicherheit oder wurde von der Fraktion damit verwoben. Schon in der Sitzungswoche im Januar stellte die AfD zwei Gesetzesentwürfe vor, mit denen sie den Familiennachzug von Flüchtlingen streichen und das Alter von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen obligatorisch und hart sanktioniert feststellen lassen wollte. Bereits zu diesem Zeitpunkt wurde das Dilemma der Unionsparteien deutlich, sich verbal von der AfD absetzen zu wollen, sich politisch aber deutlich den AfD-Positionen zum Familiennachzug und der Altersfeststellung anzunähern beziehungsweise sie besetzen zu wollen. Davon zeugten auch die hämischen Zwischenrufe der AfD-Fraktion im Bundestag.

Auch in den Bundestagsdebatten dominieren vor allem Rassismus, Xenophobie und völkische Sichtweisen die Beiträge seitens der AfD. Selbst beim Thema »Tiertransporte« erklärte der niedersächsische AfD-Abgeordnete Thomas Ehrhorn, »halal« und »Schächten« seien die eigentlichen Probleme des Tierschutzes. Im Auftreten der AfD sind entmenschlichende Krankheits- oder Tiermetaphern besonders beliebt – wie zum Beispiel das Bild eines Migranten als Wolf, um mit dem Raubtier-Vergleich Emotionen und Ängste zu schüren.

Auch wenn die AfD im Bundestag permanent gegen Feminismus, »Gender-Gaga-Ideologie« und eine daraus resultierende »Umerziehung« schießt, entdeckt sie immer wieder dann die Frauenrechte, wenn sie mit ihrem antimuslimischen Rassismus gegen den verhassten »Multitkulturalismus« ins Feld zieht. So trug eine von der Fraktion beantragte Aktuelle Stunde im Januar den Titel »Freiheit und Gleichheit von Frauen stärken – Grundgesetz statt Parallelgesellschaft«. Nicole Höchst aus Rheinland-Pfalz sprach dabei von einer »Islamisierung Europas«, die zu einem Raub der Grundrechte von Frauen führe. Verantwortlich dafür sei unter anderem das »Meinungskartell« der »Erziehungspresse«. Höchst fiel im Bundestag wenig später damit auf, dass sie einen Zusammenhang von Schwerbehinderung, Inzucht und Migration konstruierte.

Der Einpeitscher in persona

Als rassistischer Scharfmacher im Bundestag hat sich der AfD-Abgeordnete Gottfried Curio aus Berlin erwiesen. Er spricht im Zusammenhang mit Zuwanderung von »archaischen Clanstrukturen« und einem »kulturfremden« Islam. Antisemitismus sieht er nur als von MigrantInnen »importiert«. Gleichzeitig nutzt er aber auch links geprägte Begriffe wie »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« und »Geschlechterrassismus«, um gegen die »Vollverschleierung« von Frauen zu polemisieren. Besonders Curios Rede im März veranschaulicht drei Stränge, die symptomatisch für das systematisch betriebene emotionale Einpeitschen der AfD sind. Die Parole »Merkel muss weg« bedient er mit den Worten, die Kanzlerin sei eine »Garantin« der »Herrschaft des Unrechts« und gehöre »eher auf die Anklagebank«. Die radikale Rechte bedient Curio mit der beliebten These der »Umvolkung«, wenn er erklärt: »Den Unterstützern der offenen Grenzen geht es um den Umbau der einheimischen Bevölkerung durch jedwede Zuwanderung samt entsprechender Konsequenzen für die Wahlbevölkerung. Die UN-Umsiedlungspläne, Resettlement von Afrika nach Europa, de facto nach Deutschland, hat Frau Merkel, die Kanzlerin der Ausländer, der Union in das Parteiprogramm geschrieben.« Und schließlich darf die Kriminalisierung und Verächtlichmachung von Flüchtlingen in seiner Rede nicht fehlen. Im dritten Strang der Rede wurden Geflüchtete als angeblich feindliche und entindividualisierte Masse dargestellt: »Die Asylbehaupter hier aufzunehmen, die Urlaubsreisen zu ihren Familien machen, ist auch kein Akt von



Gottfried Curio

Humanität. (...) Integration ist gescheitert, schon wegen der schieren Menge. Sie wird von den Migranten selbst auch nicht gewünscht, die ihre eigene Kultur leben wollen – nach den gesetzwidrigen Regeln der Scharia.« Die Kanzlerin habe »massenhaft archaische, frauenfeindliche Gewalttäter ins Land geholt – ohne Not –, aber immerhin doch auch Fachkräfte importiert: für Messerattacken«.

Antifaschistische Zivilgesellschaft im Visier

Auch der aus den Länderparlamenten hinreichend bekannte Kampf gegen antifaschistische Initiativen und Projekte der Zivilgesellschaft gegen rechts gehört zu den Themen der AfD im Bundestag, wenn sie in ihren parlamentarischen Initiativen nach »Immobilien der linksextremen Szene in der Bundesrepublik Deutschland« fragt oder sich nach »Gewaltdelikte(n) mit linksextremer Motivation in Deutschland seit Bestehen der Bundesrepublik« erkundigt. Und der AfD-Abgeordnete Thomas Seitz aus Baden-Württemberg beruft sich gar auf Bertolt Brecht, wenn er im Bundestag fragt: »Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die parlamentarische Mitgründung und staatliche Finanzierung der zumindest linksradikalen Amadeu-Antonio-Stiftung?« Damit betreibt sie bewusst ein Extremismusspiel, das die Bundestagsfraktion der FDP im Februar aufgriff. Von ihr stammte die Neuauflage der Extremismusklausel mit dem Titel »Durchsetzung der Förderrichtlinien bei Bundesprogrammen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus im Hinblick auf die Vermeidung einer direkten oder indirekten Förderung extremistischer Organisationen oder Personen«. Ergänzt wurde es von der Union um die Projekte zu »Linksextremismus« und »Islamismus«.

Keine »Selbstzerlegung« trotz Widersprüchen

In den sozialpolitischen Debatten hat die AfD im Bundestag keine klare Linie aufzuweisen, nicht umsonst soll sich ein Bundesparteitag im kommenden Jahr vor den Landtagswahlen in drei ostdeutschen Bundesländern speziell mit der sozialpolitischen Ausrichtung der Partei beschäftigen. Die Universallösung auf sozialpolitische Fragen heißt »Abschiebung«, egal ob beim Arbeitsmarkt, fehlendem Wohnraum oder anderen wichtigen Fragen. Je nach RednerIn der AfD in den Bundestagsdebatten schwanken die Inhalte zwischen national-sozialer Ausrichtung und einem Neoliberalismus, wie er sonst bei der FDP im Fokus steht. So nannte der hessische Abgeordnete Albrecht Glaser eine von der Linksfraktion beantragte »Millionärssteuer« eine Form der »Gruppendiskriminierung« und einen »Kampf gegen jeden prosperierenden Wirtschaftsprozess«. Sein Kollege Martin Sichert kommentiert im Bundestag: »Das mit Abstand beste Programm zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsabschwung sind nicht aufgeblähte Töpfe der Sozialversicherungen, sondern der Abbau von Bürokratie, Abgaben und Steuern.« Bei der Beantwortung der Frage, wie denn die AfD Finanzlücken im Bundeshaushalt schließen wolle, nimmt auch die Fraktionsvorsitzende Alice Weidel kein Blatt vor den Mund: »Durch Einsparungen. Bei Arbeit und Soziales kann man einsparen!«

Obwohl die Provokation nach wie vor zu den leicht durchschaubaren Mitteln der Fraktion gehört, hat sie sich entgegen der Hoffnung vieler nicht selbst entzaubert. Auch die erhoffte »Selbstzerlegung« der AfD anhand bestehender Grabenkämpfe ist nicht eingetreten. Neben der Provokation gehört auch die stetige verbale Zuspitzung zu den Mitteln der AfD im Bundestag. Hinzu kommen Tabubrüche wie die Forderung nach Eingriffen in die Pressefreiheit, denn die öffentlich-rechtlichen Medien haben ihren festen Platz im Feindbild der AfD, wie der Niedersachse Ehrhorn betont: »Nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik war die Vereinnahmung der öffentlich-rechtlichen Medien durch den kranken Geist der 68er so offensichtlich und so greifbar wie heute.« Untrennbar verbunden mit der AfD im Bundestag ist die ständige Verächtlichmachung des Parlamentes und seiner VertreterInnen, mit der sich die AfD für ihr Publikum als feste Bastion gegen das von ihr beschimpfte »Altparteienkartell« inszenieren will. Dabei geht die sächsische Abgeordnete Verena Hartmann sogar so weit, die AfD in die Liste der unterdrückten Minderheiten weltweit einzuordnen: »Damals als Christin, heute als AfD-Politikerin stigmatisiert und des Menschseins abgesprochen ist alles erlaubt. Ich staune immer wieder über die Arroganz und die disziplinierte Eintracht unter den Parteien, wenn es um die AfD geht. Sonst spinnefeind verschmelzen Sie zu einer Einheitspartei.«

Mit ihrer Arbeit im Bundestag treibt die AfD vor allem die Union vor sich her. Die Bundesvorsitzende Alice Weidel kommentierte dies im Juni genüsslich, indem sie im Plenum die Ankündigung ihres Co-Vorsitzenden Alexander Gauland aus dem September 2017 aufgriff: »Jetzt sehen sie, wie Jagd geht. Wir sind beim Jagen.« Vorangegangen war der Streit zwischen Innenminister Seehofer und Kanzlerin Merkel über Migration, nach dem verstärkt Vokabular, Bilder und Mythen der AfD aufgenommen wurden. Doch schon vorher sah sich die AfD bei Reden von CDU/CSU bestätigt, dass die Union im Überbietungswettbewerb weiter nach rechts driftet und sich AfD-Positionen annähert oder sie übernimmt. Die AfD-Fraktion erzwingt im Bundestag Debatten, die von den anderen aufgenommen werden, indem sie die Positionen der AfD selbst besetzen wollen. Besonders bei den zentralen Themen der extrem rechten Partei starren die anderen Fraktionen auf deren Abgeordnete und haben bis heute keine einheitliche Antwort auf die Hetze der AfD im Bundestag gefunden.

Geld, Einfluss, Möglichkeiten

Nach einem Jahr im Bundestag haben die Abgeordneten der »Alternative für Deutschland« einen großen Stellenpool geschaffen und bieten Rechten Jobs und die Möglichkeit, rechte Ideologie zu verankern.

von Kai Budler

Erst Anfang Juni 2018 hatte Alexander Gauland, Fraktionsvorsitzender der »Alternative für Deutschland« (AfD) im Bundestag, wieder einmal für Aufsehen gesorgt. Auf dem Bundeskongress der AfD-Nachwuchsorganisation »Junge Alternative« (JA) sagte der Jurist unter Beifall: »Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte.« Nachdem er bereits 2017 auf dem Kyffhäusertreffen der AfD-internen Strömung »Der Flügel« gefordert hatte, »stolz auf die Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen« zu sein, verharmloste Gauland einmal mehr die Verbrechen des Nationalsozialismus. Diese Verrohung gehört zu den Nachwirkungen der »Zäsur«, wie die Redaktion des Magazins »der rechte rand« den Einzug der AfD in den Bundestag bezeichnete (s. drr Nr. 167). Seitdem kann die Partei auf eine 92-köpfige Bundestagsfraktion sowie unzählige MitarbeiterInnen in Berlin und den Wahlkreisen bauen. Die Abgeordneten sind kein Spiegelbild der Gesellschaft – auch wenn sie es sein möchten. Besonders die weibliche Repräsentanz in der Fraktion ist kaum vorhanden. Nur zehn AfD-Abgeordnete sind weiblich (10,6 %). Zum Vergleich: der Anteil weiblicher Abgeordneter im Bundestag insgesamt beträgt 30,7 Prozent.

»Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte.«

Alexander Gauland

Geldquelle

Die stark akademische Prägung eines Großteils der AfD-Fraktion fällt auf: Etwa drei Viertel der Fraktionsmitglieder haben ein Studium absolviert, besonders oft Rechtswissenschaften und Jura. Das Aufstocken der monatlichen Mandatsbezüge durch Nebeneinkünfte ist auch für AfD-Abgeordnete attraktiv. Soweit ihre Angaben transparent sind, stockten sie im April 2018 die Mandatsbezüge um insgesamt 882.514 Euro auf, im Juni 2018 war die Summe um 203.000 Euro gestiegen. Nur die Abgeordneten von CDU/CSU und FDP erzielten noch höhere Summen. Der Bundestag ist für die selbsternannte »Anti-Establishment-Partei« AfD eine wichtige Geldquelle. Dazu gehört das monatliche Budget pro Person in Höhe von 20.870 Euro für persönliche MitarbeiterInnen im Bundestag und den Wahlkreisbüros. Manche Abgeordnete, wie Steffen Kotré aus Brandenburg, nennen gleich neun MitarbeiterInnen. Bei anderen fehlen Angaben zum Personal.

»Identitäre« und Burschenschafter

Besonders Burschenschafts- und Verbindungskreise profitieren von der Jobmaschine AfD. Deutlich wird das am Beispiel des Abgeordneten Frank Pasemann aus Sachsen-Anhalt. Er gehört zur »Patriotischen Plattform« (PP) und gilt als einer der Verbindungsleute in die »Identitäre Bewegung« (IB). Über seine Mailadesse erfolgten die Anmeldungen für den Vortrag »Linke Förderstrukturen und der neue ‹Kampf gegen Rechts›« Anfang Juli 2018 in einem Gebäude des Bundestages. Als Referent trat der völkische Autor und Verleger Philip Stein auf, der zu den Gründern des extrem rechten Netzwerks »Ein Prozent« gehört. Gegenüber der Zeitung »Die Welt« rechtfertigte Pasemanns Mitarbeiter John Hoewer die Einladung von Stein. Der Burschenschafter mit Kontakten ins extrem rechte Milieu war bei der AfD-Fraktion in Sachsen-Anhalt als Referent für Inneres und Europaangelegenheiten angestellt und wird auf deren Homepage als Referent für »Demokratie und Grundwerte, Europa« geführt. Bis Juni 2018 nennt ihn außerdem der AfD-Bundestagsabgeordnete Andreas Mrosek Leiter seines Berliner Büros, noch im Juli 2018 arbeitete Hoewer in Berlin für Pasemann. Mit Stein verbindet Hoewer der Besuch einer Tagung der faschistischen Bewegung »Casa Pound« Ende April 2018 in Rom. Neben Stein auf dem Podium war im Publikum Hoewer zu sehen, der mehrfach als Redner für »Ein Prozent« aufgetreten war. Der Rest der deutschen Reisegruppe bestand aus Philip Thaler von der identitären »Kontrakultur Halle«, Steins Praktikant Martin Bader aus Dresden und Michael Schäfer. Der ehemalige Bundesvorsitzende der »Jungen Nationaldemokraten« (JN) war bei einer Kundgebung der IB im Harz gesehen worden, mit Thaler hat er die Mitgliedschaft in der Halle-Leobener »Burschenschaft Germania« gemeinsam, deren Domizil in Halle als Treffpunkt für AktivistInnen von »Ein Prozent« und »Kontrakultur Halle« gilt. Mit Hoewer posierte Schäfer Mitte Juli 2017 vor der extrem rechten Immobilie in der Hallenser Adam-Kuckhoff-Straße.

Auch Hoewers Bürokollege Joel Bußmann von der »Burschenschaft Gothia« hat gute Kontakte zu den extrem rechten Hipstern. Er nahm schon im Juni 2016 an einem IB-Aufmarsch in Berlin teil. Begleitet wurde er unter anderem von Jörg Sobolewski, dem Bundesvorsitzenden des Dachverbandes »Deutsche Burschenschaft«, Vorstandsmitglied der »Jungen Alternative« (JA) Berlin und Chef des AfD-Ordnerdienstes, der inzwischen im Büro des bayerischen AfD-Bundestagsabgeordneten Stephan Protschka arbeitet. Ebenfalls bei dem Aufmarsch anwesend war das Vorstandsmitglied der JA Berlin, The-Hao Ha (»Er hat vietnamesische Wurzeln und ist deutscher Patriot«). Die Verabredungen mit Sobolewski dürften für ihn inzwischen leichter sein, denn er arbeitet ebenfalls in Protschkas Berliner Büro, wie auch Vadim Derksen. Der Russlanddeutsche aus Regensburg hatte im Januar 2016 an einem IB-Aufmarsch im bayerischen Freilassing teilgenommen.



»Neue Rechte« wie Erik Lehnert arbeiten nun im Bundestag (hier auf einem Stand der »Jungen Freiheit« auf der Frankfurter Buchmesse).

HDJ und »Neue Rechte«

Auch im Berliner Büro von Fraktionschef Gauland finden sich Mitarbeiter mit extrem rechten Hintergrund. Felix Willer etwa gehörte lange Jahre der 2009 wegen Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus verbotenen »Heimattreuen Deutschen Jugend« (HDJ) an und avancierte dort zum Leiter der Abteilung »Heimattreue Ausrüstung und Lagertechnik«. Willer war vor seiner Beschäftigung in Berlin verkehrs- und europapolitischer Referent in der Brandenburger AfD-Fraktion, auch der dortige AfD-Landeschef Andreas Kalbitz hatte an einem HDJ-Zeltlager teilgenommen. Willers Ausscheiden aus Gaulands Büro nach vier Monaten habe aber nichts mit seiner Biografie zu tun, erklärte der AfD-Fraktionsvorsitzende, er habe lediglich eine andere Stelle angetreten. Nicht ausgeschieden ist hingegen Martin Midinet, der zum »Flügel« der AfD gehört und aus der Berliner Neonazi-Szene stammt.

Das neu-rechte »Institut für Staatspolitik« (IfS) um Götz Kubitschek kann ebenfalls seine Inhalte in der Bundestagsfraktion direkt verankern – mit Erik Lehnert arbeitet der IfS-Geschäftsführer im Büro des AfD-Abgeordneten Harald Weyel aus dem rheinisch-bergischen Kreis in Nordrhein-Westfalen. Der Multifunktionär Lehnert ist unter anderem Kuratoriumsmitglied der neu-rechten »Titurel-Stiftung«, die seit ihrer Gründung 2007 vor allem als Förderinstrument des IfS fungiert. Ihr Gründer Helmut Engelmann aus Bayern erwarb 2016 einen vierstöckigen Altbau in der Adam-Kuckhoff-Straße 16 in Halle, mittlerweile der Stammsitz von »Kontrakultur Halle«. Nach Lehnerts Anstellung befragt, antwortet sein Arbeitgeber Weyel der »tageszeitung«: »Herr Dr. Lehnerts private und berufliche Vita hat mich überzeugt (…) Auch sämtliche mir vorliegenden Artikel und Arbeiten, soweit mir bekannt, überzeugten mich davon, dass wir die gleiche Sprache sprechen«.

Von der Presse zur AfD

Es liegt auf der Hand, dass auch extrem rechte und neu-rechte Publikationen einen möglichst direkten Draht zur AfD-Bundestagsfraktion installieren. Im Büro des bayerischen Abgeordneten Petr Bystron arbeitet Jan-Andres Schulze, Autor beim »Kopp-Verlag« und Kubitscheks »Sezession«. Sein Kollege ist Eric Weber, der vorher für das NPD-Parteiblatt »Deutsche Stimme« arbeitete und Mitarbeiter eines sächsischen NPD-Landtagsabgeordneten war. Heiko Luge, der jetzt für den thüringischen Abgeordneten Jürgen Pohl in Berlin tätig ist, schrieb für das Querfont-Magazin »Sleipnir« und die »Junge Freiheit« (JF). Aus dem Team der neu-rechten Wochenzeitung dürfte er auch den früheren JF-Redakteur Henning Hoffgaard kennen, der nun als Büroleiter für den Abgeordneten Leif Erik Holm arbeitet.

Aus dem rechten Magazin »Compact« von Jürgen Elsässer sitzen gleich drei Vertreterinnen im Stab der Bundestagsfraktion. Seit Mai 2018 arbeitet Marc Dassen für den bayerischen Abgeordneten Petr Bystron. Der 1989 geborene Dassen schreibt seit mehr als drei Jahren für das Elsässer-Blatt. Für Martin Reichardt (Sachsen-Anhalt) arbeitet die »Compact«-Hauptstadt-Korrespondentin Salwa Amin mit Schwerpunkt Sicherheitspolitik. Für Johannes Huber aus Bayern ist seit 2017 Linn Deborah Kuppitz als Büroleiterin tätig, die beim Videokanal von »Compact« die Sendung »Die Woche Compact« moderiert. Sie geriet kürzlich in den Fokus der Öffentlichkeit, weil sie bei Facebook ein Bild mit »Gefällt mir« markiert hatte, das zwei Vorstandsmitglieder von Hubers AfD-Kreisverband mit Hitlergruß zeigt. Doch es war offenbar nur ein Like von mehreren – denn ihr gefällt unter anderem das klassische Neonazi-Motiv eines Mädchens mit blonden Zöpfen, das von einem Gewehr bedroht wird, darunter der Spruch »8. Mai – Wir feiern nicht«. Ein Like setzt Kuppitz auch für ein Bild von Wehrmachtsoldaten, die eine Tür eintreten. Versehen ist das Motiv mit Reichsadler und dem Spruch »Kommt gut rein 2017«. Auch Kuppitz' Bürokollege in Berlin, Tobias Teich, gefielen bei Facebook entsprechende Motive. Erst jüngst mutmaßte er bei Facebook, die Fußball-WM sei als »Brot und Spiele Phase« für die Regierung eine günstige Gelegenheit, »das Fundament für den vollständigen Bevölkerungsaustausch zu schaffen«. Für Tattoos und Pullover aus dem Sortiment des prominenten Neonazis Tommy Frenck findet Teich lobende Worte. Gegenüber der »Süddeutschen Zeitung« spricht Arbeitgeber Huber von einer »breit angelegten Kampagne gegen die AfD, die schon seit Monaten und Jahren läuft«.

Terror-Helfer?

Selten sorgte eine Personalentscheidungen der AfD für so viel Empörung wie die Einstellung von Maximilian T. als Referent des hessischen Abgeordneten Jan Nolte. Ausgerechnet das Mitglied des Verteidigungsausschusses im Bundestag beschäftigte einen Mitarbeiter, gegen den der Generalbundesanwalt wegen des Vorwurfs ermittelt, eine »schwere staatsgefährdende Gewalttat vorbereitet zu haben« (s. drr Nr. 173). Er gilt als möglicher Komplize des Terrorverdächtigen Franco A., der sich als syrischer Flüchtling ausgegeben und unter dieser Tarnung Anschläge vorbereitet haben soll. In diesem Fall lehnte die Bundestagsverwaltung den Antrag auf einen Hausausweis für den Mitarbeiter ab.



#Interview

Politik als »Informationskrieg«

Johannes Hillje ist Politikberater. Von ihm erschien 2017 das Buch »Propaganda 4.0. Wie rechte Populisten Politik machen«. Im Interview mit »der rechte rand« spricht er über die Strategien populistischer Parteien in Europa und die Rolle der sozialen Medien für diese Delegitimierung von Medien und Demokratie. Das Interview führte Felix M. Steiner.

drr: Sie haben sich in ihrem Buch »Propaganda 4.0« die Medienstrategien rechtspopulistischer Parteien angeschaut. Welche Hauptmerkmale kennzeichnen deren mediale Strategien?

Hillje: Ich nenne die Kommunikationsstrategie von RechtspopulistInnen »Propaganda 4.0«. Die Strategie hat vier Schritte: Zunächst werden die unabhängigen Medien durch Lügenvorwürfe delegitimiert. Damit schaffen solche Parteien ein Bedürfnis nach wahrhaftigen Informationen, das dann im zweiten Schritt über die eigenen Parteikanäle befriedigt werden soll. Viele der Parteikanäle sind digital, dabei werden sich Effekte wie die »Echokammer« zu Nutze gemacht, wo ein einseitiges Meinungsbild vorherrscht und als drittes Element eine kollektive Identität nach dem Motto »wir gegen das System« entstehen kann. Viertens instrumentalisieren RechtspopulistInnen wie die AfD die unabhängigen Medien, indem sie sich in Talkshows inszenieren oder auch Tabubrüche in Bundestagsreden begehen, auch damit diese wiederum als »Leistungsnachweis« in Form kurzer Videoclips an die eigene Zielgruppe im Netz verbreitet werden kann. Diese Propaganda funktioniert sehr effektiv.

Einer der besten populistischen Tricks der AfD ist, mit dem Slogan »Mut zur Wahrheit« Lügen und Halbwahrheiten zu verbreiten.

Wie genau funktioniert die Inszenierung von Parteien wie der »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ) oder der »Alternative für Deutschland« (AfD)? Ist überhaupt von einer einheitlichen Strategie der Parteien zu sprechen?
PopulistInnen verstehen Politik als »Informationskrieg«. Wenn von einer »Internationale der Nationalisten« die Rede sein kann, dann vor allem hinsichtlich des Austausches von Kommunikationsstrategien. Die AfD hat sehr viele Instrumente von der FPÖ übernommen. Insbesondere das Aufsetzen sogenannter »owned media« – eigene Medienkanäle zur Bildung einer Gegenöffentlichkeit. Die FPÖ hat das »FPÖ TV« erfunden, die AfD hat mit »AfD TV« nachgezogen. Übrigens: Seitdem die FPÖ an der Regierung ist, hat sich die Partei von dem wöchentlichen Nachrichtenmagazin verabschiedet und veröffentlicht nun täglich mehrere Kurzvideos, die ein tagesaktuelles Thema weiterhin in pseudo-journalistischer Aufmachung (und dem »Senderlogo« von FPÖ-TV rechts oben in der Ecke) behandeln. Als beispielsweise Anfang Mai die Medien berichteten, dass FPÖ-Innenminister Kickl alle Moscheen des Dachverbandes ATIB überprüfen lassen wolle, gab es dazu bei FPÖ-TV bereits das entsprechende Video: »Jetzt wird durchgegriffen: Innenminister Herbert Kickl lässt alle ATIB Vereine überprüfen!«. Offensichtliches Ziel: Die FPÖ will die Deutungshoheit über die eigene Regierungspolitik haben, sie muss dazu möglichst früh die Debatte prägen und konzipiert deshalb Maßnahmen von FPÖ-Ministern nicht nur als Gesetz oder Verordnung, sondern von Anfang an auch als PR-Produkt.

Hat sich die Strategie der AfD in den letzten fünf Jahren verändert beziehungsweise ist sie professioneller geworden?
Ja, sie wird professioneller. Denn durch den Einzug in den Bundestag hat sie heute deutlich mehr Ressourcen zur Verfügung. Man darf nicht vergessen, dass die AfD eine Partei von Medienprofis ist. Es gibt viele AfD-Abgeordnete, die früher JournalistInnen waren. Umso bemerkenswerter ist übrigens die Verachtung vieler AfD-PolitikerInnen für ihren eigenen früheren Berufsstand. Aber diese Medienprofis wissen eben, wie man Themen auf die Agenda setzt, Themen den richtigen »Spin« gibt und Emotionen mobilisiert.

Welche Rolle spielen dabei die sozialen Medien?
Eine große Rolle. Anfang des Jahres kündigte Alice Weidel an, dass die Bundestagsfraktion der AfD ihre PR-Arbeit bald mit 20 MitarbeiterInnen im 24-Stunden-Schichtbetrieb betreiben wolle. Personell ist das doppelt so viel wie die Pressestellen der SPD- oder Unionsfraktion derzeit aufbieten. Diese PR-Arbeit wird vor allem über soziale Medien gemacht. Man sieht die ersten Ergebnisse bereits: Die AfD postet mittlerweile fast drei mal täglich ein professionell produziertes Video auf Facebook, teilweise von ModeratorInnen moderiert.

....also kann man sagen, die AfD/FPÖ will mit ihrem Angebot die klassischen Medien ersetzen und selbst »Presse« sein?
Die AfD meint, dass sie ihre Medienarbeit als »Korrektiv« der vermeintlich verfälschten und verzerrten Berichterstattung der Mainstream-Medien, vor allem der öffentlich-rechtlichen Kanäle, fungieren müsse. Der Parteivorstand spricht von »Instrumenten der Gegenmacht«.

Kann man diese Strategien als anti-demokratisch bezeichnen?
Tatsächlich hat keine andere Partei in Deutschland ein solches Verständnis über die eigenen Öffentlichkeitsarbeit wie die AfD. Andere Parteien machen PR-Arbeit, um die Öffentlichkeit und die JournalistInnen zu informieren, die AfD hat den Anspruch, die JournalistInnen zu korrigieren. Sie erhebt sich damit über die Unabhängigkeit der Medien, das widerspricht dem demokratischen Medienverständnis, nach dem die Medien die PolitikerInnen kontrollieren, nicht andersherum. Gleichzeitig gibt die AfD ihren Parteikanälen journalistische Etiketten wie »AfD-TV« oder »Newsroom«. Nach dem Kaiserreich, der Nazi-Zeit und der DDR erprobt die AfD eine neue Version von Propaganda in Deutschland.

Welche Rolle hat dabei die Sprache beziehungsweise das sogenannte Framing?
Wenn PolitikerInnen framen, packen sie einen Sachverhalt in einen ganz bestimmten Deutungsrahmen, der ihre eigene politische Agenda unterstützt. Besonders wirkungsvoll sind die Frames dann, wenn sie an persönliche Erfahrungen andocken – oder an Werte. Nehmen wir den Begriff des »Asylgehalts«. Es geht also um das Geld, das zur Deckung von Grundbedürfnissen an AsylbewerberInnen ausgezahlt wird. Den Begriff des Gehalts kennen wir aus unserem persönlichen Leben. In unserem Weltbild bekommen wir Gehalt für Arbeit. Das erweckt im Zusammenhang der Flucht vollkommen falsche Assoziationen. Tatsächlich ist dieses Geld ja eine Sozialleistung, keine Entlohnung, und zwar auch nur für den Zeitraum, in dem der Asylanspruch geprüft wird. Es geht um Überlebenshilfe, eine Solidarleistung der Stärkeren gegenüber den Schwächeren in der Gesellschaft. Und ja: Das Framing wird heute besonders erfolgreiche von rechten, ja sogar rechtsradikalen AkteurInnen angewendet. Das hat meiner Meinung nach damit zu tun, dass wir über viele Phänomene sprechen, die abstrakt und weit weg sind. Rechte schaffen es aber dabei, den eigenen Erfahrungshorizont der Menschen anzusprechen. Für mich ist die Sprachmacht der Rechten aber auch ein Resultat der Sprachlosigkeit der Mitte.

Was würden Sie empfehlen, um dem entgegenzutreten?
Gerade bei der SPD erkenne ich oft eine mangelnde Sensibilität gegenüber politischer Sprache. Die Partei sollte ihre Sprache viel stärker von ihren Grundwerten ableiten. Oftmals nutzt sie Frames, die ihrer eigenen Agenda nicht entsprechen. Ein Beispiel: Im Fünf-Punkte-Plan zur Migration kam der Begriff »Schutzsuchender« nicht ein einziges Mal vor. Typische sozialdemokratische Werte sind aber Fürsorge und Solidarität. In den Begriffen »Flüchtling« und »Migrant« wird die Fürsorge wenn überhaupt nur indirekt angesprochen; bei dem Begriff »Schutzsuchender« dagegen direkt. Das würde bei LeserInnen und ZuhörerInnen also an ein ganz anderes Assoziationsfeld andocken. Ein progressiver Mensch würde so viel schneller Mitgefühl und Empathie entwickeln. Hier gibt es also eine Wortwahl, die nicht die eigene Agenda unterstützt.

Vielen Dank für das Interview!

#Propaganda

Der Puls bleibt oben

Ohne Social Media würde bei der »Alternative für Deutschland« in Sachen Öffentlichkeitsarbeit nicht viel laufen. Auch nach der Bundestagswahl gilt: Facebook ist Kommunikationskanal Nummer 1.

von Frida Westrick



Wie keine andere Partei weiß die »Alternative für Deutschland« (AfD) die sozialen Netzwerke für ihre Zwecke zu nutzen. Der Erfolg der AfD ist auch darauf zurückzuführen, über diesen Weg direkt mit ihrer WählerInnenschaft in Kontakt zu treten, mit ihr zu interagieren und mit gezielten Provokationen auch ein Echo in den »etablierten« Medien zu erreichen. Diese Schleife aus Grenzüberschreitung in den sozialen Netzwerken durch AfD-PolitikerInnen, Aufmerksamkeit und Berichterstattung in etablierten Medien mit empörten Kommentaren und anschließendem Zurückrudern der AfD unter Betonung der eigenen Opferrolle wurde schon oft durchgespielt und hat sich trotz Selbstkritik einiger Medienschaffender noch nicht endgültig abgenutzt. Noch gibt es also ein Wechselspiel zwischen AfD und den etablierten Medien über soziale Netzwerke, das die AfD aber langfristig überflüssig machen will. Denn auch wenn die Partei und ihre SteigbügelhalterInnen inzwischen bewiesen haben, dass man weitestgehend ungestraft jede noch so dumme Frage stellen und auch die menschenverachtendste Antwort geben darf, beschweren sie sich immer noch, von der »Lügenpresse« ignoriert, missverstanden und diffamiert zu werden. Die Konsequenz, so die Partei, sei daher, sich unabhängig zu machen und einen eigenen »Newsroom« zu eröffnen, der rund um die Uhr angeblich vertuschte Wahrheiten an der »Political Correctness« vorbei unter dem Teppich hervorholt. Im eigenen TV-Studio produzierte Videos und selbst recherchierte Inhalte sollen über soziale Netzwerke und die eigene Homepage verbreitet werden, die AfD hat zu diesem Zweck bereits zahlreiche MitarbeiterInnen eingestellt. Nach einem Treffen mit dem ehemaligen Macher von »Breitbart.com«, Stephen Bannon, ließ sich Alice Weidel damit zitieren, das ambitionierte Fernziel sei, dass die Menschen in Zukunft AfD und nicht ARD schauten.

AfD statt ARD

Seit dem Einzug in den Bundestag haben Partei und PolitikerInnen ihre Social-Media-Arbeit deutlich professionalisiert. Viele der Abgeordneten haben (neben ihrer privaten) jetzt eine offizielle Facebook-Seite, die in einigen Fällen extern betreut wird. Neben der AfD-Seite gibt es die Online-/Facebook-Präsenz »AfD-Fraktion im Bundestag«. Der Instagram-Kanal scheint wenig Erfolg gehabt zu haben, hier finden sich nur wenige ältere Einträge und wenige Follower. Der Kurznachrichtendienst Twitter wird bedient und auf dem eigenen YouTube-Kanal sind meist Pressekonferenzen und Reden einzelner Abgeordneter zu finden. Während die Website »AfD TV« noch vor sich hindümpelt, sind auf YouTube die ersten Ansätze der alternativen AfD-Nachrichten zu begutachten: Unter der Rubrik »Nachrichten aus der Fraktion« finden sich kurze Clips mit Symbolfotos in recht schlechter Tonqualität und Untertiteln, die im Stil von Nachrichtenbeiträgen Themen der AfD bewerben. Dass hier alle journalistischen Standards gekonnt umschifft werden, überrascht nicht weiter, ist aber doch tragisch, wenn man bedenkt, dass sich die AfD-AnhängerInnen vorzugsweise in sozialen Medien informieren und dass dies womöglich die einzigen Nachrichten sind, die sie sehen. Mehr von der AfD'schen Journalismus-Interpretation bekommen die Fans auf der Facebook-Präsenz »AfD-Fraktion im Bundestag« zu sehen: Hier gibt es auch ein an die Tagesschau angelehntes Format, außerdem kommen in einer Art Interview-Format AfD-PolitikerInnen mit ihren Themen zu Wort.

Ständiger Ausnahmezustand zur Selbstlegitimation

Über die Social-Media-Strategie der AfD ist viel geschrieben worden (s. drr Nr. 167), der aggressive Wahlkampf in den und aus den Netzwerken heraus, teils mit Hilfe von Troll-Armeen, hat viel Beachtung gefunden und vielleicht die eine oder andere WählerIn an die Wahl-Urne gelockt. Am scharfen Tonfall hat sich im Prinzip nicht viel geändert, es wird immer noch gehetzt, meist über Geflüchtete, Muslime, die »Alt-Parteien« und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und was sonst noch zum Establishment aus Sicht der AfD gehört. Der Puls muss oben bleiben, der Ausnahmezustand ist die neue Normalität, dafür sorgt die AfD mit den bekannten Aufreger-Themen und Provokationen. Das Header-Bild im Juli ist Werbung für die »interaktive« Sonderseite »Masseneinwanderung bedeutet Messereinwanderung«, auf der Fälle von Gewalttaten mit Messern aufgelistet werden. Die Panikmache gilt letztendlich der Selbstlegitimation. Der Warnung vor dem drohenden Bürgerkrieg, ausgelöst durch kriminelle AusländerInnen und vorangetrieben durch korrupte Eliten folgt der Hinweis auf



die AfD, die das noch verhindern könnte. Um diese Botschaft zu verbreiten, steht hinter jedem Video der Aufruf, ihn zu liken und zu teilen. Seit die Partei im Bundestag sitzt und die anderen Parteien »vor sich hertreibt«, ändert sich jedoch etwas: Vieles sei besser geworden, so die eigene Erzählung. Zu diesem Zweck dokumentiert die AfD umfassend, was sie tut. Der Slogan dazu heißt »AfD wirkt«. Zu sehen sind zum Beispiel Peter Bystron und Markus Frohnmeier vor der Berliner Staatsanwaltschaft, die berichten, »Strafanzeige gegen NGO-Schlepper« stellen zu wollen. Da stehen sie, blättern ostentativ in Papieren mit Unterschriften der Abgeordneten und am Ende des Videos gehen sie tatsächlich rein, um ihre Anzeige zu stellen. Auf die meisten Menschen würde das jetzt vermutlich vorhersehbar, manipulativ oder lächerlich wirken, doch in der Kommentarspalte wird gejubelt: »Ihr redet nicht, ihr handelt! Danke dass ihr uns schützen wollt ♥.«

Die »MacherInnen« der AfD

Auch ein Stilmittel in der Filterblase: Die AfD verdichtet das Bild einer erfolgreichen Oppositionspartei, indem sie die schönsten Reden, die knackigsten Sätze in Talkshows und die bissigsten Kommentare zusammenschneidet und dieses ständig wiederholt. Durch die Zusammenschnitte aus Talk-Show-Statements, Wiedergabe von Bundestagsreden der AfD-Abgeordneten plus Applaus und Kommentaren zu aktuellen Themen erlangt die AfD die Deutungshoheit über das Geschehen und inszeniert sich als alleinige Akteurin. Widerspruch, Niederlagen und Kritik werden ausgeblendet, störende Fakten weggelassen und schon erscheint die AfD gegenüber den »Altparteien« als Retterin und Musterschülerin der Demokratie. Gegenüber der allgemeinen AfD-Facebook-Seite ist die Fraktionsseite viel stärker personalisiert und rückt die Abgeordneten als kompetente »MacherInnen« ins rechte Licht. Die Vorsitzenden Alice Weidel und Alexander Gauland werden besonders nach vorne gestellt, ihre Reden sind abrufbar, sie geben Pressekonferenzen und kommentieren das Tagesgeschehen mit Memes, also Bildmontagen mit kurzen Sprüchen – je nach Thema mit ernst-bösartigem Gesichtsausdruck oder spöttischem Lächeln vor wechselnden Hintergründen. Darüber hinaus soll die Fachkompetenz und Seriosität einzelner Abgeordneter betont werden: Reden, Kommentare, Vorträge und Pressekonferenzen der fachpolitischen SprecherInnen werden abgebildet und teilweise live auf Facebook gestreamt. Mit großer Ernsthaftigkeit referieren die neuen ExpertInnen ihre Zweifel am menschengemachten Klimawandel (deshalb erübrige sich Klimaschutz) oder zitieren Studien, nach denen kleine Jungs lieber mit Autos und Mädchen lieber mit kleinen Küchen und Kosmetik spielen: »Gender Mainstreaming« ist nach dieser Lesart überflüssiger »Staatsfeminismus«.

Aus der Echokammer gibt es kein Entkommen

Innerhalb des AfD-Kosmos ist die Stimmung aufgeheizt bis euphorisch – zwischen andauernder Alarmbereitschaft und Siegestaumel. Das Phänomen der Echokammer ist hinreichend beschrieben, und die Gründe für die AfD-AnhängerInnen und -PolitkerInnen, aus ihrem selbst geschaffenen, homogenen Diskursraum auszutreten, werden mit steigender Professionalisierung der Medienarbeit immer weniger. Dazu kommt die wohlwollende Berichterstattung von »Compact« »PI-News«, der deutschen Sparte von »Russia Today«, »Junge Freiheit« und vielen AfD-freundlichen BloggerInnen, die inzwischen flächendeckend eine alternative Medienlandschaft im Internet bilden. Vom Rest des gesellschaftlichen Meinungsklimas bekommt man da wenig mit und kann auch Widersprüche und Zynismus schwerer entschlüsseln. Die AfD inszeniert sich seit jeher als Korrektiv einer aus den Fugen geratenen Gesellschaft, und das zunehmend noch offensiver und selbstbewusster, seitdem sie im Bundestag sitzt. Alexander Gauland lässt sich beispielsweise in einem Post vom 16. Juli wie folgt zitieren: »Ich bin entsetzt über die Verrohung der Sprache und den Hass, der der Zeit-Autorin Mariam Lau für ihren Artikel zur Seenotrettung in den Sozialen Netzwerken entgegenschlägt.« Dass Alexander Gauland, der sich beim Grenzendichtmachen nicht »von Kinderaugen erpressen lassen« will, das »Dritte Reich« einen »Vogelschiss« nennt und eine ihm missliebige Politikerin mit türkischen Wurzeln nach Anatolien »entsorgen« möchte, zu eben diesen Hass-Produzenten gehört die er kritisiert, dürfte im AfD-Kosmos den Wenigsten auffallen.

Im Informationskrieg

Einen nicht unerheblichen Teil der ihr zur Verfügung stehenden Mittel plant die AfD also für den Ausbau der Gegenöffentlichkeit zu verwenden, um den »Informationskrieg« für sich zu entscheiden. Als Vorbild dafür dienen die Medienstrategien der »Freiheitlichen Partei Österreich« oder die US-amerikanische Seite »Breitbart«. In diesem abgeschotteten Diskursraum existieren gegenläufige Meinungen höchstens noch als Untermauerung der eigenen Thesen. Und auch außerhalb ihrer eigenen Medien hat die AfD eine Diskursverschiebung weit nach rechts erreicht und teilweise die Übernahme ihrer Begrifflichkeiten erzwungen. Innerhalb ihrer Echokammer hat sie schon einiges erreicht auf dem Weg, den Diskurs abzuschaffen und durch Propaganda zu ersetzen.

#Außenpolitik

»Deutschland zuerst!«

von Jörg Kronauer

»Deutschland zuerst!« Erkennbar inspiriert von US-Präsident Donald Trump, formuliert Armin-Paulus Hampel, außenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion der »Alternative für Deutschland« (AfD), die Maxime seiner Partei für das Auftreten der Bundesrepublik in der Welt. »An deutschen Interessen«, so hieß es im Programm der Partei für die Bundestagswahl 2017, soll die deutsche Außenpolitik sich orientieren. Nun richtet jede Regierung ihre Auslandsaktivitäten an zentralen Interessen ihres Landes aus – die AfD hat darauf kein Monopol. Allerdings definiert sie deutsche Interessen anders als die stark auf die EU orientierte bundesdeutsche Politik der vergangenen Jahrzehnte.

Nationale Kompetenzen

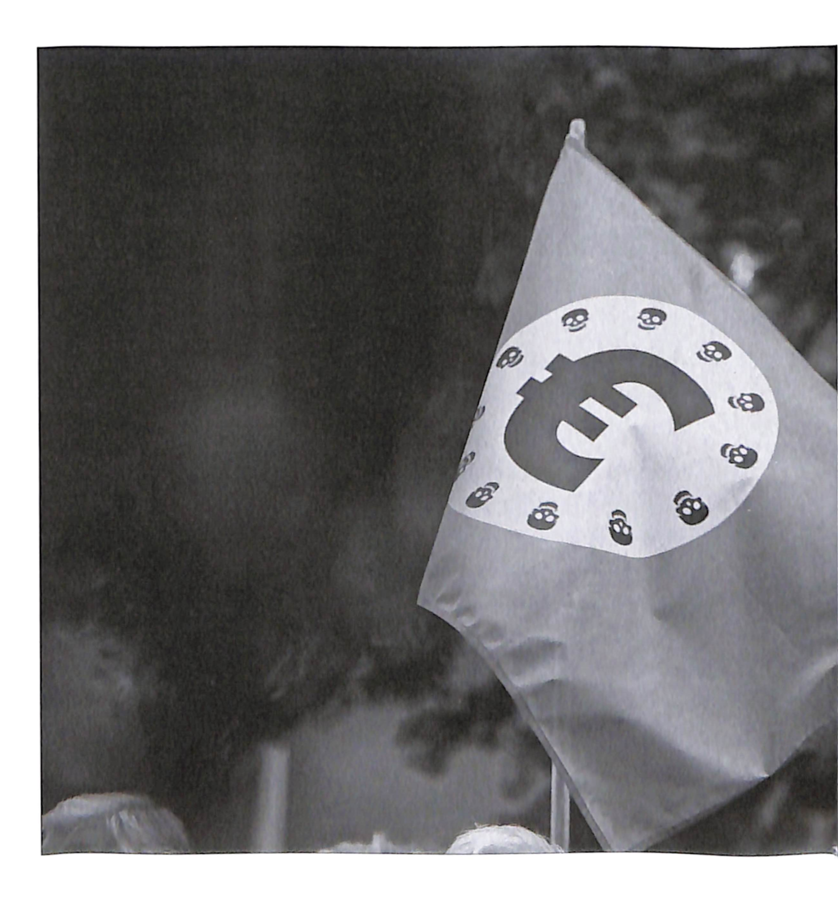
Kern der Außenpolitik, die der AfD vorschwebt, ist ein Deutschland, das nationale Kompetenzen von der EU zurückgewonnen hat. Die Union, so der Vorwurf der Rechtspartei an die CDU/CSU, trage den Interessen der Bundesrepublik nicht hinlänglich Rechnung. »Die Zukunft Europas liegt nicht in der EU in ihrem jetzigen Zustand«, hieß es im AfD-Bundestagswahlprogramm, »auch nicht in ihrer weiteren Zentralisierung, sondern in einem Europa souveräner Staaten, die partnerschaftlich zusammenarbeiten«. Ein Rückbau der europäischen Integration soll den Weg für die Realisierung deutscher Interessen bereiten. Beispiel Flüchtlingsabwehr: Die AfD sprach sich im März 2018 im Bundestag für »umfassende Grenzkontrollen« an den deutschen Außengrenzen aus. Diese kollidieren freilich mit dem Schengener Abkommen, das die AfD daher einschränken will. Nun ist sie damit nicht isoliert: Auch die Bundesregierung hat die Schengen-Regeln kräftig gedehnt, seit sie im September 2015 Kontrollen an den Binnengrenzen einführte und sie dann stets aufs Neue verlängerte. Doch die AfD geht weiter als die etablierten Parteien. Sie positioniert sich schärfer gegen Schengen – und sie weitet ihr Streben nach Renationalisierung auf weitere Politikfelder aus. »Unsere Vision ist ein souveränes Deutschland« in einem »Europa als Staatenbund«, erläutert Hampel. Andere sprechen von einem »Europa der Vaterländer« mit dauerhaften Personenkontrollen an den Grenzen.

Zurück zur D-Mark

Besonders deutlich wird die Abkehr der AfD von der bisherigen europäischen Integration in der Frage der Währung. Die kostspielige Euro-Rettungspolitik der Bundesregierung war für Ökonomen wie Bernd Lucke und für Wirtschaftsvertreter wie den Ex-Präsidenten des »Bundesverbandes der Deutschen Industrie« Hans-Olaf Henkel 2010 der Anlass, politisch aktiv zu werden: Die EU-Einheitswährung, meinten sie, komme Deutschland allzu teuer zu stehen. Sie sei den Nutzen, den sie etwa beim Export einbringe, nicht mehr wert. Der Protest gegen den Euro, mitgetragen von Teilen der mittelständischen Wirtschaft, die ein spezielles Interesse an einer starken Währung hat, hat die AfD in ihrer Gründungsphase zusammengeschweißt und spielt für sie bis heute eine hervorgehobene Rolle. Deutschland solle »die Transferunion aufkündigen und den Euroraum verlassen«, heißt es im Bundestagswahlprogramm. Ziel sei »die Wiedereinführung einer neuen nationalen Währung (‹Deutsche Mark›)«.

Wehrpflicht und Aufrüstung

Ähnlich deutlich betont die AfD nationale Interessen in ihren Konzepten für die Bundeswehr und deren Auslandseinsätze. So hat sie im März im Bundestag die Verlängerung der Militärintervention in Mali abgelehnt. Dort würden lediglich »alte französische Kolonialinteressen« bedient, erklärte Jens Kestner, ein einsatzerfahrener Oberfeldwebel der Panzertruppe, Bestattungsunternehmer und AfD-Mitglied im Verteidigungsausschuss des Parlaments. Dafür dürfe man das



Leben deutscher Soldaten nicht riskieren. Im Kern hat die Bundesregierung diese Position jahrelang geteilt: »Zu meiner Zeit hieß es im Auswärtigen Amt immer«, berichtete Wolfgang Ischinger, einst ein hochrangiger Diplomat, Anfang 2018: »Achtung, wenn die Franzosen kommen und ‹Afrika› sagen, dann ist das nur der Versuch, uns in postkoloniale Händel hineinzuziehen, das lassen wir mal lieber.« Dass die Bundesregierung mit dem Mali-Einsatz von dieser Tradition abgewichen ist – freilich mit dem Ziel, den deutschen Einfluss im französischsprachigen Afrika zu stärken –, hält die AfD für einen Fehler: Letztlich verschwende man damit nur unnötig Potenzial.
Wer nicht für »fremde Interessen« in den Krieg ziehen will, muss sich gegebenenfalls, wie die AfD in ihrem Bundestagswahlprogramm

schreibt, »selbst verteidigen« – und so setzt die Partei sich denn auch für die Wiedereinführung der Wehrpflicht und für eine massive Aufrüstung ein. Der deutsche Wehretat müsse von 38,5 Milliarden Euro im Jahr 2018 auf 70 Milliarden Euro im Jahr 2025 steigen, fordert Rüdiger Lucassen, verteidigungspolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion. Lucassen weiß, wovon er spricht. Er war 34 Jahre lang Berufsoffizier bei der Bundeswehr, Hubschrauberpilot, Referent bei der NATO und im Verteidigungsministerium sowie zuletzt Oberst im Generalstab. Lucassen ist, militärisch gesehen, Profi und war bis vor kurzem Geschäftsführer eines Unternehmens, das sich mit der Ausbildung von Militärs und Polizisten befasst und laut einer Selbstdarstellung unter anderem in den Aufbau eines Rheinmetall-Gefechtsübungszentrums in Russland sowie in die Ausbildung von Landstreitkräften in den Vereinigten Arabischen Emiraten involviert ist. Lucassen will die Bundeswehr auf 240.000 Soldaten aufstocken



Auf der Kundgebung der AfD mit Björn Höcke wurde der »Euro« im Stil einer Hakenkreuzfahne dargestellt

und ein Reservistenkorps mit 50.000 Militärs aufbauen, das auch im Inland eingesetzt werden kann. Und dann – raus aus den Bündnissen? Auf gar keinen Fall! »Die militärische Zusammenarbeit der EU« müsse vielmehr »gestärkt werden«, gibt der AfD-Bundestagsabgeordnete Siegbert Droese zu Protokoll – schließlich müsse man gemeinsam die Außengrenzen abschotten. Lediglich den Aufbau einer nicht direkt von Berlin kontrollierten EU-Armee lehnt die AfD ab.

Für Trump und Russland – gegen Amerika

»Wir fordern den Austritt aus der Nato«, hieß es in einem Antrag, den einige Dutzend AfD-Mitglieder vor dem Parteitag Ende April 2016 vorgelegt hatten. Der radikal-völkische Flügel äußerte dafür Sympathie. In der Gesamtpartei haben die RealpolitikerInnen allerdings ähnliche Stellungnahmen bislang verhindert. »Wir stellen die Nato nicht infrage«, bekräftigte kürzlich AfD-Verteidigungsfachmann Lucassen. Begünstigt wird die Akzeptanz dieser Position durch die Tatsache, dass mit Donald Trump ein Ultrarechter ins Weiße Haus eingezogen ist und die Geschicke des – den Völkischen allgemein eher verhassten – transatlantischen Verbündeten lenkt. Trump habe zum Beispiel »die stabilisierende Funktion von Grenzen« erkannt, lobten mit Blick auf seine Mauerbaupläne die zwei AfD-Ko-Sprecher im Januar 2017 in einem begeisterten Glückwunschschreiben: Kumpanei unter Rechten verdeckt derzeit den alten Antiamerikanismus, der auch in der AfD immer wieder anzutreffen ist.

Dabei schlägt das Herz der AfD eher im Osten. »Es liegt im deutschen Interesse, Russland in eine sicherheitspolitische Gesamtstruktur einzubinden«, heißt es im Parteiprogramm zur Bundestagswahl. Hinter dem Ziel, enger mit Moskau zu kooperieren, verbergen sich unterschiedliche, in der Praxis aber sich überlappende politische Stränge. Der erste ist ideologischer Natur: Die antiwestlichen Ressentiments, die auf dem radikal-völkischen Flügel der AfD florieren, verbinden sich traditionell mit Russland, der Macht im Osten, die als Gegengewicht gegen den verhassten Liberalismus des Westens gilt. Daneben stehen, zweitens, praktische Erfahrungen, wie sie beispielsweise Hans-Jörg Müller machte – als Manager der »Würth Group«, eines mittelständischen Unternehmens, das die Folgen der Russland-Sanktionen im Rahmen seines Russland-Geschäfts hautnah erleben konnte. Müller, Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender des Mittelstandsforums der AfD, spricht nicht nur Russisch. Er weiß auch, dass so mancher deutsche Mittelständler, der um sein Russland-Geschäft kämpft, die AfD wegen ihres Kampfs gegen die Russland-Sanktionen positiv sieht. Und dann wäre da noch die dritte Perspektive, die von Strategen wie dem AfD-Ko-Bundessprecher Alexander Gauland, der immer wieder betont hat, »gute Beziehungen zu Russland zu pflegen« gehöre »zur deutsch-preußischen Tradition«. Denn Russland war in der deutschen Geschichte immer wieder machtpolitisches Gegengewicht gegen Staaten im Westen: 1813 im Krieg gegen das napoleonische Frankreich, 1870/71 im Reichseinigungskrieg, danach in der Bismarckschen Rückversicherungspolitik und mit dem Rapallo-Vertrag gegen die Sieger des Ersten Weltkriegs. Kooperiert man in gewissem Maß mit Moskau, so die Grundidee, dann kann man Russland als Gegengewicht gegen den Einfluss der westlichen Mächte nutzen.

Syrien im Visier

In der Öffentlichkeit sind derlei Erwägungen, die immer wieder auch in der staatlichen deutschen Außenpolitik eine Rolle gespielt haben und vielleicht in Zukunft wieder einmal spielen werden, von skandalisierenden Berichten über Besuche von AfD-Politikern auf der Krim überlagert worden. Russland-Kontakte sind für die Hauptströmung der deutschen Außenpolitik zur Zeit nicht opportun. Ähnlich verhält es sich mit Syrien. So hat die AfD-Delegation, die das Land Anfang März 2018 bereiste, um es als sicher genug für Abschiebungen zu klassifizieren, sich erfolgreich als Tabubrecherin inszenieren können. Faktisch hat sie Kontakte geknüpft, die vielleicht sogar dem einen oder anderen Mittelständler helfen können: Deutsche Unternehmen haben Syrien mit Blick auf den bevorstehenden Wiederaufbau – und damit verbundene attraktive Geschäfte – längst ins Visier genommen. Die AfD hat das schon realisiert – die staatliche Politik wird früher oder später folgen.

»Nicht jetzt, aber im nächsten Jahr«

Ideen zur Alterssicherung hat die »Alternative für Deutschland« viele, aber bisher kein gemeinsames Konzept. Die Sozialpolitik wird zur großen Streitfrage zwischen den einzelnen Positionen und Flügeln.

von Fabian Wagner



»Das stimmt ja nicht, es gibt mehrere Konzepte, die wir in einem Parteitag (…) nächstes Jahr festmachen wollen und dann wird es auch ein Rentenkonzept geben. (...) Nicht jetzt, aber dann im nächsten Jahr.« So klangen die Ausflüchte von Alexander Gauland in seinem Sommerinterview im ZDF, als ein Journalist ihn zum Thema Altersvorsorge befragte. Bisher hat die »Alternative für Deutschland« (AfD) in sozialpolitischen Fragen keine Antworten anzubieten. Das versucht die Partei jetzt zu ändern.

Im Vorfeld des Parteitags in Augsburg am 29. und 30. Juni 2018 geisterten mehrere angebliche Rentenkonzepte der AfD durch die Medienlandschaft. Schon bei der Diskussion zur Tagesordnung zeigte sich das große Streitpotential beim Thema Alterssicherung. Björn Höcke, Fraktionsvorsitzender im Thüringer Landtag, und weitere hatten einen Antrag auf Abstimmung über einen Sonderparteitag zum Thema Sozialpolitik im kommenden Jahr gestellt. Der Parteivorstand empfahl, sich damit nicht zu befassen. In seiner Begründung für den Punkt auf der Tagesordnung beschrieb Höcke die AfD als Partei des »solidarischen Patriotismus«, die ein Alleinstellungsmerkmal habe, da die Partei das Thema Sozialpolitik mit der Frage nach der Identität verknüpfe. Mit deutlicher Mehrheit schaffte es der Antrag auf die Tagesordnung.

Ein erstes Kräftemessen auf dem Parteitag

Einer der Gegenspieler zu Höcke in der Frage der Alterssicherung ist Jörg Meuthen. In seinem Bericht des Bundesvorstands auf dem Parteitag setzte er sich mit dem Thema Sozialpolitik und vor allem mit dem von Höcke vorgelegten Konzept auseinander. »Unser Staat nährt eine fette und verfettete Sozialindustrie mit einer geradezu krakenhaften Verwaltung, die gerade im Bereich der Rentenversicherung möglichst viele in das System hineinzwingen will. (…) Es ist nicht klug, ein krankes System immer weiter mästen zu wollen.« Meuthens Vorstellung von Sozialpolitik gleicht einem Kahlschlag in den sozialen Sicherungssystemen. Das System der gesetzlichen Rentenversicherung möchte er komplett abschaffen und durch ein System der privaten Vorsorge ersetzen. Nur noch Personen, die sich das nicht leisten können, sollen von staatlicher Seite unterstützt werden. Guido Reil, der in Augsburg in den Bundesvorstand gewählt wurde, erklärte in einem Interview am Rande des Parteitags, dass er die Vorstellungen von Meuthen weitestgehend teile. Der Antrag der Gruppe um Björn Höcke, nach einem Sonderparteitag zur Sozialpolitik im Jahr 2019, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Nach Vorstellung von Höcke soll der Parteitag im Sommer in Ostdeutschland stattfinden und damit im Vorfeld der Landtagswahlen von Sachsen und Thüringen. Als möglicher Ort wurde beim Augsburger Parteitag Dresden genannt.

Ausbau und Weiterentwicklung der Rentenversicherung

Am 4. Juni traten Björn Höcke und Jürgen Pohl, Bundestagsabgeordneter und Sprecher der ostdeutschen AfD-Bundestagsabgeordneten, in Berlin vor die Presse, um ihre Variante der gesetzlichen Rente vorzustellen. Es ist das bisher umfangreichste Papier zur Sozialpolitik, welches von der AfD vorgelegt wurde. Auf über 50 Seiten wird die Idee einer Produktivitätsrente vorgestellt. Demnach soll das Rentenniveau dynamisch der wirtschaftlichen Produktivität angepasst werden. Zudem findet sich in dem Papier kein Wort über den Abbau der gesetzlichen Rente, als vielmehr deren Ausweitung. Auch Beamte und Selbstständige sollen zukünftig in die gesetzliche Rente einzahlen. Schon nach 35 Jahren Berufstätigkeit soll es möglich sein, eine abschlagsfreie Staatsbürgerrente zu beziehen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssten jedoch die Staatszuschüsse deutlich erhöht werden. Auf diese Staatsbürgerrente hätten aber nur RentnerInnen mit deutschem Pass Anspruch. Personen ohne deutschen Pass werden nach dem Konzept der Thüringer AfD nicht berücksichtigt, auch wenn sie 35 Jahre in die deutsche Rentenkasse eingezahlt haben.

Neben der Staatsbürgerrente ist noch eine Kinderrente vorgesehen, mit der die AfD Menschen motivieren will, mehr Kinder zu bekommen. Kinderlose sollen einen erhöhten Beitragssatz zahlen. Wird ein Kind geboren, soll ein Teil des vorher zusätzlich gezahlten Beitrags wieder zurück an die Eltern fließen. Dies gilt aber nur bis zum dritten Kind. Familien ab vier Kindern wären bei der Umsetzung des Konzeptes der Thüringer AfD zukünftig schlechter gestellt als nach aktueller Gesetzeslage. Gleiches gilt für Eltern, die nach der Geburt ihres Kindes wieder arbeiten gehen. Auf die Frage, wie das ganze Konzept



Björn Höcke am 1. Mai 2018 in Eisenach bei der AfD-Kundgebung »Sozial ohne Rot zu werden«

finanziert werden soll, liefert das Papier keine substanzielle Antwort.
Bevor Höcke sein umfangreiches Konzept präsentierte, hatten der AfD-Fraktionsvorsitzende im sächsischen Landtag Jörg Urban und der sächsische Landtagsabgeordnete André Wendt in einem Interview mit der extrem rechten Zeitschrift »Zuerst!« ihre Idee für eine »Arbeitsleistungsrente« umrissen. Demnach sollen ArbeitnehmerInnen für jedes Beitragsjahr einen Aufschlag von zehn Euro auf ihre Rente bekommen. Profitieren würden davon vor allem Menschen in den Niedriglohnbereichen. Auf die Frage, wie dies finanziert werden solle, antworteten Urban und Wendt: »Bei dem, was Deutschland derzeit an Asyl- und Integrationsgeldern ausgibt, erübrigt sich eigentlich die Frage.« Streichung der Asyl- und Integrationsgelder, Kürzung der Ausgaben für EU- und Entwicklungshilfe und Streichung der Kindergeldzahlungen ins EU-Ausland reichen ihrer Vorstellung nach aus, um ihre Idee zu finanzieren.
Ebenfalls ein Befürworter der gesetzlichen Rente ist der Bundestagsabgeordnete Uwe Witt. In seiner Funktion als Vorsitzender der »Alternativen Vereinigung der Arbeitnehmer« (AVA) hat er nach eigenen Angaben ein »Konzept für die Erneuerung und Sicherung der gesetzlichen Rentenversicherung« vorgelegt. Medienberichten zufolge hält Witt in seinem bisher unveröffentlichten Konzept an der Umlagefinanzierung fest und will diese auf Selbstständige und Beamte ausweiten. Die entstehenden Mehreinnahmen durch die Einbeziehung der Selbstständigen und Beamten sollen dafür sorgen, dass der Beitragssatz nicht über 20 Prozent steigt. Nach Angaben der »Welt« verspricht Witts Konzept nach 45 Jahren Berufstätigkeit einen abschlagsfreien Betrag, der für »ein auskömmliches Leben spürbar über dem Hartz-IV-Satz« reichen soll. In einem von Witt veröffentlichten Thesenpapier von 2016 hatte die AVA noch 40 Jahre Berufstätigkeit als Berechnungsgröße genommen und von einer Grundsicherung in Höhe von 790 Euro gesprochen.

Der marktliberale Flügel

Für den wirtschaftsliberalen Flügel um Alice Weidel hat Markus Frohnmaier das bisher am weitesten ausgearbeitete Konzept vorgelegt. Der ehemalige Bundesvorsitzende der »Jungen Alternative« und jetzige Sprecher der »Jungen Gruppe in der AfD-Bundestagsfraktion« hat in einem Impulspapier unter dem Titel »Leistung und Eigenverantwortung« eine »Grundidee für eine Volksrente nach Schweizer Vorbild« entwickelt. Sein Konzept besteht aus drei Elementen. Erstens einer geringen Grundrente. Alle Menschen mit Wohnsitz in Deutschland und alle deutschen Staatsangehörigen sollen in die Rentenkasse einzahlen und ab 67 Jahren eine monatliche Grundrente in Höhe der aktuellen Grundsicherung im Alter bekommen. Diese Grundrente soll aber bei nicht-deutschen Staatsangehörigen nur greifen, wenn sie vorher zehn Jahre lang eingezahlt haben. Des Weiteren können sie, anders als für deutsche Staatsangehörige vorgesehen, keine Erhöhung durch längere Beitragszahlung erreichen. Das zweite Element, der Kernbestandteil des wirtschaftsliberalen Konzeptes von Frohnmaier, ist eine Lebensrente. Beiträge werden auf ein Lebensrentenkonto gezahlt, dieses Geld wird im freien Wettbewerb auf den globalen Kapitalmärkten angelegt. Deutsche Staatsbürger bekommen einen staatlichen Zuschuss zu dem, was sie auf ihrem Lebensrentenkonto angespart haben. Bei dem dritten Element handelt es sich um eine Zusatzrente, bei der Erwerbstätigen die Möglichkeit gegeben wird, weiteres Geld für ihre Rente anzusparen. Analog zu den Lebensrentenkonten gibt es auch dabei für deutsche Staatsbürger starke Zuschüsse.
Zwar hat Alice Weidel im Vorfeld der Präsentation von Höckes Rentenmodell ein eigenes Rentenkonzept angekündigt, bisher wurde der breiten Öffentlichkeit gegenüber jedoch noch nichts präsentiert. In den Medien kursierte lediglich der Vorschlag, Einkommen unter 2.000 Euro im Monat sowie Altersrenten nicht mehr zu versteuern. Zwar sollen auch nach Weidels Vorschlag Beamte in die Rentenkasse einzahlen, ihr geht es jedoch vor allem darum, die private Vorsorge weiter auszubauen. Vorschläge, wie sie ihre »Reformen«, die für Milliarden Steuerausfälle und Mehrausgaben sorgen würden, finanzieren will, hat sie bisher nicht präsentiert. Auch Jörg Meuthen, der am stärksten marktliberal in Fragen der Alterssicherung argumentiert, hat bisher kein Konzept oder Thesenpapier vorgelegt.

Verbindendes Element: Rassismus

Bei allem Streit in Fragen der Alterssicherung gibt es ein verbindendes Element: den Rassismus, der sich in den Debatten zur sozialen Frage deutlich zeigt. Alle Konzepte basieren darauf, dass die Rente nur für deutsche Staatsangehörige gezahlt wird. Menschen ohne deutschen Pass, egal wie lange sie in die deutschen Sozialkassen eingezahlt haben, sind entweder ausgeschlossen oder bekommen bestimmte Vorzüge nicht. Björn Höcke und seine UnterstützerInnen in den ostdeutschen Bundesländern werden versuchen, die Programmleerstelle in der AfD zu nutzen. Einerseits zur Stärkung des eigenen Flügels innerhalb der Partei, andererseits um sich mit dem Thüringer Rentenkonzept im kommenden Jahr bei den anstehenden Landtagswahlen als »Kümmerer des kleinen Mannes« aufzuspielen und damit WählerInnen zu gewinnen.



#Rollback

Kampf gegen die offene Gesellschaft

Kultur-, Bildungs- und Medienpolitik: Die kulturpolitische Agenda der Partei »Alternative für Deutschland« will den Marsch in die völkisch-autoritäre Gesellschaft.

von Werner Golze

Mitten im Sommer brachte der bayerische Landesverband der Partei »Alternative für Deutschland« (AfD) in einem Social-Media-Post das Wesen seiner gesellschaftspolitischen Vorstellungen auf die griffige Formel: »Heimatlieder statt Pimmelpuppen im Kindergarten«. Dieser Satz beinhaltet, was die gesellschaftspolitischen Positionen der Partei ausmacht: Nationalismus und eine klare Feinderklärung. Der Anlass der Wortmeldung des bayerischen Landesverbandes war die Ankündigung der rechten ungarischen Regierung, die Erziehung zum Patriotismus in Kindergärten und Schulen zur Pflicht zu machen. Patriotismus ist der Schlüsselbegriff zum Verständnis der Positionen der Partei im Feld der Gesellschaftspolitik.

Kultur- und Bildungspolitik

Wer nach programmatischen Aussagen der AfD zu kulturpolitischen Themen sucht, findet sie bei den AfD-Parteiintellektuellen Marc Jongen und Hans-Thomas Tillschneider. Sie agieren als Stichwortgeber und Verstärker rechter Ideologie in der AfD. Tillschneider, promovierter Islamwissenschaftler, AfD-Landtagsabgeordneter in Sachsen-Anhalt und neben Björn Höcke bekannter Protagonist des völkischen »Flügel«, versteht sich als Bildungspolitiker. In dieser Eigenschaft zieht er im Landtag gegen emanzipatorische Pädagogik zu Felde. Unter Bildung versteht Tillschneider »die bewusste Vermittlung von Kultur auf der Grundlage von Autorität und Tradition«. Was nicht auf dieser Linie liegt, wird als »Kuschelpädagogik« denunziert. Tillschneider möchte in der Schule zu »einer Kultur des pädagogischen Strafens zurückfinden«. Dass er das dreigliedrige Schulsystem favorisiert, geht mit dem pädagogischen Leitbild des konservativen Philologen-Verbands konform. Seine Idee, Flüchtlingskinder getrennt von allen anderen SchülerInnen zu unterrichten, liegt weit rechts davon.
Ebenso dezidierte Auffassungen vertrat Tillschneider in Bezug auf die Spielpläne der Theater: »Die Aufgabe des deutschen Theaters war von Beginn an die Vermittlung von nationaler Identität (...). Wenn wir eine starke Theaterkultur wollen, brauchen wir also zuerst eine starke Nationalkultur.« Er kritisierte, dass in den Theatern »linksliberale Vielfaltsideologien« zu viel Raum einnähmen. Tillschneiders Forum für seine Vorstellungen ist aber nicht nur das Landesparlament. Als

Hans-Thomas Tillschneider auf der Buchmesse in Leipzig am Stand des IfS zusammen mit Mitgliedern der »Identitären Bewegung«

Redner bei PEGIDA, beim sogenannten »Kyffhäusertreffen« des »Flügels« der AfD oder bei der Akademie des neu-rechten »Institut für Staatspolitik« (IfS) in Schnellroda ist er als ideologischer Stichwortgeber aktiv.

Als kulturpolitischer Lautsprecher der AfD ist auf Bundesebene auch Marc Jongen zu vernehmen. Der promovierte Philosoph und vormalige Assistent des Philosophie-Professors Peter Sloterdijk sitzt für die rechte Partei im Bundestag. Nach eigenem Bekunden ist es ihm »eine Freude (...), die Entsiffung des Kulturbetriebs in Angriff zu nehmen«. Im Bundestagsplenum bedient Jongen die Schlüsselwörter des neu-rechten Kulturkampfes. Förderprogramme der Bundesregierung zur Kultur dienten dazu, so meint er, »Kunst und Kultur auf eine globalistische und migrationsfreundliche Linie zu bringen.« Jongens Reden im Bundestag singen das Loblied auf die Kulturnation Deutschland.

Feindbild Gleichstellung und Gender

Auf dem Feld der Gesellschaftspolitik verfolgt die AfD kein Thema mit solcher Leidenschaft wie die Gleichstellungs- und Genderpolitik. Im Anschluss an rechte und konservative, antifeministische Diskurse, bekämpft die AfD alle Ansätze zur Geschlechtergerechtigkeit als angeblichen Versuch, Kinder und Jugendliche umzuerziehen und sie in ihrer »natürlichen« geschlechtlichen Identität zu verwirren. Familienpolitisches Leitbild der AfD ist die heterosexuelle Familie aus Vater, Mutter und im Idealfall drei Kindern. Hier soll eine spezifische Familienförderung aus steuerlicher Begünstigung und einem Müttergehalt ansetzen.

Medienpolitik

Auf die öffentlich-rechtlichen Medien ist die AfD nicht gut zu sprechen. Bereits zu Zeiten der Parteivorsitzenden Frauke Petry fiel das Wort von der »Pinocchio-Presse«. Insbesondere die von allen Haushalten zu entrichtende Mediengebühr (»GEZ«) ist der Partei ein Dorn im Auge. Die heutige AfD-Bundestagsabgeordnete Beatrix von Storch agitierte 2016 gegen die GEZ und ließ es zur Kontopfändung kommen. In der AfD wird gern vom »Staatsfunk« gesprochen, wenn es gilt, kritische Berichterstattung öffentlich-rechtlicher Sender zu diskreditieren. Medienpolitisch favorisiert die AfD einen Umbau der Finanzierung der Sender. An die Stelle einer von allen BürgerInnen zu zahlenden Gebühr und frei zu empfangender Sender, soll nach Vorstellungen der AfD eine Art Senderabonnement treten, wonach die NutzerInnen nur bezahlen, was sie konsumieren. Wie der Umbau des Systems öffentlich-rechtlicher Sender erfolgen soll, darüber gehen die Meinungen auseinander. Weitgehend einig ist man sich in der Partei jedoch in der Kritik an der Ausrichtung des Informationsangebots der Sender. Durch sie sieht sich die AfD diskriminiert und in ein schlechtes Licht gerückt. Generell glaubt die Partei, dass in den Medien eine linksliberale Elite am Werk sei, deren politische Ausrichtung die Berichterstattung dominiere, und das Meinungsbild in der Bevölkerung verzerrt wiedergebe. Dass sich ein Teil der Gefolgschaft der AfD dies mit Vokabeln wie »Lügenpresse« oder »Systempresse« übersetzt, kann nicht überraschen. Demgegenüber setzt die AfD auf ihre eigenen Medienstrategien. Reichweitestärker als andere Parteien bedient sie Kanäle sozialer Netzwerke und machte zuletzt mit der Ankündigung von sich reden, einen eigenen Nachrichtenkanal aufbauen zu wollen. Die im Umfeld der AfD tätige Initiative »Ein-Prozent« ist schon einen Schritt weiter. Deren AktivistInnen erproben Kampagnenformate der Mobilisierung gegen die kritische Berichterstattung im Format der Gegenöffentlichkeit.

Kulturbegriff

Aus zahlreichen Statements von AfD-Funktions- und MandatsträgerInnen wird deutlich, dass in der Partei Kultur als Instrument nationaler Sinnstiftung und Identitätsvergewisserung verstanden wird. Diesem Ziel sollen sich alle vom Staat geförderten kulturellen Aktivitäten unterordnen. In einem Landtagswahlprogramm wurde es konkret: »Museen, Orchester und Theater sind in der Pflicht, einen positiven Bezug zur eigenen Heimat zu fördern.« Übersetzt: An die Stelle eines diskursorientierten Regietheaters soll offenbar die Inszenierung volkstümlicher Stoffe aus der Heimatgeschichte treten. Da ist es nur konsequent, wenn die AfD die Praxis regionalen Brauchtums und die Erforschung der Heimatgeschichte stärken will.

Biedermeier

In der Summe ergibt die kultur- und gesellschaftspolitische Konzeption der AfD das Bild einer biedermeierlichen Nation, in der Hierarchie, Tradition und Disziplin verbunden mit einem kräftigen Schuss Romantik das Maß aller Dinge sind. Für die Grundlagen ihrer Kultur- und Gesellschaftspolitik bedient sich die AfD der Leitbilder des wilhelminischen Nationalismus vor dem ersten Weltkrieg ebenso wie der »Konservativen Revolution«. Wo es aber um die praktische Politik geht, nimmt sie Bezug auf die Debatten um einen neuen Konservatismus und die von dem rechten Schriftsteller und Philosophen Gerd-Klaus Kaltenbrunner zu Beginn der 1980er Jahre entworfenen Konzepte für eine »Tendenzwende«. Gegen Liberalität, Moderne und Diversität hingegen hat die AfD einen Kulturkampf ausgerufen, in dem alle zu GegnerInnen werden, die nicht den Wertevorstellungen der Heiligen Dreifaltigkeit der AfD von Volk, Nation und Identität folgen mögen, gleichgültig, ob sie sich ihrem Selbstverständnis nach in einem politischen Kontext bewegen oder nicht. Die AfD hat der offenen Gesellschaft den Kampf angesagt.

#AfD

Partei des völkisch-autoritären Populismus

Die »Alternative für Deutschland« erlebt seit ihrer Gründung im Februar 2013 einen fortwährenden innerparteilichen Rechtsruck. Einhergehend mit ihrem Einzug in den Deutschen Bundestag 2017 vollzieht sich zudem eine gesamtgesellschaftliche Verschiebung nach Rechtsaußen.

von Alexander Häusler

Im Laufe ihres politischen Werdegangs hat sich die »Alternative für Deutschland« (AfD) mehrfach gewandelt, begleitet von ständigen Machtkämpfen: 2013, im Jahr ihrer Gründung, waren die Euro-Krise und die Sarrazin-Debatte günstige Gelegenheitsfenster für erste rechtspopulistische Inszenierungen. Thilo Sarrazin (»Deutschland schafft sich ab«) kann in diesem Zusammenhang als öffentlich präsenter Stichwortgeber der AfD-Propaganda gesehen werden. Erfolglos hatte sich Bernd Lucke, Mitbegründer der Partei, damals um den Übertritt des rechten Buchautors zur AfD bemüht. Von Beginn an hielt die Partei darüber hinaus über die Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF) Kontakte zum publizistischen Netzwerk der »Neuen Rechten«, welche die Partei seitdem publizistisch unterstützt.

Erste Machtwechsel

Mit den ersten Wahlerfolgen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im Jahr 2014 begann ein bedeutender propagandistischer Kurswechsel der Partei. In politischer Frontstellung zu Lucke und dem Ex-BDI-Präsidenten Hans-Olaf Henkel, die den wirtschaftsliberalen und »Besserverdiener«-Flügel repräsentierten, erklärte der politische Strippenzieher Alexander Gauland die AfD zur »Partei der kleinen Leute«. Einhergehend mit den PEGIDA-Protesten in Dresden ab Herbst 2014 formierte sich unter Thüringens Landesvorsitzendem Björn Höcke und Sachsen-Anhalts Landesvorsitzendem André Poggenburg ein rechter Oppositionszusammenschluss innerhalb der AfD unter der Bezeichnung »Der Flügel«. Die aus diesem Kreis initiierte »Erfurter Resolution« wurde ausschlaggebend für den ersten innerparteilichen Machtwechsel auf dem Essener Bundesparteitag im Juli 2015. In dieser Resolution wurden die grundlegenden parteipolitischen Ausrichtungen des Rechtsaußenflügels der AfD dargelegt. Auf dem Parteitag unterlag Lucke im Ringen um die Parteiführung der sächsischen AfD-Landesvorsitzenden Frauke Petry, die sich dabei die Unterstützung des rechten »Flügels« holte. Der damalige NRW-Vorsitzende Markus Pretzell erklärte auf diesem Parteitag die AfD zur »Pegida-Partei«.

Auf dem Weg zur »Bewegungspartei«

Nach dem Abgang Luckes rutschte die AfD kurzzeitig in Wahlumfragen bis unter fünf Prozent WählerInnenzustimmung. Zur Hilfe kam ihr das Flüchtlingsthema, nach Aussage des inoffiziellen AfD-Chefstrategen Alexander Gauland ein »Geschenk« für seine Partei. Populistisch verkündete die Partei eine sogenannte »Herbstoffensive 2015«, um sich im öffentlichen Bild fortan als Anti-Flüchtlingspartei ein neues Alleinstellungsmerkmal verpassen zu können. Die Diskussion um die Kölner Silvesternacht 2015/2016 verschaffte ihr zusätzlichen Aufwind. Diese rassistische Mobilisierung leitete zugleich eine zunehmend auch auf Demonstrationspolitik setzende innerparteiliche »Bewegungsphase« ein. In einem Vortrag beim neu-rechten »Institut für Staatspolitik« im November 2015 definierte Höcke die AfD als »fundamentaloppositionelle Bewegungspartei«. Zugleich öffnet sich die Partei zunehmend für die Zusammenarbeit mit anderen extrem rechten Strömungen und Parteien. So erklärte der Vorstand der »Patriotischen Plattform in der AfD« in Bezug auf die extrem rechte »Identitäre Bewegung« (IB): »Wir wünschen uns eine engere Zusammenarbeit zwischen Identitärer Bewegung und AfD, denn auch die AfD ist eine identitäre Bewegung, und auch die Identitäre Bewegung ist eine Alternative für Deutschland.«

Keine Berührungsängste

Zwar grenzt sich die Partei formal zu offen extrem rechten Gruppierungen ab, doch die Realität beweist das Gegenteil. Ein Beispiel hierfür ist die Initiative »Ein Prozent für unser Land«, deren OrganisatorInnenkreis vom AfD-Politiker über neu-rechte Kreise bis zur IBD reicht. Auch international bestehen Kontakte zur extrem rechten Fraktion »Europa der Nationen und der Freiheit« (ENF) im Europaparlament und in besonderem Maße zur »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ) in Österreich, mit der seit Februar 2016 eine »Blaue Allianz« besteht. Die erfolgreiche FPÖ gilt vielen als politisches Vorbild. Zwar hatte Petry mit ihrem Ehemann Pretzell diesen Kontakt maßgeblich initiiert, doch trotzdem konnte sie im innerparteilichen Machtkampf nicht mehr ausreichend davon profitieren. Schon vor der Bundestagswahl 2017 hatten sich die Kräfteverhältnisse zu ihren Ungunsten verschoben: Bei der Erstellung des Bundestagswahlprogramms 2017 scheiterte sie auf dem Bundesparteitag in Köln mit ihrer Forderung nach einem angeblich realpolitischen Kurs. Kurz nach der Wahl trat Petry aus der Partei aus und mit Alexander Gauland und Jörg Meuthen übernahmen zwei ihrer internen Gegner die Führung.

Die AfD im Bundestag

Der Einzug der AfD in den Bundestag symbolisiert den politischen Rechtsruck: Seit dem Einzug der »Deutschen Partei« in den Bundestag 1949 ist erstmals wieder eine Rechtsaußenpartei im Bundesparlament vertreten. Mit ihrer neuen Rolle als stärkste Oppositionspartei gegenüber einer erneuten Großen Regierungskoalition hat sich die AfD zu einem starken neuen parteipolitischen Dach für große Teile des heterogenen politischen Rechtsaußenspektrums entwickelt. Für die »Neue Rechte« dient die AfD zugleich als Türöffner für weitere politische Machterweiterungen. In der »Jungen Freiheit« gab der neurechte Vordenker Karlheinz Weißmann die Marschrichtung vor: »Das nächste Ziel der Alternative für Deutschland ist die Organisation als ‹Volkspartei neuen Typs›. In die müssen die Hauptströmungen – Volkskonservative, Hayekianer, Deutschradikale, Sozialpatrioten – eingeschmolzen werden.«

Die AfD – eine rechtspopulistische Partei?

In der Politikwissenschaft wird die AfD mehrheitlich als rechtspopulistisch bezeichnet. Gegenüber dem Begriff des Rechtspopulismus entwickelte sich jedoch nicht nur dort, sondern auch in der politischen Diskussion Widerspruch: Zu ungenau sei diese Charakterisierung und stelle zudem noch die Gefahr einer Verharmlosung ihres Gegenstandes dar. Denn im öffentlichen Bild gilt der Rechtspopulismus oftmals als »weichere« Form der extremen Rechten oder als dessen ungefährlichere Spielart. Der Begriff des Rechtspopulismus erweist sich jedoch dahingehend als hilfreich, wo es um die Erklärbarkeit politischer Agitationsformen geht. Zur politischen Einordnung auf der Rechtsaußen-Skala (rechtskonservativ, nationalliberal, extrem rechts etc.) hingegen ist er nicht hilfreich, da sich alle genannten politischen Spielarten einer rechtspopulistischen Inszenierungsform bedienen können. So weisen klassisch extrem rechte Parteien wie der französische »Front National« (FN) ebenso einen rechtspopulistischen Stil auf wie die »Schweizerische Volkspartei« (SVP), die ursprünglich als konservative Partei für landwirtschaftliche Interessen eintrat. Auch die AfD hat im Unterschied etwa zu den muslimfeindlichen »Pro«-Parteien (»pro Köln«/»pro NRW«/»pro Deutschland«) ihren politischen Ursprung nicht in der extremen Rechten. Vielmehr stellt sie ein parteipolitisches Dach für unterschiedliche rechte Milieus dar, die vom wirtschaftsliberalen über das nationalkonservative Spektrum bis hinein in völkisch-nationalistische und extrem rechte Kreise reichen. Kurzum: Die AfD kann als Partei des völkisch-autoritären Populismus charakterisiert werden.

Antidemokratisch, völkisch und autoritaristisch

Nach der Sprachwissenschaftlerin Ruth Wodak instrumentalisieren alle rechtspopulistischen Parteien »eine Art von ethnischer, religiöser, sprachlicher, politischer Minderheit als Sündenbock für die meisten – wenn nicht alle – aktuellen Sorgen und Probleme. Sie stellen die jeweilige Gruppe als gefährlich dar, die Bedrohung ‹für uns›, für ‹unsere› Nation. Dieses Phänomen manifestiert sich als ‹Politik mit der Angst›.« Der bekundete Alleinvertretungsanspruch des Rechtspopulismus als »Sprecher des Volkes« kennzeichnet zugleich dessen antidemokratische Stoßrichtung. Diese Merkmale treffen auf die AfD zu. Ihre Kampagnen gegen eine angebliche »Entmündigung des deutschen Volkes« würzen ParteiagitatorInnen wiederkehrend mit politischen Säuberungsfantasien: Auf dem Bundesparteitag im April 2016 in Stuttgart forderte der Bundes-Co-Vorsitzende Meuthen ein »Deutschland weg vom links-rot-grün versifften 68er-Deutschland«. In gleicher Tonart forderte der Bundestagsabgeordnete Marc Jongen, kulturpolitischer Sprecher der AfD, »die Entsiffung des Kulturbetriebs in Angriff zu nehmen«. Thüringens AfD-Vorsitzender Höcke erklärte als Redner auf einer Demonstration am 28. Januar 2018: »Diese Republik und das sie beherrschende medial-politische Establishment sind zu einem politischen Augias-Stall geworden. Wir, liebe Freunde, müssen diesen Augias-Stall ausmisten! Dieses Land braucht eine politische Grundreinigung!« Diese Aussagen gehen einher mit der Verkündung völkischer Weltbilder: Schon die damalige AfD-Vorsitzende Petry sprach sich in einem Interview gegen die »Ächtung des Begriffs ‹völkisch›« aus, den sie stattdessen »wieder positiv besetzen« wolle. Ein völkisch-nationalistisches Verständnis von Staatszugehörigkeit offenbarte Gauland mit seiner Forderung, die frühere Integrationsbeauftragte Aydan Özoğuz in Anatolien zu »entsorgen«.

Zugleich erfahren rechtspopulistische Agitation und autoritaristische Mobilisierung in vielen AfD-Verlautbarungen eine Symbiose. Dies illustriert ein Bekenntnis des AfD-Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg, Uwe Junge, auf seinem Twitter-Account: »Der Tag wird kommen, an dem wir alle Ignoranten, Unterstützer, Beschwichtiger, Befürworter und Aktivisten der Willkommenskultur im Namen der unschuldigen Opfer zur Rechenschaft ziehen werden! Dafür lebe und arbeite ich. So wahr mir Gott helfe!«

Die Gefahr eines solchen völkisch-autoritären Populismus liegt in dessen agitatorischer Wirkungsmächtigkeit auf politisch desillusionierte Bevölkerungsteile, die früher eher für linke Politikkonzepte erreichbar gewesen sind. Denn mit ihrer Agitation getreu dem Motto »Volksgemeinschaft statt Klassenkampf« treibt die AfD in der aktuell vorherrschenden politischen Krisenzeit in protofaschistischer Manier einen reaktionären Keil hinein in die potenzielle WählerInnenbasis für linke Politikansätze.

»Der Tag wird kommen, an dem wir alle Ignoranten, Unterstützer, Beschwichtiger, Befürworter und Aktivisten der Willkommenskultur im Namen der unschuldigen Opfer zur Rechenschaft ziehen werden! Dafür lebe und arbeite ich. So wahr mir Gott helfe!«

Uwe Junge

#Finanzen

»Ideenschmiede« der AfD

Ein Porträt der »Erasmus-Desiderius-Stiftung«

von Ernst Kovahl

Auf dem Bundesparteitag der »Alternative für Deutschland« (AfD) im Juni 2018 gab es Streit: Will sich die AfD eine parteinahe Stiftung zulegen? Und wenn ja, welche? Am Schluss entschied die Mehrheit der Delegierten, den in Lübeck eingetragenen und in Berlin ansässigen Verein »Erasmus-Desiderius-Stiftung« (EDS) als parteinahe Organisation anzuerkennen. Das Nachsehen hatte die »Gustav-Stresemann-Stiftung« aus Jena.

»Rechte Kaderschmiede«

Die AfD spricht sich dafür aus, das System der parteinahen Stiftungen abzuschaffen. Doch solange »die Altparteien (...) auf dieses Instrument nicht verzichten, muss die AfD Waffengleichheit zu ihren Wettbewerbern herstellen«, erklärte die Partei und schuf auf dem Parteitag Tatsachen. Die EDS kann daher nun beginnen, Geld aus Steuertöpfen von Bund und Ländern für ihre Arbeit zu beantragen. Ihr winken so Jahr für Jahr zweistellige Millionenbeträge für Bildung, Wissenschaft, Publizistik sowie Studien- und Promotionsstipendien – etwa 70 Millionen Euro könnten es pro Legislaturperiode werden, sagen ExpertInnen. Mehrere hundert MitarbeiterInnen werden dann eines Tages dort Lohn und Wirkungsmöglichkeiten finden. Im Ergebnis wird das zu einer Professionalisierung, Verankerung unter AkademikerInnen und neuen Zugängen in gesellschaftliche Institutionen führen. »Rechte Kaderschmiede« nannte die »Süddeutsche Zeitung« die Stiftung. Die Vorsitzende der AfD im Bundestag, Alice Weidel, beschrieb in der neonazistischen Zeitschrift »Zuerst!« die Aufgabe der Stiftung als »Ideenschmiede« der Partei (Nr. 5/2018).

»Geldwäscheinstitut«

Der Streit um die Stiftung war zwar auch von parteiinternen Strömungskämpfen gekennzeichnet, er war aber vor allem prinzipieller Natur. So bezog zum Beispiel das rechte Blättchen »eigentümlich frei« kurz vor dem Parteitag pointiert Positionen gegen die Gründung. Der AfD-Politiker Christian Paulwitz schrieb eine scharfe Anklage gegen die Bemühungen um Staatsgeld: Das System der parteinahen Stiftungen sei eine illegitime »Ausweitung des Staates« und mache die Partei von einem »real existierenden verfilzten politischem System« abhängig. »Welches Geldwäscheinstitut darf es denn sein?« (Nr. 183/2018), fragte er mit Blick auf den Streit, welcher der beiden AfD-nahen Vereine das Rennen machen würde. Für Paulwitz sei durch die Gründung einer Stiftung (»steuergeldfressendes Monstrum«) das »politische Kapital« der AfD in Gefahr, die »Authentizität als glaubhafte Alternative zum Parteienestablishment«.

Stiftung, Verein, ...?

Die Gründung der Stiftung war lange vorbereitet und schon 2014 auf dem Bundesparteitag in Erfurt in die Wege geleitet worden. Protokollarisch wurde damals festgehalten, dass man die Abschaffung dieses Systems der Stiftungen anstrebe. Und so versucht die Partei bis heute, die anderen parteinahen Stiftungen mit parlamentarischen Anfragen im Bundestag zu delegitimieren. Bislang scheint ihr der Spagat zu gelingen, die »Altparteien« mit ihrer vermeintlichen »Selbstbedienung« vorzuführen und sich gleichzeitig an die Fördertöpfe anzuschleichen. Selbst die EDS kritisiert die Stiftungen als »Geldsammeltöpfe« und »abenteuerliche Form« der Parteienfinanzierung.
Finanziert werden die »Parteienstiftungen« aus unterschiedlichen Töpfen des Bundes. 2017 gingen gut 580 Millionen Euro an sechs parteinahe Organisationen von CDU, CSU, FDP, Grünen, Linken und SPD – außerdem erhalten sie Mittel der Länder. Die Frage, welche Stiftungen zu welchem Zeitpunkt und in welcher Höhe Gelder erhalten, ist in Bund und Ländern unterschiedlich geregelt und unterliegt auch politischen Mehrheitsverhältnissen sowie Entscheidungen in parlamentarischen Gremien und Verwaltungen. Auch wenn die Prinzipien der Finanzierung immer wieder strittig sind – so musste sich beispielsweise die linke Rosa-Luxemburg-Stiftung den Zugang zu adäquater Finanzierung teils gerichtlich erstreiten – sind die Verteilung und das Verfahren an sich juristisch gedeckt, wie das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich feststellte. Dennoch behauptet die AfD, die Praxis sei »rechtsstaatswidrig«.

Erasmus-Desiderius-Stiftung

Ihr Namensgeber Erasmus von Rotterdam (1466 - 1536) habe gegen die »Zumutungen einer wie auch immer gearteten Zensur« eingestanden, damals der Kirchen, erklärt die EDS. Heute seien es »ganz andere, technisch hochgerüstete Mächte, die das Denken ohne Geländer (...) durch das betreute Denken ersetzen wollen«, raunt die Stiftung. Vorsitzende ist die frühere CDU-Rechtsaußen-Politikerin und Ex-Vorsitzende des »Bundes der Vertriebenen« Erika Steinbach. Weitere Vorstandsmitglieder sind die AfD-Landtagsabgeordneten Lars-Patrick Berg und Sebastian Wippel, der ehemalige Redakteur der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« Klaus-Peter Krause, der ehemalige AfD-Vor-

sitzende Konrad Adam sowie Hans Hausberger, Stefan Sellschopp, Gerhard Fischer, Daniela Ochmann und Ralf Nienaber. Und auch im 29-köpfigen Kuratorium versammeln sich alte Bekannte von rechts – zumeist männliche Akademiker: Vorsitzender ist der rechte Ökonom und Finanzexperte Max Otte (s. drr Nr. 133), stellvertretende Vorsitzende sind der Vordenker der »Neuen Rechten« Karlheinz Weißmann sowie die Buchhändlerin Susanne Dagen.
Im April 2018 habe der Verein beim Bundesinnenminister einen Förderantrag über 480.000 Euro eingereicht. »Geradezu provozierend gering« sei die Summe, meinte Steinbach. Doch das Ministerium lehnte ab und verwies an den zuständigen Haushaltsausschuss des Bundestags. So wird es in diesem Jahr – und wahrscheinlich auch in den nächsten Jahren – noch keine Förderung der EDS geben. Denn üblich ist bisher, parteinahe Stiftungen erst zu fördern, wenn jeweiligen Parteien zwei Legislaturperioden im Bundestag gesessen haben. Anders in den Ländern: Hier könnten es nach den Wahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen 2019 zu Förderungen kommen. Zudem fördert Brandenburg die dortige AfD-Stiftung bereits mit 85.000 Euro, berichtete die »Berliner Zeitung« (22.11.2017). Landesstiftungen unterhält die EDS bisher nur in Brandenburg (Vorsitzender Rainer van Raemdonck), Hessen (Vorsitzender Matthias Reiter), Niedersachsen (Vorsitzende Anke Lindszus) und Schleswig-Holstein (Vorsitzender Olaf Kriewald).

»Regierungsverantwortung«

Ziel der EDS sei unter anderem, »in Zeiten einer de facto eingeschränkten Versammlungsfreiheit und einer Einengung des ´zulässigen´ Meinungsspektrums Verbündete für diese Ziele auszumachen und zu gewinnen«. Deutlicher wurde sie in ihrem ersten »Rundbrief«, warum es die Stiftung brauche: »Weil wir eine junge politische Strömung verkörpern und unser Schulungsbedarf riesig ist. Und weil langfristig gesehen Politische Bildung auf die öffentliche Meinungsbildung tiefer und stärker wirkt als jeder Wahlkampf und jede Wahlkampfpropaganda.« Noch klarer wurde die Brandenburger Stiftung. Sie ließ sich mit der Aussage zitieren, die AfD brauche »hochqualifiziertes Personal«, um »Regierungsverantwortung zu übernehmen«.
Fünf Tätigkeitsbereiche nennt die EDS auf ihrer Website: Den Aufbau eines Bildungswerks und einer politische Akademie, Politikberatung, Förderprogramme und Auslandsaktivitäten. Die Angebote zielen auf den Bedarf der Partei und sollen Schulungen in »Rhetorik und Argumentationstechnik, Einsatz sozialer Medien, Umgang mit der Presse« sowie »der für eine solide Basisverwurzelung unserer alternativen Bewegung so wichtigen Kommunalpolitik« bieten. Die »Akademie« solle »als ‹Sperrbrecher› die bestehenden Ausgrenzungen, Diskursblockaden, Berührungsängste und Tabuisierungen abbauen«.
Da die Stiftung bisher vor allem mit sich selbst befasst ist und sich aus knappen Eigenmitteln finanzieren muss, sind ihre Aktivitäten noch überschaubar. Im Programm für das erste Halbjahr 2018 wurden dreizehn Wochenendseminare angekündigt, in denen kritisch über die »Rolle parteinaher Stiftungen« diskutiert sowie über »die Möglichkeiten und Bildungsinhalte einer AfD-nahen Stiftung« informiert wurde. In Zusammenarbeit mit AfD-Bundestagsabgeordneten fand aber zum Beispiel im Juni auch ein Vortrag des neu-rechten Publizisten Erik Lehnert über »Ernst Jüngers politische Philosophie« in Berlin statt und in Dresden im Mai ein Vortrag mit Karlheinz Weißmann über den »Kulturbruch ´68«.

Stiftungs-Konto

Im Mai 2018 fragte »der rechte rand« bei der »GLS Bank« mit Sitz in Bochum an, warum das soziale und ökologische Finanzinstitut mit anthroposophischem Hintergrund das Konto der EDS führe. Schnell sagte die Bank eine Prüfung zu, auch »die tageszeitung« berichtete kritisch. Schon wenige Tage später jammerte die EDS: »Die schwarz-rot-grüne Allianz fanatischer Antidemokraten, der längst die Argumente ausgegangen sind, versucht es wieder mal hintenrum: Gestern wurde der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung das Bankkonto gekündigt.« Inzwischen erledigt die Stiftung ihre Geldgeschäfte bei der »VR Bank Bonn«, wo auch der örtliche AfD-Verband sein Konto hat.

Rechte Parteistiftungen?

Die EDS wird die erste Parteistiftung der extremen Rechten sein, die in den Genuss deutscher staatlicher Finanzierung kommt. Bisherigen Versuchen gelangen nie die entscheidende Schritte zur Finanzierung. So gründete die NPD 2005 in Sachsen das »Bildungswerk für Heimat und nationale Identität«, erhielt aber nie Zuwendungen. Anders beim NPD-nahen Verein »Europa Terra Nostra« (ETN). Er wurde 2016 (200.000 Euro) und 2017 (262.000 Euro) durch das Europaparlament gefördert, da er dem Parteienbündnis »Allianz für Frieden und Freiheit« nahesteht. Intensiv bemühten sich auch »Die Republikaner« (REP) Anfang der 1990er um deutsches Geld und beantragten 1992 die Genehmigung der »Franz-Schönhuber-Stiftung« und wollten durch Klagen die Anerkennung erzwingen. Doch sie scheiterten 1998 vor dem Bundesverwaltungsgericht, unter anderem da die Gerichte in der Stiftung eine »Gemeinwohlgefährdung« (BVerwG 3 C 55.96) erkannten. Auch wenn der Fall der REP eng betrachtet nicht mit den aktuellen Vorgängen um die AfD-Stiftung zu vergleichen ist, zeigt er doch eines deutlich: Die Finanzierung parteinaher Stiftungen ist kein Automatismus, sondern politisch zu beeinflussen.

#Abgemeldet

Frauke Petry und »Die blaue Partei«

Nach dem Austritt aus der »Alternative für Deutschland« von Frauke Petry und Marcus Pretzell, Europaabgeordneter und ehemaliger Fraktionsvorsitzender im Landtag von Nordrhein-Westfalen, wollen beide mit dem Projekt »Blaue Wende« punkten. Die Erfolge der Partei sind überschaubar.

von Kai Budler

»Die AfD vor dem Durchbruch. Die bessere Kanzlerin ist Frauke Petry« war das Motto einer Veranstaltung in Magdeburg, zu der die rechte Zeitschrift »Compact« eingeladen hatte. Das war kurz vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im März 2016, als die damalige Bundesvorsitzende der »Alternative für Deutschland« (AfD) auch das Cover des Magazins von Jürgen Elsässer schmückte. Nur eineinhalb Jahre später prangte das Bild der amtierenden Vorsitzenden Alice Weidel auf dem Cover. Zu diesem Zeitpunkt war Petry bereits aus der AfD ausgetreten und sitzt seitdem mit dem ebenfalls aus der AfD ausgetretenen Mario Mieruch als fraktionslose Abgeordnete im Bundestag. Drei Einsprüche wegen Wählertäuschung und Wahlbetrugs wies der Wahlprüfungsausschuss des Bundestages als unzulässig zurück. Petry sitzt im Innenausschuss, Mieruch im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Parlaments. Rederecht haben sie dort nicht. Aufgrund der fehlenden Fraktion sind sie nur beratende Mitglieder.

Arbeit im Parlament

Anders als die Bundestagsfraktionen können diese keine Anfragen stellen, die im Plenum beantwortet werden. Sie müssen sich mit schriftlichen Fragen begnügen, die thematisch breit variieren. Allein in der Sammlung der schriftlichen Antworten in der Drucksache vom 11. Mai 2018 finden sich acht Antworten auf Fragen von Petry und Mieruch. Diese drehen sich unter anderem um alternative Fahrzeugantriebskonzepte, Dienstgruppen in einer Bundespolizeiinspektion, eine Risikobewertung an der Grenze zur Tschechischen Republik und den Dienstleistungsvertrag »Initiative Bürgerdialog Stromnetz«. In der Öffentlichkeit bleiben diese Fragen meist unberücksichtigt. Dennoch zeigte sich Petry gegenüber der »Tagesschau« hochzufrieden, denn sie und Mieruch redeten zu nahezu allen Themen. Was sie nicht erwähnt: Ihre Redezeit beträgt jeweils immer nur zwei oder drei Minuten. Und statt Gesetzesentwürfen dürfen sie höchstens Änderungsanträge einbringen.

Betrug und Meineid

Im Februar 2018 hob der Bundestag Petrys Immunität auf, um den Weg für ein Strafverfahren unter anderem wegen Subventionsbetrugs frei zu machen. Wegen eines Meineid-Verdachts war bereits 2017 ihre Immunität im sächsischen Landtag aufgehoben worden. Weiteren juristischen Ärger bereitet ihr ihre ehemalige Partei. Weil sie verhindern möchte, dass »Nachahmer oder politische Trittbrettfahrer sich über uns profilieren«, hat die AfD ihre ehemalige Vorsitzende auf Löschung der von ihr angemeldeten Marke »Die blaue Partei« verklagt. Nach der Anmeldung im Oktober 2017 ist die Marke seit dem 19. Januar 2018 beim Patent- und Markenamt in München registriert.

»Bürgerforum«

»Die Blauen« unter dem Vorsitz von Michael Muster wollen keine Partei sein, sondern ein »Bürgerforum« für »freiheitsliebende Bürger mit und ohne Parteizugehörigkeit, die konservative Politik diskutieren und gestalten möchten« – sie selbst nenne sich »Blaue Wende«. Öffentlich tritt »Die blaue Partei« nahezu nicht auf. Die Werbung um SympathisantInnen wird an »Das Bürgerforum Blaue Wende« delegiert. Neben den zwei Bundestagsmandaten hält »Die blaue Partei« durch Übertritte ehemaliger AfD-Abgeordneter ein Mandat im EU-Parlament, fünf Sitze im Sächsischen Landtag, drei Mandate im Landtag von Nordrhein-Westfalen und einen Sitz in Sachsen-Anhalt. Auf der eigenen Homepage verzeichnet »Das Bürgerforum Blaue Wende« bislang Ansprechpartner für neun Bundesländer, doch ein genauer Blick zeigt: allein sechs Bundesländer haben mit Uwe Wurlitzer in Leipzig denselben Ansprechpartner. In Baden-Württemberg ist der aus der CDU ausgetretene Eckhard Mackh zuständig, in Sachsen-Anhalt ist es der Unternehmer Kay Watermann, ehemaliger Vize-Vorsitzender der »Partei Rechtsstaatlicher Offensive« (»Schill-Partei«) in Sachsen-Anhalt. In Nordrhein-Westfalen ist der Ansprechpartner Alexander Langguth, der als ehemaliger AfD-Fraktionsvorsitzender in Iserlohn und Landtagsmitglied im September 2017 die Partei verließ. In Mecklenburg-Vorpommern soll Björn Schulz die Geschicke leiten, doch unter der angegebenen Telefonnummer erreicht man nur die Bundesgeschäftsstelle der Partei in Dresden.

Koalition in Sachsen?

Während Petry und ihre »Blaue Partei« von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet bleiben, sieht es in Sachsen anders aus. Dort hat die Partei nach Petrys Angaben inzwischen 80 Mitglieder, weitere 500 Personen sind in der »Blauen Wende« organisiert. Laut einer Meinungsumfrage unter rund 1.000 Personen in Sachsen konnten sich neun Prozent vorstellen, bei der Landtagswahl 2019 Petrys »Blaue Partei« zu wählen. Von befragten AfD-WählerInnen gaben gar 29 Prozent an, möglicherweise für Petry zu stimmen. Doch die Umfrage wurde vom Institut INSA durchgeführt, an dessen Umfragen »Zweifel angebracht« seien, wie es das NDR-Medienmagazin »ZAPP« ausdrückte. Nichtsdestotrotz buhlte Petry sogleich um die Gunst der sächsischen CDU und bietet ihre Partei als »echtes freiheitlich-bürgerliches Korrektiv im Parlament« an. Die Landtagswahl in Petrys Stammland wird darüber entscheiden, ob die Vorsitzende und ihre Partei eine Zukunft haben werden.



»Den Asyltourismus- und Missbrauch wird nur die AfD beenden«, »Seenotschlepperei beenden!«,
maßnahmen wegen Lärmbelästigung durch illegale Einwanderer – und Du zahlst das!«, »Vom Acke
Migranten«, »Seehofer: Minister tatenlos – 74000 Migranten in Deutschland, die bereits in einem a
offene Grenzen!«. »Fremd im eigenen Land – Islamisierung in einer katholischen Kita!«, »Allahu A
setzt werden!«, »Wer grün wählt, schafft Deutschland ab. Und Bayern.«, »GEZ – Nein Danke!«, »D
Grüne) zerstört unser Bildungssystem und die CSU schaut zu.«, »›Runder Tisch gegen Rechts› – C
Nachrichten – Kein Gender-Voodoo mehr an Ungarns Universitäten!«, »Es kommt! Das dritte Ges
Puppen in Kindergärten«. Dazwischen taucht immer wieder die »Merkel muss weg«-Parole in ihre
dahoam. Machen Sie den 14.10.2018 zur Endstation Merkel.«

#AfDwirkt und #Soedermachts

Ein Blick auf CSU und AfD vor der bayerischen Landtagswahl

von Robert Andreasch

Bei der letzten Landtagswahl vor fünf Jahren, am 15. September 2013, gewann die CSU 89 von 90 Direktmandaten und 47,7 Prozent der Erst- und Zweitstimmen; diese werden in Bayern – eine Besonderheit des hiesigen Landtagswahlgesetzes – zusammengezählt. Seither regiert sie im Freistaat mit absoluter Mehrheit der Sitze im Parlament. 117.718 WählerInnen (1,0 %) gaben damals der Partei »Die Republikaner« (REP) Erst- und Zweitstimme, 74.848 (0,6 %) der NPD. Der bayerische Landesverband der »Alternative für Deutschland« (AfD) hatte auf eine Wahlteilnahme verzichtet.

Bei der Bundestagswahl am 24. September 2017 trat die AfD dann in fast allen bayerischen Wahlkreisen an, holte sich hier 916.300 Zweitstimmen (12,4 %) und wurde vielerorts zweitstärkste Partei hinter der CSU (38,8 %). Wie die CSU reagierte, ist bekannt: Der neue Bundesinnenminister und ehemalige bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer bescheinigte seiner Partei eine »offene rechte Flanke«, die dringend geschlossen werden müsste. Alexander Dobrindt, Sprecher der CSU-Bundestagsgruppe, forderte in der Zeitung »Die Welt« eine »konservative Revolution der Bürger« und Ministerpräsident Markus Söder erinnerte beim politischen Aschermittwoch in Passau an Franz Josef Strauß' Diktum, rechts von der CSU dürfe es keine demokratisch legitimierte Partei geben: »Das heißt nicht Rechtsruck, das heißt eigentlich nur Rückkehr zu alter Glaubwürdigkeit.« Das war kein bloßer Verbalradikalismus, denn zu dieser Zeit hatte die allein regierende CSU unter anderem mit dem rassistischen »Integrationsgesetz«, mit dem Hofieren des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán, mit Grenzkontrollen und Sammelabschiebungen nach Afghanistan längst die autoritäre und rassistische Formierung im Land ganz konkret verschärft. Der damalige CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer freute sich über die eigene Politik auf Twitter: »Die CSU hält Wort. Der Familiennachzug für subsidiär Schutzbedürftige bleibt weiter ausgesetzt und wird abgeschafft.«

AfD-Wahlkampf

Am 14. Oktober 2018 wird in Bayern nun wieder gewählt. Die AfD tritt bei der Landtagswahl flächendeckend an, hingegen nehmen NPD, »Der III. Weg« und REP nicht teil. Die AfD zieht mit einem Personalmix in den Wahlkampf: Ein paar bekannte und engagierte Köpfe sind darunter, die bisher bei Pöstchen- und Mandatsvergaben leer ausgegangen waren, zum Beispiel die extrem rechte Aktivistin und Vize-Landesvorsitzende Katrin Ebner-Steiner als Spitzenkandidatin im Wahlkreis Niederbayern. Viele lokal Kandidierende entstammen eher der zweiten und dritten Reihe der Partei und sind bisher nicht besonders in Erscheinung getreten. Die AfD macht – wie es für eine »soziale Bewegung von rechts« durchaus typisch ist – in Bayern zur Zeit uneinheitliche Erfahrungen: von Rückenwind durch beispielsweise gut besuchte Veranstaltungen genauso wie von Latenz und Abschwung, die sich eher durch geringe Resonanz bei Infoständen und Kundgebungen äußern. Nach außen hin dominieren VertreterInnen der äußersten Rechten die Partei und Björn Höcke gehört zu den am häufigsten eingeladenen GastrednerInnen im Wahlkampf. Die parteiinternen Machtkämpfe und Intrigen gehen derweil weiter: Der Bezirksverband Oberbayern der Partei steht unter »Zwangsverwaltung« durch den niederbayerischen Bundestagsabgeordneten Stephan Protschka. Und der oberbayerische »Spitzenkandidat« Franz Bergmüller musste sich Ende August 2018 gar vor dem Berliner Landgericht eines Rauswurfs aus der AfD erwehren, den Teile des Bundesvorstands angestrebt hatten.

Die AfD hat ein hundertseitiges Wahlprogramm »Bayern. Aber sicher!« verabschiedet. Bisher aber ist im Wahlkampf noch kein dominierendes Kampagnenmotto zu erkennen. Alle KandidatInnen sollen oder wollen wohl mit je eigenen Forderungen auftreten; was dazu führt, dass gleichzeitig viele erfolgreiche Themen und Schlagwörter der extremen Rechten gespielt werden, mit einem Schwerpunkt auf rassistischer und antimuslimischer Hetze, reaktionärer Geschlechterpolitik, Anti-Antifa-Arbeit und Vorwürfen an die CSU. Das belegt auch ein detaillierter Blick auf die auf Facebook veröffentlichten Slogans (s. Zusammenstellung über dem Artikel).

»Du mei Minga. Bereits 43,1% der Münchner haben einen Migrationshintergrund!«, »Lärmschutz-
– Illegale Migranten können nicht bei Ernte helfen!«, »Abschiebung statt Luxusleben für kriminelle
deren EU-Land registriert wurden!«, »CSU verhindert Rückführungen!«, »CSU knickt ein! Weiterhin
gang – Kaufbeurer bringen DITIB-Moschee zu Fall«, »AfD wirkt! Die Wehrpflicht muss wieder einge-
esel sauberer als Elektro!«, »Tierschützer wählen AfD – Maehtoo«, »Der linke Zeitgeist (SPD, Linke,
U macht gemeinsame Sache mit ultralinker ‹Antifa›«, »CSU paktiert mit Linksextremisten!«, »Gute
hlecht! Kein Witz! Was darfs sein? Männlich, weiblich oder divers?«, »Heimatlieder statt Pimmel-
n gewissermaßen bayerischen Versionen auf: »Wo CSU draufsteht, ist Merkel drin!« und »Endspiel

CSU-Wahlkampf

Die CSU wollte erst kurz vor der Wahl, am 15. September 2018, ihr Wahlprogramm veröffentlichen. Die Köpfe der Partei reagierten auf die Lage zunächst aber mit einer weiteren Verschärfung der Politik und Radikalisierung ihrer Aussagen. Horst Seehofer ist mit dafür verantwortlich, dass die Seenotrettung Geflüchteter im Mittelmeer ausgesetzt wurde und versuchte, Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) mit einem inszenierten »Asylstreit« zu erpressen. Bundesweit sollen nun sogenannte »Ankerzentren« für Geflüchtete eingerichtet werden. In Bayern peitschte die CSU ein noch autoritäreres Polizeiaufgabengesetz durch den Landtag und stellte eine landeseigene Grenzpolizei auf. Der ehemalige sächsische AfD-Landtagsabgeordnete Uwe Wurlitzer hatte die Parole »Asyltourismus der Regierung sofort stoppen« verbreitet. Markus Söder griff das Wording auf und postete seinerseits: »Der Asyltourismus muss beendet werden.« Der bayerische Innenminister Joachim Hermann hetzte gegen Geflüchtete: »Er kann kostenlos Bus fahren, aber sich nicht kostenlos Hasch kaufen!« Und auch der ehemalige CSU-Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich hat die Sprache der AfD drauf: »Der Rechtsstaat muss mit aller Härte auf die linksfaschistischen Kriminellen reagieren!« Alexander Dobrindt polterte gegen »eine aggressive Anti-Abschiebe-Industrie« und »Abschiebe-Saboteure«, die »unsere Gerichte zu überrennen« versuchten und ergänzte noch eine antimuslimische Parole: »Der Islam ist für unser Land kulturell nicht prägend und soll es auch nicht werden.« Der bayerische Wirtschaftsminister Franz Josef Pschierer fordert auf einem Dorffest im Unterallgäu, so berichtet es anschließend die »Augsburger Allgemeine«, »Merkel muss weg!«

Wie vor 30 Jahren

Der österreichische Politikwissenschaftler Willibald Holzer beschrieb eine Radikalisierung konservativer Politiker in Reaktion auf Wahlerfolge der extremen Rechten schon Anfang der 1990er Jahre als »Extremisierung des Konservatismus«. Er verwies darauf, dass dadurch die extrem rechten Ideologeme zunehmend akzeptiert würden und dies in einer Art spiralförmigem Verhältnis wiederum eine Radikalisierung der extremen Rechten bewirke. Die AfD-Bundestagsfraktion veröffentlichte Anfang Juli 2018 das Meme »AfD-Fraktion zwingt Merkel zum Handeln: Wir treiben die Union vor uns her!« Doch die erneute Radikalisierung der CSU hat nicht nur mit dem Druck von Rechts zu tun. Vielmehr gibt es von jeher ideologische Brücken zwischen dem Konservatismus und der extremen Rechten, insbesondere was eine »Homogenität« der Bevölkerung, Geschlechterrollen und eine antidemokratische, autoritäre Politik insgesamt angeht. Beide verbindet gewissermaßen die Panik vor einem »Untergang des Abendlandes« – sei es durch Zuwanderung oder durch die Modernisierung von Familienmodellen. Angesichts dessen ist es kein Wunder, dass sich die CSU an der AfD aus Konkurrenzgründen stört, aber nicht an deren Inhalten reibt. Um die Auseinandersetzung mit der AfD zu führen, hat die CSU ausgerechnet Stefan Petzner angestellt, den ehemaligen Politiker von der »Freiheitlichen Partei Österreichs« und dem »Bündnis Zukunft Österreich« sowie Berater von Jörg Haider. Es folgte die – bisher einmalige und nicht wieder aufgegriffene – Bemerkung des neuen CSU-Generalsekretärs Markus Blume, die AfD sei »brauner Schmutz«. Die CSU-Parteizeitschrift »Bayernkurier« sekundierte mit dem Vorwurf, die AfD sei »unbayerisch«.

Wo wird das enden?

Auch Hubert Aiwanger, Bundesvorsitzender der »Freien Wähler«, zieht unter anderem mit einer rassistischen Parole in den Landtagswahlkampf: »Asylpolitik versinkt im Chaos. Merkel, Seehofer und SPD, Ihr seid nur noch eine Belastung für dieses Land!« Die Frage nach der Legitimität einer rassistischen und autoritären Politik stellt sich gar nicht mehr. Es wird nur noch darum gekämpft, sich dabei als durchsetzungsfähiger darzustellen. Die AfD plakatiert »Wir sind das Original« und ihr Motto aus dem letzten Jahr: »Die AfD hält, was die CSU verspricht.« Darauf angesprochen, hält Stefan Müller, der parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, im ZDF-Morgenmagazin dagegen: »Der Unterschied besteht darin, dass wir als CSU nicht nur ankündigen, sondern dass wir im Regierungshandeln auch in der Lage sind, das umzusetzen.« Und im »Bayernkurier« heißt es: »Die AfD erhebt in ihrem Wahlprogramm viele Forderungen, die die CSU bereits umgesetzt hat«.
Die letzte Wahlumfrage vor dem drr-Redaktionsschluss (durchgeführt vom Meinungsforschungsinstitut Civey, 14. August 2018) sieht die CSU derzeit bei 38,1 Prozent, die AfD bei 15 Prozent. Die AfD-Kreise geben sich selbstbewusst: »Vom 14. auf den 15. Oktober kommt es zur ‹Blutnacht› in der CSU!« schreibt der AfD-nahe »Deutschland-Kurier« angesichts der »Rekord-Umfragewerte«. Rein rechnerisch spricht derzeit einiges eher für eine schwarz-grüne Regierung nach der Landtagswahl. Doch Ministerpräsident Markus Söder setzt sich davon zunehmend ab – die Grünen stünden schließlich »für Fahrverbote, höhere Steuern und unbegrenzte Zuwanderung«, wie er Ende August 2018 dem »Redaktionsnetzwerk Deutschland« sagte. CSU-Rechtsaußenpolitiker wie der Erlanger Stadtrat Stefan Rohmer fordern bereits offen eine Koalition mit der AfD.

#LTWHessen

Es droht ein rauer Wind



Hessen wählt am 28. Oktober einen neuen Landtag.

von Sascha Schmidt

Der Landesverband der hessischen »Alternative für Deutschland« (AfD) war seit seiner Gründung im Mai 2013 geprägt von internen Auseinandersetzungen. Den Richtungsstreit gewann im Mai 2015 auch in Hessen der rechte Flügel um die Landessprecher Albrecht Glaser (nun Mitglied des Bundestages), Rolf Kahnt und das ehemalige Landesvorstandsmitglied der hessischen »Republikaner«, Peter Münch. Nachdem sich auch dieses Trio öffentlich zerrieben hat, stehen mit Robert Lambrou und Klaus Herrmann seit Dezember 2017 zwei in den Medien häufig als »gemäßigt« beschriebene Personen an der Spitze der Partei (s. drr Nr. 170). Dass der ehemalige Vereinsvorsitzende des neu-rechten Think-Tanks »Institut für Staatspolitik« (IfS), Andreas Lichert, seinen Posten im Landesvorstand räumen musste, wurde ebenfalls als Ausdruck einer Mäßigung des Landesverbandes (LV) interpretiert.

Rückendeckung für Rechtsruck

Seitdem scheint der Landesvorstand konfliktfrei zusammenzuarbeiten. Innerhalb einzelner Kreisverbände (KV) hingegen entbrannten in den vergangenen Monaten Querelen, die vor allem durch Richtungsstreitigkeiten geprägt waren und in deren Folge Mandatsträger ihre Ämter niederlegten. So beispielsweise in den hessischen AfD-Stimmenhochburgen Offenbach und Fulda. Im KV Offenbach hagelte es gegenseitig Vorwürfe über die vermeintliche Veruntreuung von Geldern, Drogenmissbrauch und die »Versendung von Hitler-Bildern« in internen Chat-Gruppen. Den politischen Kurs des KV um Sprecherin Christin Thüne bezeichnete ein ehemaliges KV-Mitglied als »braun«. Die einst siebenköpfige Fraktion im Offenbacher Stadtparlament um Thüne und den Ex-Republikaner Hans-Joachim Münd ist mittlerweile auf drei Personen geschrumpft. Während der alte Landesvorstand ein Ausschlussverfahren gegen Thüne einleiten und den gesamten Kreisvorstand absetzen wollte, sieht der jetzige Vorstand bisher keinen Handlungsbedarf.

Ein ähnliches Szenario in Fulda: Dort verließ der ehemalige Kreissprecher, Heiko Leimbach, im Sommer medienwirksam die Partei. Derzeit sind mehrere Klagen wegen Beleidigung, Verleumdung und Körperverletzung zwischen ehemaligen und aktiven Mitgliedern des KV anhängig. Leimbach führte als Ausstiegsgrund den Rechtskurs im KV an, der sich an einem Treffen von Kreisvorstandsmitgliedern mit Björn Höcke sowie an Sympathien für die »Identitäre Bewegung« (IB) festmachen lasse. Für die Landtagswahl tritt als Direktkandidat für den KV Fulda der Kreistagsabgeordnete Jens Mierdel an. Er gehörte bis 2015 zu den Aktivposten der hessischen IB. Sympathien für die IB bekundete im Juli auch der Fuldaer Bundestagsabgeordnete der AfD, Martin Hohmann. Doch auch im Fall des KV sieht Landessprecher Lambrou keinen Bedarf zum Handeln. Er verharmloste die Vorgänge stattdessen als gescheiterten »Machtkampf«. Ungeklärt ist derweil der Aufnahmeantrag des Fuldaer »Republikaners« Anton Rummel. Hierüber muss der Landesvorstand entscheiden.

Wölfe im Schafspelz

Lambrou und Herrmann bemühen sich im Umgang mit Presse und Öffentlichkeit um ein sachliches Auftreten sowie um die Darstellung der AfD als »liberalkonservativ« bis »nationalkonservativ«. Innerhalb der eigenen Partei und gegenüber dem eigenen Klientel wissen Herrmann und Lambrou jedoch den gewünschten Ton zu treffen, wenn sie im Rahmen der Wahlen zu den Landeslisten von »Multikultiwahn« (Herrmann) sprechen und ein Ende »der Islamisierung des Alltags« (Lambrou) fordern.

Lambrou und Herrmann ist als Zweit- und Drittplazierte der Landesliste, bei einem Einzug der AfD in den Landtag, jeweils ein Sitz im Parlament sicher. Das gilt auch für Andreas Lichert, den Vorsitzenden des Wetterauer KV, der bei der Listenwahl auf Platz fünf landete. Er engagiert sich nicht nur für das IfS, war zudem Bevollmächtigter beim Kauf eines Hauses im sachsen-anhaltischen Halle, das von der IB, dem IfS und der »Ein Prozent«-Initiative genutzt wird. Dass Lichert dennoch auf einen sicheren Listenplatz gewählt wurde, muss als Ausdruck einer breiten Akzeptanz von VertreterInnen der »Neuen Rechten« im hessischen LV gewertet werden. Einen maßgeblichen Anteil daran tragen die Landessprecher, die sich wiederkehrend öffentlich vor Lichert gestellt haben. So betonte der Kriminalbeamte a. D. Klaus Herrmann, er habe »keinen Zweifel an Licherts demokratischer Grundeinstellung«.

Robert Lambrou und Klaus Herrmann

Weitgehend unbekanntes Personal

Sollte die AfD bei der Landtagswahl am 28. Oktober zehn Prozent der Stimmen bekommen, kann sie mit rund elf Abgeordnetensitzen rechnen. Lambrous Maßgabe lautet 15 Prozent – das wären 17 bis 18 Sitze. Sicherheitshalber wurde gleich eine 30-köpfige KandidatInnenliste aufgestellt. An deren Spitze steht der stellvertretende Sprecher des LV und Fraktionsgeschäftsführer der AfD im »Frankfurter Römer«, Rainer Rahn, der auf Landesebene bisher äußerst unauffällig blieb. Er behauptete auf dem Bundesparteitag in Augsburg, dass Deutschland zum »Importweltmeister von fremden Kulturen, Terror und Kriminalität« geworden sei. Im weiteren Feld der ersten 15 finden sich, mit Ausnahme des ehemaligen Landessprechers Rolf Kahnt (Platz 15), bestenfalls regional bekannte Personen, denen allesamt gemein ist, in ihren Reden zur Wahl der Landesliste nicht ohne die Themen Geflüchtete, ‹Islamisierung› oder ‹Gender› auszukommen.

Der einzig verbliebene Sprecher, der um moderate Töne bemühte, jedoch im LV isolierten Arbeitsgruppe »Alternative Mitte«, Walter Wissenbach, schaffte es nur auf Platz 16 (s. drr Nr. 170). Den Vorzug bekamen stattdessen KandidatInnen, die dem rechten Flügel zuzuordnen sind. So der Sprecher des Stadtverbandes Gießen, Arno Enners (Platz 8), der im Frühjahr 2015 die »Erfurter Resolution« des völkischen »Flügels« um Höcke unterschrieben hatte. Auf Platz zehn steht der stellvertretende Sprecher des KV Rheingau-Taunus, Frank Grobe. Der ‹Alte Herr› der Burschenschaft »Teutonia Aachen« ist Vorstandsmitglied der »Gesellschaft für burschenschaftliche Geschichtsforschung e. V.«, die dem extrem rechten Dachverband »Deutsche Burschenschaft« nahesteht. Erst kürzlich lobte Grobe den Protest seiner Verbindung aus dem Jahr 1998 gegen die »manipulatorische und wissenschaftlich anfechtbare Wehrmachtsausstellung«.

Als einziger Vertreter der »Jungen Alternative« befindet sich der Wiesbadener Stadtverordnete Dimitri Schulz (Platz 14) unter den ersten 15. Der Sprecher der »Interessensgemeinschaft der Russlanddeutschen« in der AfD Hessen sprach in seiner Rede von einem »Genozid an den Deutschen in der Sowjetunion«, über den jedoch geschwiegen werde. Demnach seien »vor dem Zweiten Weltkrieg [...] hunderttausende Deutsche in Gulags und Vernichtungslagern« aufgrund ihres »Deutsch-Seins« umgebracht worden. Daran gelte es ebenso zu erinnern wie an die »positiven Aspekte [der] deutschen Geschichte, die bei weitem alles Negative überwiegen« würden.

Lediglich zwei Frauen können sich Hoffnung auf den Einzug in den Landtag machen, Andrea Walther und Claudia Papst-Dippel (Platz 12 und 13). Während Frauen auf der Wahlliste deutlich unterrepräsentiert sind, fällt auf, dass die Berufsgruppe der Polizisten übermäßig stark vertreten ist.

Lobbypartei der Polizei?

Denn mit Klaus Herrmann, Nikolaus Pethö (Platz 4) sowie Dirk Gaw (Platz 11) finden sich drei aktive oder ehemalige Polizisten auf den ersten 15 Plätzen. Pethö betonte, dass »auffällig viele der rund 80 Bewerber ehemalige oder Noch-Polizisten« unter den KandidatInnen gewesen seien. Laut der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« gäben Polizisten »den Ton auf Parteitagen« an. Fakt ist: Der LV bemüht sich auffallend um diese Klientel. Als im April 2018 Polizisten in Fulda einen Geflüchteten erschossen, der die Beamten mit Steinen attackiert haben soll, und medial die Frage der Verhältnismäßigkeit des Einsatzes diskutiert wurde, rief die AfD zu einer Solidaritätskundgebung – unter dem Motto »Polizei unser Freund« – in Fulda auf. Im Fall der in Wiesbaden ermordeten Susanna wurde zwar der Mord für die Hetze gegen die Geflüchtetenpolitik der Kanzlerin genutzt, mit Kritik an der Polizei hielt sich die AfD jedoch auffallend zurück. Schließlich versteht man sich als »Lobby der Polizisten« (Lambrou). Das wird auch mit Blick auf das Landtagswahlprogramm deutlich.

Das Programm: neoliberal und rassistisch

Das 90-seitige hessische Wahlkampfprogramm, mit dem Titel »Hessen – Aber sicher«, ist wirtschafts- und sozialpolitisch als neoliberal zu bezeichnen. »Der Staat«, so die AfD, habe in marktwirtschaftlicher Hinsicht »den Rahmen zu setzen und sich ansonsten zurückzuhalten«. Dementsprechend will die AfD »auf breiter Front deregulieren und Bürokratie abbauen«. Profitieren sollen hiervon »kleine sowie mittelständische Unternehmen« – als deren »starke Stimme« sich die AfD begreift – ebenso die »Bankenbranche« sowie der private Wohnungsbau. Der in der Wohnungspolitik geforderte Rückzug des Staates aus dem sozialen Wohnungsbau würde gerade in den hessischen Ballungsgebieten zu einer weiteren Reduzierung des Angebots an bezahlbarem Wohnraum führen. Die Leidtragenden wären vor allem Gering- und DurchschnittsverdienerInnen. Gegenüber der nahezu durchweg unternehmerfreundlichen Wirtschaftspolitik, erweisen sich die Forderungen zugunsten der PolizeibeamtInnen als auffallend beschäftigtenfreundlich. Neben einer »angemessene[n] Bezahlung« wird der »Wiedereinstieg [des Landes Hessen] in die Tarifgemeinschaft der Länder« gefordert. Während die AfD hierbei offensichtlich ihrem Verständnis als »Lobby der Polizei« folgt, spaltet sie im Gegenzug die Gesellschaft, indem sie vor einer »Wohlfahrtsindustrie« und »der sozialen Hängematte« sowie vor der »Einwanderung in die Sozialsysteme« warnt. Insbesondere die Themen Asyl- und Migrationspolitik, »Ausländerkriminalität« und Islam ziehen sich wie ein roter Faden durch das Programm. Wenn der LV noch »gegen die Islamisierung Deutschlands« wettert und als »Strategien« gegen »die Ausbreitung des Islam« das Verbot des »Tragens von Vollverschleierung und Kopftüchern« fordert sowie den Bau von Minaretten verbieten will; wenn der LV das »Abstammungsprinzip«, als Grundlage der Staatsbürgerschaft, wieder einführen will, wird deutlich, dass der Kurs der hessischen AfD auch programmatisch keineswegs als gemäßigt beschrieben werden kann. Nach dem 28. Oktober werden sich wohl auch im hessischen Landtag der Ton und die Debatten merklich ändern. Es wird rauer werden.

#68er

Unter den Talaren…

Die 68er-Revolte, die NS-Vergangenheit und die extreme Rechte.

von Volkmar Wölk



Eine Aktion kann dann als gelungen gelten, wenn Aufwand und Nutzen in einem umgekehrt proportionalen Verhältnis stehen. Eine gelungene Aktion produziert Bilder mit Symbolkraft. Sie erklärt sich aus sich selbst heraus, bedarf keiner schriftlichen Erläuterungen. Wenn also in Halle und einigen anderen Universitätsstädten jeweils ein halbes Dutzend »identitärer« AktivistInnen stehen, neben sich knallgelbe Fässer, aus denen (gift-)grüner Qualm aufsteigt, sie selbst versehen – und zugleich durch sie unkenntlich gemacht – mit Gasmasken und Ganzkörperschutzanzügen und zwischen sich ein langes Transparent mit der Inschrift »1968 – 2018 – 50 Jahre Gift für die Uni«, wenn die Aktion zudem begleitet wird durch ein zeitnah eingestelltes Video auf YouTube, dann handelt es sich in diesem Sinne um eine gelungene Aktion.

Es kommt nicht darauf an, dass der Begleittext reichlich großsprecherisch verkündet, es werde »Zeit für die Revanche der patriotischen Jugend«. Es muss nicht unbedingt auf dem verteilten Flugblatt nachgelesen werden, dass an den Universitäten »der Hass auf die eigene Identität, auf unser Volk, seine Geschichte und Kultur wie auf die traditionelle Familie zur Wissenschaft erklärt« würde, dass dort »ein stickiges Klima der Politischen Korrektheit, dass (sic!) junge Menschen zu stromlinienförmigen Konformisten und Ja-Sagern erzieht«, herrsche, um den Sinn der Aktion zu verstehen. »Das ideologische Gift der 68er«, so der Titel der Kampagne, habe die Hochschulen von »einem Ort der freien Rede« zu »Denkfabriken einer Ideologie der Selbstabschaffung« gemacht. »Genderwahn, Multikulti-Hegemonie und linksextreme Gruppen an der Universität« seien direkte Folgen der 68er-Revolte, heißt es weiter.

Die Zielgruppe wird wissen, dass es sich um die spielerische Umsetzung des Ausspruchs des Vorsitzenden der »Alternative für Deutschland« (AfD), Jörg Meuthen, handelt. Meuthen wolle seine Partei »weg vom links-rot-grün verseuchten 68er-Deutschland« führen – damit hat er die Delegierten beim Parteitag 2016 in Stuttgart zum Toben gebracht.

Entscheidend für eine gute symbolische Aktion ist eben nicht, dass sie die eigenen Positionen umfassend vermittelt, sondern vielmehr, dass sie möglichst eingängig ein Feindbild transportiert, das wiederum selbst ein Symbol ist, welches nach Art der berühmten russischen Puppe weitere Feindbilder enthält.

Die Freiheit, die sie meinen

Nehmen wir die »Identitären« beim Wort, dann hat also bis zu der Revolte, die mit der mythischen Jahreszahl 1968 verknüpft wird, an den Universitäten bis zum bekämpften Wendepunkt die »freie Rede« geherrscht. Das stimmt zweifellos. Es herrschte die unbeschränkt freie Rede für die Lehrstuhlinhaber, jene Professoren, die die »Freiheit von Forschung und Lehre« – ihre Freiheit – erbittert gegen die aufkommende Kritik, gegen die Forderung nach Mitbestimmung der Studierenden und des nicht habilitierten Lehrkörpers verteidigten. Es war jene »Ordinarienuniversität«, welche es gegen Anmaßungen zu verteidigen galt wie die, dass es das 1966 verabschiedete Hochschulgesetz in Hessen erstmals vorsah, dass die Studierenden an der Wahl des Rektors beteiligt waren. Der studentische Druck führte dazu, dass die Westdeutsche Rektorenkonferenz Anfang 1968 ein Reformprogramm beschloss, das den Demokratisierungsforderungen linker und liberaler Studierender wie auch des CDU-nahen »Ring Christlich-Demokratischer Studenten« (RCDS) und sogar zahlreicher Burschenschaften entgegenkam. Die Antwort blieb nicht aus. Die in ihren Privilegien Bedrohten konterten, es sei ein »Irrtum zu glauben, der Universitätskörper könne zu einem Spiegelbild eines demokratischen Volkskörpers werden«. Das Ergebnis der professoralen Gegenwehr war das »Marburger Manifest«, veröffentlicht auf dem Höhepunkt der Proteste, eine Woche nach dem Attentat auf Rudi Dutschke. Das Manifest wurde von über 1.500 Hochschullehrern unterzeichnet; aus deren Kreis entstand zwei Jahre später der »Bund Freiheit der Wissenschaft«, der zu seiner Blütezeit in den siebziger Jahren mehr als 5.000 Mitglieder zählte.



Ein Bild, das bleibt

In dieser Situation, dem Kampf um Mitbestimmung und Demokratisierung und auf der anderen Seite dem für die traditionellen Professorenvorrechte, der Abwehr einer drohenden Bildungskatastrophe durch eine umfassende Bildungsreform, entstand ein anderes Bild, das bis heute einen ungebrochenen Symbolgehalt für die 68er-Bewegung hat. Bei der feierlichen Rektoratsübergabe an der Universität Hamburg, bei der die »Magnifizenzen« – so die damals übliche Anrede für den Rektor – mit Amtskette und in vollem Ornat zur Zeremonie schritten, präsentierten sich direkt vor diesen zwei Studenten, ordentlich gekleidet in Anzug und mit Krawatte, und entrollten ein Transparent, das sie in den Saal geschmuggelt hatten.

»Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren« hieß es auf diesem wie als schriftlicher Kommentar zu dem anachronistischen Zug, der sich ihnen folgend bewegte. Die Inschrift ist inzwischen zum Sprichwort geworden. Sie entfaltete ihre Kraft auch durch eine gewollte mögliche Doppelinterpretation. Einerseits wurde darauf hingewiesen, dass das deutsche Hochschulwesen hoffnungslos veraltet war und den Anforderungen einer sich rasant verändernden Gesellschaft in keiner Weise mehr angemessen war. Der »Muff«, der ihm anhaftete, stach ebenso unangenehm in die Nase wie jener der Mottenkugeln der Ornate. Andererseits erfolgte damit zugleich ein deutlicher Hinweis auf die berühmten »1000 Jahre« der NS-Herrschaft, auf den in der Nachkriegszeit in der Bundesrepublik penetrant schamhaft verschwiegenen Umstand, dass eine Entnazifizierung des Lehrkörpers der Hochschulen faktisch nicht stattgefunden hatte. Da die »Freiheit von Forschung und Lehre« galt, wurden von den Betreffenden die gleichen Inhalte ungebrochen weiterhin vertreten.

Genau jene Zustände wurden von den linken Studierenden unter der Parole der »Kritischen Universität« angegriffen. Es waren die Kontinuitäten von der NS-Zeit zur Adenauer-Ära in allen Bereichen der Gesellschaft, die immer wieder thematisiert wurden. Und insofern verbarg sich auf dem Transparent, nicht offen sichtbar, eine weitere Botschaft, bedeutender als die vermuffte Rektoratsübergabe selbst. Der Stoff für die Botschaft bestand nämlich aus einem Stück des Trauerflors von der Beerdigung des Studenten Benno Ohnesorg, der am 2. Juni 1967 am Rande einer Demonstration in Berlin gegen den Schah von Persien von einem Polizisten erschossen worden war.

Antifaschismus und Demokratisierung

Wenn die »Identitären« also in Bezug auf die 68er-Bewegung von »50 Jahren Gift für die Uni« schreiben, dann sind die sauberen, noch nicht kontaminierten Zustände für sie eben jene mit dem »Muff von 1000 Jahren« in einer Universität, an der Demokratie ein Fremdwort war. Es ist kaum ein Zufall, dass dieser Angriff auf »1968« in einer Zeit stattfindet, in der sich die extreme Rechte wie 50 Jahre zuvor in einem deutlichen Aufschwung befindet. Es ist also folgerichtig, wenn der Versuch eines Rollbacks sich genau gegen jene Akteure richtet, deren Ziel damals eine Entnazifizierung der Gesellschaft war. Es war zu jener Zeit keine Seltenheit, dass der NPD-Vorsitzende Adolf von Thadden Gast bei Podiumsdiskussionen an Hochschulen war. Dagegen kam es aus den Kreisen der »68er« zu Störaktionen in Veranstaltungen der NPD oder zu massiven, teils militanten Auseinandersetzungen vor den Sälen. Eine wichtige Kampagne des »Sozialistischen Deutschen Studentenbundes« (SDS) war jene unter dem eingängigen Titel »Ein Adolf war genug«. Bereits zehn Jahre zuvor wandte sich die vom SDS getragene Ausstellung »Ungesühnte Nazijustiz« gegen die für Ende 1959 drohende Verjährung auch der Justizverbrechen an Sonder- und Volksgerichtshöfen. Damals blieb die Resonanz in der Gesamtgesellschaft auf die Skandalisierung dürftig. In der Tat wurde genau mit solchen Aktivitäten, denen der SDS durchaus einen zentralen Stellenwert ihres allgemeinpolitischen Engagements zugewiesen wurde, der Finger in eine dauerhaft offene Wunde der Bundesrepublik gelegt. Insofern kam der berühmten Ohrfeige, die Beate Klarsfeld dem damaligen Bundeskanzler und früheren NS-Propagandisten Kurt-Georg Kiesinger verpasste, eine dem Hamburger Transparent vergleichbare Symbolkraft zu.

Die Ohrfeige hatte zwar eine stärkere Wirkung als tausend kluge Flugblätter oder Artikel, ihr Nachhall in der Öffentlichkeit war jedoch weitgehend negativ. Insofern traf der selbstironische Sprechchor bei Demonstrationen »Wir sind eine kleine radikale Minderheit« durchaus zu. Er stimmte auch für die Universitäten selbst; der SDS hatte selbst zu seinen Glanzzeiten nie mehr als bestenfalls 2.500 Mitglieder. Die reinen Zahlen haben jedoch wenig Aussagekraft für den Einfluss. So verabschiedete zwar der Burschentag der »Deutschen Burschenschaft« 1968 in Landau eine Resolution, die sich »mit Nachdruck gegen jede Radikalisierungstendenz« aussprach, zugleich wurde dort aber auch

ein »Programm zur Hochschulreform« verabschiedet, das nach Aussagen von Burschenschaftern »zu 90 Prozent mit den hochschulpolitischen Forderungen des SDS« übereinstimmte. Einer der damaligen Sprecher der »Deutschen Burschenschaft« ist übrigens noch heute überaus aktiv. 1968 Jurastudent und Chargierter der »Heidelberger Burschenschaft Allemannia«, später Funktionär der CDU in Frankfurt, ist Albrecht Glaser, aktuell stellvertretender Sprecher der AfD und Bundestagsabgeordneter. Das Feindbild, die »links-rot-grün verseuchten 68er«, musste er in den 50 Jahren nicht ändern.

Gegenhalten von Rechts

Die Stärke der 68er an den Universitäten bestand zudem nicht zuletzt in der Schwäche ihrer Gegner. Auch damals stand die »Deutsche Burschenschaft« wiederholt kurz vor ihrer Spaltung. Der Einfluss auch der anderen Korporationsverbände an den Hochschulen war rückläufig, auch wenn Listen aus Korporierten in den Studierendenparlamenten nicht selten waren. Aber der Aufschwung der NPD fand keine Entsprechung an den Hochschulen. Der 1967 gegründete »Nationaldemokratische Hochschulbund« (NHB) war nur an relativ wenigen Hochschulorten verankert und dürfte real nie mehr als 200 Mitglieder im gesamten Bundesgebiet gehabt haben. Zudem existierte eine Reihe von Konkurrenzorganisationen, zum Teil nur mit örtlicher Bedeutung, wie die »Konservative Studenten-Union« in Köln, die den offiziellen Studentenorganisationen des »Bundes der Vertriebenen« und seiner Landsmannschaften, die im »Ostpolitischen Deutschen Studentenverband« (ODS) zusammengefasst waren, entstammten. Aber auch dort waren stets nur wenige hundert Studierende organisiert.

In dieser Defensivposition kam den eigenen Medien eine herausragende Bedeutung zu. An erster Stelle dabei ist der »Deutsche Studenten-Anzeiger« (DAS) zu nennen, der auf dem Höhepunkt der 68er-Revolte mehrfach im Semester eigenen Angaben nach in einer Auflage von über 40.000 Exemplaren mit bis zu zehn Lokalausgaben erschien. Das Blatt war als Bündnisprojekt angelegt und vermied eine zu offensichtliche NPD-Nähe, auch wenn ein erheblicher Teil der Redakteure dieser Partei angehörte. So findet sich 1966 der aus dem 1961 verbotenen »Bund Nationaler Studenten« (BNS) stammende Peter Dehoust, der spätere Herausgeber der neofaschistischen Monatsschrift »Nation Europa«. Auch als Herausgeber wird Heinz Flöter genannt. Flöter, heute Rechtsanwalt in Usingen, war damals laut »Frankfurter Rundschau« in der NPD aktiv, später in der CDU und danach im Vorstand der »Gesellschaft für freie Publizistik« und in deren Anfangsphase in der örtlichen AfD aktiv. Namentlich aufgeführt werden zudem »Gesprächspartner aus der älteren Generation«, mehrheitlich bekannte Publizisten mit einem NS-Vorlauf.

Es ist nicht zu übersehen, dass sich die Blattmacher in einem dauerhaften Abwehrkampf gegenüber einer feindlichen Übermacht befanden. Und ebenso ist nicht zu übersehen, dass der Feind mit allen nur möglichen Negativcharakteristika versehen wurde. In einem Veranstaltungsbericht aus Tübingen aus dem Jahr 1967 heißt es: »In Gammlermontur besteigt der Häuptling aller langbemähnten Geusen das Katheder, schält sein Traktat aus Einkaufsnetz und Zeitung und referiert zum Thema ‹Chancen des Anarchismus heute›. Wißbegierig lauscht die dichtgedrängte Schar leicht angegammelter Studiosi dem großen Meister. Geht es doch um staatspolitisch bedeutsame Methoden der Demonstration, Provokation der Organe öffentlicher Ordnung und um – Stinkbomben.«

Unter der Überschrift »Sieg der Provokation? Benno Ohnesorg ist Opfer, nicht Märtyrer der roten Rabauken« heißt es 1967 mit eindeutigem NS-Vokabular: «Benno Ohnesorg wurde zum ‹Blutzeugen› gemacht. Das Ergebnis erinnert an Massenpsychosen, wie es sie in Deutschland schon einmal gab. Der Blutzeugenkult weckte eine dumpfe Solidarität. Der Solidarisierungsprozeß wurde weit über die engen Grenzen der linken Sektierer hinaus vorangetrieben. Ihre Kaderarbeit zeigt erste Früchte.« Begleitet wird der Text von dem Zweispalter »Opfer, von denen man nicht spricht«, in dem Hans Jürgen Bischoff gedacht wird, einem Jura-Studenten, der 1963 beim Einbau des Zündmechanismus in eine selbstgebastelte Bombe ums Leben gekommen war, die er gegen die Berliner Mauer einsetzen wollte. Die Trauerfeier für Benno Ohnesorg dagegen wird zum »Geschäft mit einem Toten«.

Auch die Grundsatzartikel, denen die dritte Seite vorbehalten war, sind in der Regel geprägt von der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner. Armin Mohler verbreitet hier seine »13 Thesen über Politik und Vergangenheitsbewältigung«, die zuerst im »Bayernkurier« der CSU erschienen waren, »Marcuses Utopia« wird angegriffen und intensiv gegen den Atomwaffensperrvertrag als »Gehirnsperrvertrag« polemisiert. Nichts spricht bei der Analyse der Zeitung dafür, dass die Revolte von links um 1968 eine kritische Selbsthinterfragung der extremen Rechten zur Folge gehabt hätte.

Es bleibt einem der geistigen Ahnen vorbehalten, bei der Bundesdelegiertentagung des NHB 1967 auf Quellen jenseits des üblichen rechten Mainstreams zu verweisen: »Prof. Anrich erklärte, daß die NPD weder konservativ noch reaktionär noch restaurativ, sondern konservativ-revolutionär und dies kein Widerspruch in sich selbst sei.« Anrich wusste wovon er sprach. In seiner Jugend war er in der konservativ-revolutionär geprägten »Deutschen Hochschulgilde« aktiv gewesen und hatte die von ihm geführten Gruppen noch vor der NS-Zeit in die NSDAP überführt. Das hatte noch nichts mit einer ideologischen Modernisierung zu tun. Diese wurde zwar ab 1967 über den DAS versucht, hatte ihren Ursprung jedoch in Erfahrungen im Ausland. Der Chefideologe des Blattes, Henning Eichberg, der unter seinen Pseudonymen Hartwig Singer und Thorsten Sievers beträchtliche Teile des Inhaltes beisteuerte, brachte seine in Frankreich erworbenen Erfahrungen ein. Mit einer »Neuen« Rechten hatte auch dies noch nicht viel zu tun. Eichberg bewegte sich in Hamburg eng im Umfeld des NHB und war Mitglied des »Republikanischen Studentenbundes Deutschlands« (RSD). Dessen Hamburger Vorsitzender: ein gewisser Jürgen Rieger. Das genaue Gegenteil einer »Neuen« Rechten.

Tommy Robinson wieder auf freiem Fuß

London/England. Der extrem rechte Gründer der »English Defence League« (EDL), Tommy Robinson, ist am 1. August 2018 vorläufig aus der Haft entlassen worden. Seine Verurteilung beruhe auf einer »mangelhaften Prozessführung« begründete das Berufungsgericht. Im Mai war er zu 13 Monaten Haft verurteilt worden, weil er illegalerweise einen Prozess gegen muslimische Einwanderer filmte und veröffentlichte. Zahlreiche UnterstützerInnen aus extrem rechten Kreisen aus aller Welt feierten die Freilassung. Das Verfahren soll nun neu aufgerollt werden.

»Alt-Right« demonstriert zum Jahrestag

Washington/USA. Am 12. August 2018 haben Mitglieder der extrem rechten »Alt-Right«-Bewegung in Washington vor dem Weißen Haus demonstriert. Ein Jahr nach den gewaltsamen Ausschreitungen von Charlottesville, bei denen die antifaschistische Demonstrantin Heather Heyer mit einem Auto getötet wurde, riefen sie erneut unter dem Motto »Unite the right« zur Teilnahme auf. Der damalige Anmelder, Jason Kessler, organisierte den Aufmarsch in Washington mit dem Ziel, die angeblich bedrohten »weißen Bürgerrechte« zu verteidigen. Eine Veranstaltung in Charlottesville war von den dortigen Behörden nicht genehmigt worden. Während im vergangenen Jahr zahlreiche extrem rechte Gruppierungen aufmarschierten, kamen in diesem Jahr knappp zwei Dutzend statt der erwarteten 400 Rechten. Nach zwei Stunden wurde die Veranstaltung, bei der unter anderen der Antisemit Patrick Little und Ex-»Ku-Klux-Klan«-Funktionär David Duke redeten, vorzeitig beendet. Tausende Menschen protestierten lautstark gegen die Neonazis und kritisierten erneut Präsident Trump, der nach Charlottesville geäußert hatte, dass die Schuld für die Gewalt »auf beiden Seiten« liege.

NPD »patrouilliert« in »Schutzzonen für Deutsche«

In mehreren Städten hat die extrem rechte NPD Patrouillen an öffentlichen Orten initiiert, um »Schutzzonen für Deutsche« zu schaffen. Die Partei ruft seit Juni bundesweit dazu auf, dem Beispiel zu folgen. Von der Partei verbreitete Videos zeigen NPD-Mitglieder wie sie in S-Bahnen in Berlin »Streife laufen«. Nach eigenen Angaben sei Cottbus ein weiterer Schwerpunkt der Kampagne, zudem haben Patrouillen in Dresden, Riesa und Saarbrücken stattgefunden. Eine Drehgenehmigung in den Anlagen der Deutschen Bahn hatte die selbsternannte Bürgerwehr nicht. Die Bundespolizei prüft nun strafrechtliche oder zivilrechtliche Verstöße. Die Aktion »Schutzzonen für Deutsche« kann als PR-Aktion und Versuch der Partei gewertet werden, zumindest im lokalen Raum an Relevanz zu gewinnen.

»Identitäres« Festival in Dresden / RechtsRock in Thüringen

Dresden. Die »Identitäre Bewegung« (IB) hat am 25. August 2018 den »Europa-Nostra«-Kongress unter dem Motto »Gegenkultur – Vernetzung – Widerstand« durchgeführt. Verschiedene Gruppierungen und Kampagnen der »patriotischen Jugendkultur« wurden präsentiert, darunter die Frauengruppe »120 Dezibel«, die Versände »Phalanx Europa« und »IB Laden«, die App »Patriot Peer«, die Kampagne »Defend Europe« oder die Plattform »Ein Prozent für unser Land«. Rund 300 Personen fanden ihren Weg zu dem Kongress.
Das zeitgleich für Mattstedt bei Weimar angekündigte RechtsRock-Festival »Rock gegen Überfremdung« wurde untersagt. Etwa 400 BesucherInnen nahmen das Angebot von Tommy Frenck an und wichen auf eine Ersatzveranstaltung auf seinen Gasthof »Goldener Löwe« in Kloster Veßra/Themar aus.

Ehemaliger KZ-Aufseher abgeschoben

Washington (USA)/ Düsseldorf. Am 21. August 2018 ist der ehemalige SS-Angehörige Jakiw Palij nach Deutschland abgeschoben worden. Der gebürtige Ukrainer hatte seit 1949 jahrelang unentdeckt in den USA, zuletzt in New York gelebt. Die US-amerkanischen Behörden hatten ihm bereits 2003 die Staatsbürgerschaft entzogen. Deutschland hatte sich zunächst geweigert, ihn aufzunehmen. Als Wachmann im polnischen Arbeitslager Trawniki im besetzten Polen hatte er laut US-Angaben Gefangene an der Flucht gehindert und damit zu den »unmenschlichen Lebensbedingungen« im Lager beigetragen. Der 95-Jährige wurde in eine Altenpflege-Einrichtung im Kreis Warendorf bei Münster gebracht. 2015 hatte die Staatsanwaltschaft Würzburg Ermittlungen gegen Palij eingeleitet, das Verfahren aber mangels Beweisen eingestellt. Eine erneute Aufnahme des Verfahrens gilt derzeit als unwahrscheinlich.

»Patriotische Plattform« kündigt Auflösung an

Magdeburg/Halle. Am 21. September 2018 hat der Vorsitzende der »Patriotischen Plattform« (PP) in der »Alternative für Deutschland« (AfD), Hans-Thomas Tillschneider, deren Auflösung angekündigt. Auf der nächsten Mitgliederversammlung des Vereins solle die Selbstauflösung beantragt werden. Tillschneider, der für die AfD im sachsen-anhaltischen Landtag sitzt, kündigte auch an, sein Wahlkreisbüro im Hausprojekt der »Identitären Bewegung« in Halle aufzugeben. Beide Schritte können in Zusammenhang mit Bemühungen der AfD gesehen werden, sich vor Beobachtung durch den Verfassungsschutz auf Bundes- und Landesebene zu schützen.

#EUParlament

Sie sortieren sich zurecht

Seit der letzten Europawahl 2014 sitzen nach 20 Jahren erstmals wieder mehrere deutsche rechte Parteien im Europäischen Parlament, eine davon ist die »Alternative für Deutschland«. Synchron zu den Wahlerfolgen rechter Parteien in Europa sind sie auch auf transnationaler Ebene aktiv: Schon lange vernetzen sie sich auf europäischer Ebene, gründen Euro-Parteien und bilden Fraktionen im Europäischen Parlament, um von Infrastruktur, Finanzen und politischem Einfluss zu profitieren.

von Jan Rettig

Ganz rechtsaußen finden sich derzeit neo-faschistische und -nazistische Parteien wie die italienische »Forza Nuova« (FN), die »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD), die spanische »Democracia Nacional«, die tschechische »Dělnická strana sociální spravedlnosti« (DSSS), die rumänische »Noua Dreaptă« (ND) und andere in der »Alliance for Peace and Freedom« (APF) zusammen. Deren Gründung Ende 2014 ging vor allem von den europäisch hervorragend vernetzten Überzeugungstätern und langjährigen Weggefährten Nick Griffin, ehemals »British National Party«, und Roberto Fiore von der »Forza Nuova« aus. Für die NPD übernahmen der EP-Abgeordnete (MEP) Udo Voigt, Jens Pühse und später Ingo Stawitz wichtige Funktionen. Zu Beginn waren auch die griechische »Chrysi Avgi« sowie die dänische »Danskernes« und die schwedische »Svenskarnas Parti« beteiligt. In ihren Prinzipien formuliert die als Euro-Partei anerkannte und seit 2016 aus dem EU-Haushalt unterstützte APF einen traditions- und identitätsbasierten Patriotismus, der seine Grundlage in einer naturalisiert-organischen Verschmelzung von Volk, Nation und Staat hat. Das Gemeinsame in ihrem Europa souveräner, konföderierter Nationalstaaten seien christliche Werte und ein kulturelles Erbe, welche es gegen eine Vielzahl von Bedrohungen zu verteidigen gelte; prominent darunter die volks- und kulturzerstörende Massenimmigration. Ideologisch und in Teilen personell schloss die APF damit nahtlos an die »European National Front« an, ein Vernetzungsprojekt der 2000er Jahre. Im Frühjahr 2018 schließlich fand Jean-Marie Le Pen seinen Weg zur APF. Dessen schillernde europapolitische Karriere begann bereits 1984 mit seiner Wahl ins Europäische Parlament (EP). Von 1984 bis 1994 war er Fraktionsvorsitzender der »Europäischen Rechten«, in der bis 1989 auch der in direkter Tradition zum historischen italienischen Faschismus stehende »Movimento Sociale Italiano« (MSI) vertreten war. Von 1989 bis 1994 bildeten dann der französische »Front National« (FN), der belgische »Vlaams Blok« (VB) und die deutschen »Republikaner« (REP) die Fraktion. Obwohl Le Pen und der damalige REP-Vorsitzende Franz Schönhuber sich gut verstanden haben sollen, verließen letzterer sowie weitere deutsche MEPs die Fraktion ziemlich schnell. Nicht so Harald Neubauer, bekannt und assoziiert im gesamten Spektrum der deutschen extremen Rechten. Er blieb seinen europäischen Kameraden noch über die gemeinsame Fraktionszeit hinaus treu und war einer der Teilnehmer eines Treffens in Paris 1997, zu welchem Le Pen transkontinental ausholte und nicht nur die bekannten süd- und westeuropäischen Freunde, sondern auch viele einschlägige Parteien aus Osteuropa einlud. Ziel war ein Netzwerk, um den Gedanken eines Europas freier Nationen voranzutreiben; Arbeitstitel: EuroNat. Im Folgenden war das ein vor allem auf Le Pen zugeschnittener Rahmen für Wahlkampfbesuche bei diversen Partnerparteien und umgekehrt – bis 2005 zwar eine offizielle Gründung erfolgte, dann aber bereits andere Vernetzungen Vorrang hatten. Auch hier wurde das gemeinsame europäische Erbe beziehungsweise die westliche Zivilisation beschworen und Immigration, explizit aus der sogenannten »Dritten Welt«, abgelehnt.

Die 2000er Jahre

Anfang der 2000er Jahre nahmen auch die transnationalen Ambitionen der »Freiheitlichen Partei Österreichs«an Fahrt auf, insbesondere durch ihren damaligen Vorsitzenden Jörg Haider und seinen Vertrauten Andreas Mölzer, der seit 2004 MEP ist. Die Anstrengungen mündeten in die programmatische »Wiener Erklärung« von 2005 und die Fraktion »Identität – Tradition – Souveränität« (ITS), die sich Anfang 2007 im EP konstituierte und neben FPÖ, FN, VB, MSI – Fiamma Tricolore und Alessandra Mussolini auch die bulgarische »Ataka« sowie die rumänische »Partidul România Mare« vereinte. Das gemeinsame Ziel eines europäischen Staatenbundes souveräner Nationen und die geteilte Vorstellung einer besonderen Bedrohung europäischer Werte durch Globalisierung und, auch hier, vermeintliche Massenimmigration reichten aber offenbar nicht, die zahlreichen Widersprüche auszuhalten. Bereits nach elf Monaten zerbrach die ITS. Aus dieser Traditionslinie sollte sich später das heute bedeutsamste Projekt der europäischen extremen Rechten entwickeln. Unter maßgeblicher Führung von Marine Le Pen (FN, heute: »Rassemblement National«) haben die häufig zu rechtspopulistischen Parteien verklärten FPÖ, VB und



2017: Geert Wilders, Frauke Petry, Harald Vilimsky, Marine Le Pen und Matteo Salvini.

»Lega Nord« (heute: »Lega«) 2014 die europäische Partei »Movement for a Europe of Nations and Freedom« (MENF) und 2015 zusammen mit der niederländischen »Partij voor de Vrijheid« (PVV) sowie mit weiteren MEPs die Fraktion »Europe of Nations and Freedom« (ENF) konstituiert, die ohne große Querelen bis heute Bestand hat. Ihre politische Plattform postuliert eine ethnopluralistisch begründete Verschiedenheit der Völker und der ihnen entsprechenden einzigartigen ökonomischen, sozialen, kulturellen und territorialen Traditionen. Daraus wird kurzerhand das Recht auf Kontrolle und Regulation von Immigration abgeleitet und zum geteilten fundamentalen Prinzip erklärt. Dass es im Kern um eine rigorose Ablehnung geht, braucht darin nicht genannt zu werden, das liefern die je nationalen Parteiprogramme einmütig. Darin sind sich die Beteiligten seit Jahrzehnten weitgehend einig. Die Missbilligung jeder weiteren Vertiefung der europäischen Integration hingegen musste sich erst herausbilden. FN, FPÖ, »Lega Nord« und VB hatten in ihren Anfängen aus unterschiedlichen Perspektiven heraus nicht wenige pro-europäische Positionen. Heute allerdings gilt ihnen allen ein Europa souveräner Nationen und Völker als Ideal. Auch bei der MENF/ENF mischt ein deutscher Vertreter mit. 2016 verließen Marcus Pretzell und Beatrix von Storch, beide für die »Alternative für Deutschland« (AfD), die Fraktion der »European Conservatives and Reformists« und hatten große Pläne mit ihrer neuen Freiheit nach Rechts. Die noch kurz zuvor heftig umstrittene Kooperation mit dem FN wurde durch Pretzells Eintritt in dessen Fraktion und Euro-Partei Wirklichkeit und von Storch trat einer anderen, gleichwohl ebenfalls rechten Fraktion bei. Den behaupteten Anspruch, dadurch die europäische Rechte zu einigen, konnten beide bisher nicht im Ansatz einlösen. Pretzell ist nach einem kurzen medialen Höhenflug auf europäischer Ebene eher ein Hinterbänkler, aber mittlerweile als Vertreter von »Die blaue Partei« immerhin im EP geblieben. Von Storch, letzte verbliebene MEP der AfD, tauschte im September 2017 ihr europäisches Parlaments- gegen ein deutsches Bundestagsmandat ein. Ihr Ersatz, der derzeitige AfD-Vorsitzende Jörg Meuthen, hatte bis dato auch eher anderes zu tun als sich im EP zu betätigen.

Ein weiteres, jüngst erneut anerkanntes Parteiprojekt ist die 2009 gegründete »Allianz der Europäischen Nationalen Bewegungen« (AENM). Dieses vor allem von Béla Kovács (»Jobbik«), Bruno Gollnisch (FN) und dem rührigen Nick Griffin damals vorangetriebene Projekt beherbergt bis heute ein breites Spektrum ausgewiesener (Neo-)Faschisten bis zu eher National- und Christlich-Konservativen. Nachdem die Eminenzen Le Pen und Gollnisch im Zuge der sogenannten Entdämonisierung des FN 2013 ausgestiegen sind und Griffin 2014 die APF mitbegründete, war die AENM gänzlich zu einer randständigen Sammlung von Einzelpersonen degradiert. Sie wird demnächst mit den neuesten Regularien, nach denen Euro-Parteien nur noch aus nationalen Parteien konstituiert werden können, zu kämpfen haben.

Getrennt und doch vereint in die Zukunft

Nach den diversen, sich wechselseitig überschneidenden Vernetzungsprojekten in der Vergangenheit und dem entsprechenden Kennen-, Verstehen- und Kooperierenlernen in einer immensen Anzahl von Arbeitstreffen und Konferenzen, schälen sich mit der APF und der MENF aktuell zwei stabile Euro-Parteien heraus, die zwar vieles trennt, aber auch einiges eint. Während erstere weltanschaulich gefestigte (Neo-)FaschistInnen versammelt, die aber aufgrund ihrer nationalen Marginalität kaum Chancen auf größeren Einfluss oder gar eine Fraktionsbildung im EP haben, sammeln sich in der MENF viele rechtspopulistisch modernisierte und vor allem real- und machtpolitisch orientierte GewinnerInnen des gegenwärtigen Rechtsdrifts. Allein binnen des letzten Jahres schafften es zwei ihrer Mitgliedsparteien in nationale Regierungsverantwortung, so dass sie heute unter anderem einen italienischen Innenminister und einen österreichischen Vizekanzler in ihren Reihen wähnt. Angesichts möglicher Kooperationen auf staatlich-exekutiver Ebene mit den extrem autoritären Regimen Ungarns und Polens hat ihre radikale Position gegen Immigration besondere Brisanz. Eine Schwächung ihrer transnationalen Strukturen durch die Renationalisierung von Zugpferden wie Matteo Salvini oder Marine Le Pen (2017 in die französische Nationalversammlung gewählt und gewechselt) ist nicht zu erwarten, denn aktuelle Prognosen für die nächsten EP-Wahlen in 2019 geben ihnen die berechtigte Hoffnung, zum ersten Mal überhaupt eine extrem rechte Fraktion bruchlos in eine zweite Legislaturperiode überführen zu können. Trotz vieler Unterschiede zwischen ihnen, sind sich APF und MENF programmatisch in der Feindschaft zur EU in ihrer jetzigen Form und ideologisch in der Bewahrung nationaler Souveränität einig. Ihre ebenso abstrakten wie brüchigen Gemeinsamkeitskonstruktionen wie christliche Werte, europäische Kultur, westliche Zivilisation sind bei genauerer Betrachtung vor allem eine gemeinsame Defensive: gegen den Islam, die Multikulti-, kinderlose und politisch korrekte Gesellschaft, die Globalisierung und den US-Imperialismus und zum Teil mit vielfältigen positiven Russlandbezügen.

Richterlich legitimierter Rassismus

Ende Juli dieses Jahres wurden die wegen Bildung einer krimineller Vereinigung angeklagten 17 Mitglieder der »Identitären Bewegung Österreich« weitgehend freigesprochen. Eindrücke aus dem Gerichtssaal.

von Judith Goetz und Mahriah Zimmermann

Der Prozess in Graz lieferte einerseits ein anschauliches Beispiel von Rassismus und Sexismus. Andererseits erhielt die extrem rechte Gruppe durch den Freispruch politische Legitimität für ihre Aktionsformen. Der steigende Bedeutungsverlust der »Identitären Bewegung« (IB) scheint dadurch dennoch nicht mehr aufzuhalten zu sein. Seit geraumer Zeit versuchen die »Identitären« sich als gewaltfreie, patriotische NGO zu inszenieren und werden dabei auch von anderen extrem rechten AkteurInnen unterstützt. So sprach der frühere FPÖ-Generalsekretär und inzwischen österreichische Innenminister Herbert Kickl schon 2016 in einer Stellungnahme von den »Identitären« als »Bürgerinitiative«. Auch Felix Mayrbäurl, Spitzenkandidat des FPÖ-nahen »Ring freiheitlicher Studenten«, bezeichnete die IB bei den letzten Studierendenvertretungswahlen in Österreich als »eine Aktivistengruppe wie Greenpeace oder Peta«. Diese Selbstdarstellung wurde auch im Vorfeld des Prozesses beschworen, wenn es einerseits darum ging, die eigenen Aktivitäten zu verharmlosen und andererseits das juristische Szenario zu zeichnen, dass nach einer möglichen Verurteilung auch gegen NGOs wie Greenpeace ermittelt werden könnte. Diese Inszenierungen zeigten auch Wirkung: Gerade die professionelle Kampagnenarbeit der IB, vergleichbar mit jener von NGOs, wurde vom Richter entlastend gewertet beziehungsweise ihr Aktionismus sowie die zugespitzten Forderungen als legitime Formen zur Durchsetzung politischer Interessen beurteilt. Der Widerspruch, dass sich die IB zwar der Mittel zivilen Protestes bedient, ihre Ideologie – und damit verbunden auch ihre Aktionen – jedoch zutiefst menschenverachtend und antidemokratisch sind, blieb dabei weitgehend unthematisiert. Schließlich geht es den »Identitären« um die Schaffung einer »ethnisch relativ homogenen Gemeinschaft«, die unter den Voraussetzungen einer durch Migration geprägten Gesellschaft nur mit massiver Gewalt durchzusetzen wäre. Zwar versuchte der Staatsanwalt immer wieder, die Gewaltbereitschaft und Gewalttätigkeit der »Identitären«, für die es inzwischen in Österreich und Deutschland zahlreiche Belege gibt, zum Thema zu machen, diese wurden jedoch im Prozessverlauf und auch in der medialen Berichterstattung nicht weiter verfolgt. Lediglich Greenpeace äußerte sich in einer distanzierenden Stellungnahme: »Nur weil man die Protestformen demokratisch gesinnter Organisationen kopiert, ist man noch lange kein Teil der Zivilgesellschaft.«

Verharmlosung in den Medien

Die Presseberichte beschränkten sich oftmals darauf, das Prozessgeschehen in Kurzmeldungen wiederzugeben und die Schutzbehauptungen der Angeklagten kommentarlos abzudrucken, anstatt ExpertInnen und Betroffene zu Wort kommen zu lassen. So ist es der IB mit Hilfe einer unkritischen und teils sympathisierenden Berichterstattung erneut gelungen, ihre menschenverachtende Propaganda in den Medien zu platzieren und weiterhin als »gewaltfrei und harmlos« beschrieben zu werden. Die Kritik am Vorwurf der kriminellen Vereinigung – wie sie bei einem sogenannten »Fluchthilfeprozess« gegen acht Geflüchtete der Refugeeproteste in Wien gänzlich ausblieb – war zudem gespickt mit der Verharmlosung extrem rechter Ideologie. Auch dem Vorwurf der Verhetzung wurde vom Großteil der Medien das Selbstbild der IB entgegengehalten.

Rassismus im Gerichtssaal

Währenddessen wurde im Gericht darüber diskutiert, ob die konkreten Inhalte überhaupt zur Herabwürdigung und Hetze gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen anstacheln. Dass sich die Ideologie und das Handeln der extrem rechten Gruppierung deutlich vor allem gegen Geflüchtete und MigrantInnen richten, zeigte sich aber schon in der im Prozess mitverhandelten »Störaktion« in der Universität Klagenfurt/Celovec im Juni 2016. Selbst der zuständige Richter thematisierte vor Gericht die Parallelen zur Stürmung des Theaterstücks »Die Schutzbefohlenen« im Wiener Audimax zwei Monate zuvor. Wurden die Angeklagten IB-Mitglieder im »Audimaxprozess« noch freigesprochen, genügte nun ein Faustschlag gegen den Klagenfurter Rektor zur Verurteilung. Ihm schenkte das Gericht wohl mehr Glauben als dem linken und migrantisch geprägten Publikum in Wien. Zugleich stellte sich beim Prozess in Graz heraus, dass die Polizei gegen einen Zeugen mit Fluchthintergrund ermittelte, der die gewaltvolle Störung beenden wollte, indem er dem IB-Mitglied Luca K. das Megafon aus der Hand zu reißen versuchte. Er sprach vor Gericht als Zeuge von einer Retraumatisierung. Für ihn war die aggressive, wie eine »Invasion« wirkende, Aktion ganz klar gegen MigrantInnen, Geflüchtete und Menschen islamischen Glaubens gerichtet. Diese Aussage schaffte es wie kaum eine andere, den Gerichtssaal zum Verstummen zu bringen. Er verurteile den Hass, der von der IB ausgehe, denn dadurch würden Menschen »in die Radikalisierung getrieben«. Er war nur einer von vielen, deren Schilderungen sowohl vor Gericht als auch in den Medien keinen Platz fanden.

Die einzige Angeklagte

Kira G. inszenierte sich als naive Mitläuferin, die bei ihrem ersten Besuch eines IB-Stammtischs für eine Aktion angeworben wurde, von der sie nichts Genaueres gewusst haben will. So habe sie, als mehrere männliche »Identitäre« auf das Dach der »Grünen«-Parteizentrale in Graz kletterten – gemäß der geschlechtsspezifischen Rollenverteilung in der Szene – »nur ein Transparent gehalten«. Diese verharmlosende Inszenierung wurde auch vom Staatsanwalt übernommen, der in seinem Abschlussplädoyer meinte, sie sei auch »ein Opfer« gewesen, weil sie »von selbst nie auf so eine Idee gekommen« wäre. Wie er zu dieser Einschätzung kam, ist gerade angesichts ihrer Aussage mehr als verwunderlich, da diese ein klares Bild ihrer politischen Gesinnung zeichnete. Die Angeklagte hatte nicht nur Geld für die Gruppierung gespendet, sondern pflegte auch freundschaftliche Kontakte zu mehreren Führungspersonen der IB und identifiziert sich durchweg mit der Ideologie der »Identitären«. In gewohnt rassistischer Rhetorik gab sie zum Besten, sie habe schlechte Erfahrungen mit Männern gemacht, die sie als »migrantisch« wahrnehme. Daher würden diese eine Bedrohung darstellen. Zudem möge sie »Tracht und Traditionen«. Und auf dem Weg ins Gericht hielt sie ein T-Shirt der FPÖ-Organisation »Ring Freiheitlicher Jugend« vor ihr Gesicht, um sich vor der Presse zu schützen.

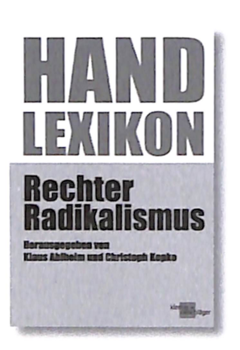
Doch Richter und Staatsanwalt negierten die politische Überzeugung der Angeklagten beharrlich. Die Medien erwähnten Kira G. lediglich als einzige angeklagte Frau. Im Gericht und den Medien kamen die gängigen, sexistischen Umgangsformen mit extrem rechten Frauen zum Tragen: Unsichtbarmachung und Verharmlosung ihrer politischen Mittäterschaft sowie die Übernahme der Selbstinszenierung als naives Opfer.

Stärkung der ‹Identitären›?

Resümierend hatte der Prozess geringere Auswirkungen als vorher vermutet. Er dauerte nicht nur deutlich kürzer als anberaumt, die mediale Aufmerksamkeit hielt sich in Grenzen und breite Solidaritätskampagnen blieben ebenso aus wie begleitende gesellschaftliche Debatten über die weite Verbreitung von Rassismus und Nationalismus. Informationen über die vom Abwehramt des Bundesheers als Quelle angeworbene Person, die internationale Vernetzung oder weitere Beteiligte fehlten. Das ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die Aussagen der Beschuldigten, wie zu erwarten, abgestimmt und auf das Nötigste reduziert waren – schließlich entschieden sie, zu welchen Vorwürfen sie Stellung bezogen und wozu sie großzügig schwiegen.

Da alle Angeklagten durch den gleichen Anwalt vertreten wurden, waren die Prozesskosten für die Gruppierung wohl relativ gering. Bis auf wenige Anhaltspunkte zur Finanzierung der österreichischen »Identitären«, die ein Beamter des Bundesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung preisgab, sorgte das nur zehn Sitzungstage dauernde Verfahren diesbezüglich für wenig neue Erkenntnisse. In einem noch laufenden Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Geldwäsche wurden bisher 57 österreichische Konten überprüft, die der IB zuordenbar sind. Hier wird es wahrscheinlich zu einem gesonderten Prozess kommen. Ob sich die beschuldigten Personen dann zu ihren Einnahmen und Ausgaben äußern werden, ist jedoch fraglich.

Die »Identitären« haben zwar durch den Freispruch die politische Legitimität für ihre Aktionsformen erhalten, gestärkt dürften sie aus dem Prozess dennoch nicht hervorgehen. Abgesehen von der psychischen Belastung, stellt die Nähe zu Straftaten wenig Anreiz für neue Mitglieder dar. Insgesamt scheitert die IB gegenwärtig an einem Mangel an neuen Konzepten, zumal ihre Großmobilisierungen auf der Straße mehrfach hinter den Erwartungen zurückblieben und von massiven antifaschistischen Gegenprotesten begleitet wurden. Die Kampagnen floppen zusehends und ihre Medienstrategien generieren weniger Aufsehen. Die Befürchtungen, dass die »Identitären« durch das Urteil mehr Zulauf bekommen oder den stetig wachsenden Bedeutungsverlust aufhalten könnten, scheinen sich aktuell nicht zu bestätigen. Gerade in Österreich braucht die extreme Rechte angesichts der Regierungsbeteiligung der FPÖ schlichtweg keine solche außerparlamentarische Kraft. Da bis Redaktionsschluss keine Urteilsbegründung vorlag, lässt sich nur mutmaßen, ob der Prozess in die zweite Instanz geht. Auch die Äußerungen zu einer Reformierung des Paragraphen zum Verbot krimineller Vereinigungen sind noch unkonkret. Eine Verurteilung der IB wäre zwar ein Zeichen gegen menschenverachtende Propaganda gewesen und hätte das Fortwirken der Gruppe erschwert sowie Auswirkungen für andere Gruppierungen mit sich gebracht. Doch auch so bleiben die »Identitären« ein Teil der extremen Rechten.

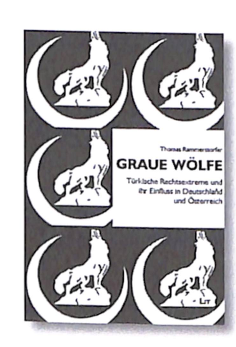


»Rechter Radikalismus«

von Sören Frerks

Das »Handlexikon Rechter Radikalismus« von Klaus Ahlheim und Christoph Kopke macht mit seinen nur 175 Seiten eher den Eindruck eines Taschenbuchs als einer Enzyklopädie. Doch dafür setzt es in unterschiedlicher Hinsicht Maßstäbe für die Erschließung des Phänomens. Schon im Titel schwingt die Ambition mit, sich kritisch vom verkürzenden und politisch instrumentalisierten Extremismusterminus abzusetzen. Dieser werden die Autoren auch gerecht: Die gesellschaftliche und politische Rechte wird im Vorwort als Problem der »bundesdeutschen Mitte« identifiziert, denn sie »hat sich für rechte und rechtsradikale Positionen« geöffnet. Damit wird die Analyse aktualisiert und der Blick geweitet von klassischen Neonazis über die extrem rechte »Alternative für Deutschland« bis zur sogenannten Mitte.
So liefert das Handbuch Begriffsklärungen zu unterschiedlichen Bereichen. Im Kontext des (Neo-)Nationalsozialismus finden sich beispielsweise Erläuterungen zu Freikorps, Faschismus, europäischem Neofaschismus, Holocaustleugnung, Jugendbünden, NPD und anderen rechts extremen Parteien, »Autonomen Nationalisten« sowie ReichsbürgerInnen und SelbstverwalterInnen. Außerdem werden der Rolle von Gewalt, (Rechts-)Terrorismus, Vigilantismus und dem »Nationalsozialistischen Untergrund« je ein Abschnitt gewidmet. Hinzu kommen Bestimmungen zu unterschiedlichen Elementen rechter Ideologie, unter anderem zu Rassismus, Muslimfeindlichkeit, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Geschichtsrevisionismus, Nation, Volk, Germanentum sowie dem Verhältnis von Ökonomie und Staat. Gegenwärtig viel diskutierte Erscheinungsformen erfasst das Lexikon zum Beispiel in den Begriffen »Neue Rechte«, Kultur, Rechtspopulismus, PEGIDA und Konservatismus. Der Extremismus der Mitte wird anhand von Thilo Sarrazin, Autoritarismus sowie Vorurteilen und Fremdenfeindlichkeit erklärt. Diese durchaus gesellschaftskritische Erschließung des Themas wird in einer Erweiterung des Begriffsfeldes fortgesetzt, die antifaschistische und zivilgesellschaftliche Gegenstrategien und -argumente gegen Stammtischparolen, Gedenkstätten, Gewerkschaften und Mobile Beratung – und ebenso deren Problematiken in der politischen Auseinandersetzung mit der extremen Rechten aufzeigt.
Damit schafft das Nachschlagewerk, was nur wenigen Büchern in diesem Bereich gelingt: den Bogen zu schlagen zwischen politischer Analyse und (Erwachsenen-)Bildung. Deshalb gehört es in jedes wissenschaftliche und politische Buchregal.

Klaus Ahlheim und Christoph Kopke (Hg.): Handlexikon Rechter Radikalismus. Ulm 2017, Verlag Klemm+Oelschläger, 175 Seiten, 18,80 Euro.



»Graue Wölfe«

von Margarete Schlüter

10. März 2018 in Mersin, Türkei. Präsident Recep Tayyip Erdogan schwört seine AnhängerInnen auf einem AKP-Kongress mit folgenden Worten ein: »Eine Nation, eine Flagge, eine Heimat, ein Staat«. Während er diese Worte spricht, hebt er die rechte Hand und zeigt den sogenannten »Wolfsgruß«. Jener Gruß, der von FaschistInnen mit türkischem Hintergrund verwendet wird, die sich als »Graue Wölfe« (türkisch: »Bozkurt«) verstehen. Der Autor des vorliegenden Buches, Thomas Rammerstorfer, spricht daher von einer »Verwolfung« der türkischen Politik, bei der die Ideen der »Grauen Wölfe« immer mehr an Einfluss gewinnen. Diese extrem rechte Ideologie macht nicht an den Grenzen der Türkei halt. Zu zeigen, welcher Spielarten sich innerhalb der türkischen Communities in Deutschland und Österreich bedient wird und welchen Einfluss türkische FaschistInnen haben, hat sich Rammerstorfer hier zur Aufgabe gemacht.
Ausgehend vom Ende des Osmanischen Reiches wird die Gründung der Türkischen Republik und ihre Entwicklung bis heute nachgezeichnet. Durch Alparslan Türkeş, einen türkischen Faschisten, wird 1969 die »Milliyetçi Hareket Partisi« (MHP, »Partei der Nationalistischen Bewegung«) mitbegründet. Die MHP ist als politischer Arm der »Grauen Wölfe« zu betrachten. Bis 1980 verübte sie mehrere tausend Morde und Massaker an nicht-muslimischen Minderheiten, AlevitInnen, KurdInnen und Linken.
Mit dem 1961 abgeschlossenen Anwerbeabkommen zwischen der Türkei und der BRD und wenig später zwischen der Türkei und Österreich, verließen mehrere hunderttausend TürkInnen ihre Heimat. Mit der Einwanderung ging auch die Organisierung einher, unter anderem die der »Grauen Wölfe« in verschiedensten Formierungen. Der Autor beleuchtet in diesem Zusammenhang ausführlich die Rolle von Behörden und Parteien, die zum Erstarken dieser rechten Bewegung in verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Bereichen beigetragen haben. Darüber hinaus setzen Teile der Bewegung den Terror gegenüber ausgemachten Feinden auch in Deutschland und Österreich fort. Des Weiteren werden verschiedene Beispiele an Aktivitäten genannt, die Identifikationsangebote darstellen: Gedenkfeierlichkeiten, Buchmessen, Straßenfeste, eigene Sportvereine und -veranstaltungen, Bikerclubs sowie Konzerte mit Stars der extrem rechten türkischen Musikszene.
Das kurzweilig geschriebene Buch gibt einen guten Einblick in die Entstehungsgeschichte der »Grauen Wölfe« und ihre Strukturen in Deutschland und Österreich. Zu guter Letzt macht Rammerstorfer Vorschläge, mit denen dieser rechten Bewegung Einhalt geboten werden könne.

Thomas Rammerstorfer: Graue Wölfe. Türkische Rechtsextreme und ihr Einfluss in Deutschland und Österreich. Wien 2018, LIT Verlag, 127 Seiten, 19,90 Euro.



»Blutiger Boden. Die Tatorte des NSU«

von János Neumann

Mehr als fünf Jahre dauerte in München der NSU-Prozess. Am Ende standen Urteile für den bekannten Rest der Terrorzelle und einige wenige Neonazis aus dessen UnterstützerInnenumfeld. Eine wirkliche Aufklärung jedoch hat durch den Prozess nicht stattgefunden. Auch die Journalistin Annette Ramelsberger und die Fotografin Regina Schmeken begleiteten die Geschehnisse rund um den NSU-Prozess für die »Süddeutsche Zeitung« und bereisten die Tatorte, an denen die Neonazi-Terrorzelle Menschen ermordet hat oder Bombenanschläge ausgeführt wurden. Daraus ging im April 2013 »Tatort Deutschland. Eine Reise auf den Spuren des rechten Terrors« in der »Süddeutschen Zeitung« hervor. Schmeken setzte dieses Projekt in den Jahren 2015 und 2016 fort und bereiste alle bekannten Tatorte des NSU, um diese für ihr Projekt zu fotografieren. Schlussendlich konzipierte die Fotografin daraus die Ausstellung »Blutiger Boden. Die Tatorte des NSU«. Gezeigt wurde die Ausstellung zuerst im November 2016 im Militärhistorischen Museum in Dresden, welches auch als Herausgeber des Begleitbandes fungiert. Gerahmt von verschiedenen kurzen Texten unter anderem von Hans Magnus Enzensberger, Feridun Zaimoglu, Annette Ramelsberger und anderen hat die Fotografin darin ihre Bilder zusammengetragen. Sie zeigen die Tatorte der Morde und Bombenanschläge im heutigen Alltagsleben der jeweiligen Städte: Die kleinen Läden, in denen Abdurrahim Özüdoğru oder Süleyman Taşköprü ermordet wurden, die Keupstraße, auf die es einen Bombenanschlag gab oder auch den Stellplatz des ersten NSU-Mordopfers Enver Şimşek in der Nähe von Nürnberg. Damit schafft Schmeken einen Zugang, der nicht nur durch seine künstlerische Art etwas Neues bietet, sondern zeigt die Orte, die den Opfern ähnlich fast in Vergessenheit der Mehrheitsgesellschaft geraten wären und vielleicht teils auch sind. Für Schmeken ist die Ausstellung ein Versuch, »die Fassungslosigkeit, die Ratlosigkeit, die Ohnmacht und auch die Wut zu kanalisieren und umzusetzen, sich solidarisch zu zeigen mit den Opfern von Terror und Gewalt«. Und wie Enzensberger in seinem Begleittext treffend schreibt: »An Schmekens Aufnahmen wirkt gerade das Unauffällige, Banale und Gewöhnliche unheimlich.« Insgesamt bietet der Begleitband eine interessante Ergänzung zu den zahlreichen Publikationen rund um den NSU und ist damit auch ein wichtiger Teil, sowohl die Opfer als auch den NSU-Komplex an sich im Gedächtnis zu bewahren.

Regina Schmeken: Blutiger Boden. Die Tatorte des NSU. Ostfildern 2016, Hatje Cantz Verlag, 144 Seiten, 35,00 EUR

Photos

Mark Mühlhaus / attenzione (Seiten 1, 8, 13, 22, 24, 26, 36)
Christian Ditsch (Seiten 2, 4, 10, 15, 18, 33)
Felix M. Steiner (Seite 20)
Roland Geisheimer / attenzione (Seite 43)

Impressum

V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de

Druck: berger + herrmann GmbH.
Erscheinungsweise: 6x im Jahr